

Wöchentlich 55 Bl., monatlich 1,60 M. im voraus zahlbar. Postbezug 4,20 M. einschließlich 60 Pfg. Poststempel- und 72 Pfg. Postbescheinigungskosten. Auslandsubskriptionen 2.- M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Feiertags einmal. Die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, „Kultur- und Sportbeilage“, „Hilfs- und Fortbildung“, „Fremd-Unterhaltung und Witz“, „Frauenstimme“, „Jugend“, „Bilder in der Bucherei“ und „Jugend-Vorwärts“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einpaltige Sonntagsausgabe 60 Pfennig. Kellernstraße 6. Reichsmarkt. „Kleine Anzeigen“ des einpaltigen Blatt 25 Pfennig (täglich zwei freigelegte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Seilengasse das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Warte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 66 Pfennig. Familienanzeigen für Rheinischen Seite 60 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Einbezug 2. wochentags, von 8 1/2 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dänhoff 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postbescheinigung: Berlin 57536 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Walfisch 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3

Der Brüsseler Riesenstandal.

Von Jaspar zugegeben. - Sozialistische Interpellation.

Brüssel, 7. März. (Eigenbericht.)

Der belgische Ministerpräsident Jaspar gab am Donnerstag zu Beginn der Kammer Sitzung über die Fälschungsaffäre des Frank-Heine eine mit großer Spannung erwartete Erklärung ab.

Jaspar betonte einleitend, daß Frank-Heine auf Anordnung der Regierung wegen Fälschung verhaftet worden sei. Ein anderes Verbrechen oder Vergehen habe gegen ihn nicht vorgelegen. Das Verhör des Frank habe ergeben, daß er in dem Spionagedienst eines Nachbarlandes stand und den Auftrag hatte, in Belgien geheime Dokumente aufzuspüren. Später habe er sich

auch in den Dienst der belgischen Spionage gestellt. Außerdem habe die Untersuchung der Staatsanwaltschaft ergeben, daß die von dem „Altrechter Tageblatt“ veröffentlichten Dokumente von Frank-Heine gefälscht wurden, und zwar mit Wissen und unter Zustimmung gewisser Beamter einer Sektion des Generalstabs.

Jedoch ohne Wissen des Chefs des Generalstabes. Der Untersuchungsrichter habe Frank auf freien Fuß gesetzt, weil seine Handlungen nicht gegen die Interessen Belgiens gerichtet gewesen wären. Auch die Anklagebehörde der Staatsanwaltschaft bestätigte, daß die Handlungen des Frank den Zweck hatten, gewisse belgische Mandate zu entlarven. Das Wesentliche an dem Ergebnis der Untersuchung aber sei, daß die Dokumente gefälscht seien, und zwar gefälscht von Frank.

Der Ministerpräsident rügte dann in scharfen Worten das Verhalten der Beamten, die ohne Benachteiligung ihrer Vorgesetzten die Benutzung gefälschter Dokumente geduldet hätten. Der vergangenmoralische Chef des militärischen Geheimdienstes sei deshalb bereits seines Amtes enthoben worden. Die amtliche Untersuchung sei jedoch noch nicht abgeschlossen und werde fortgesetzt. Die belgische Regierung dränge darauf, daß die verantwortlichen Personen festgesetzt und alle notwendigen Maßregeln ergriffen werden. Bedauerlich sei, daß es sich dabei vielleicht auch um Personen handle, die dem Lande in der Vergangenheit gute Dienste geleistet haben. Belgien denke und werde nicht daran denken, den Nachbarländern Schaden zuzufügen. Das sei bisher bereits durch die Untersuchung erwiesen. Die belgische Regierung tue, was keine andere Regierung getan hätte, sie bringe die Angelegenheit vor die Justiz, verbreite Licht und bestrafe die Schuldigen.

In der Debatte forderte der Sozialist Mathieu eine erschöpfende Debatte zum nächsten Dienstag. Die öffentliche Meinung könne nicht begreifen, weshalb Frank auf freien Fuß gesetzt worden ist. Man höre mit Schmerz, daß amtliche Stellen mit Individuen wie Frank zu tun hätten. Zehn Jahre nach dem Krieg dürften weder Spionage- noch Gegenespionageorganisationen geduldet werden. Im Interesse des guten Einvernehmens mit den Nachbarländern und des Friedens müsse volle Klarheit über alle Punkte geschaffen werden.

Wandervogel

unterstützt die internationale Gefahr des ausgedehnten Mandats: „Wir billigen den Entschluß der Regierung, die Schuldigen zu bestrafen. Die Erklärung des Ministerpräsidenten hat uns von verschiedenen Dingen in Kenntnis gesetzt, die uns zu sehr ernstlichen Überlegungen zwingen. Es ist tief bedauerlich, daß noch solche internationale Anstiftungsherde wie die Spionageorganisationen bestehen. Wir sind der Ansicht, daß man diese Wunde

mit glühendem Eisen ausbrennen

muß. Vom internationalen Gesichtspunkt ist die Altrechter Angelegenheit erledigt, aber wir fordern, daß die Kammer Dienstag die sozialistische Interpellation über die Ausrechterhaltung des Spionagedienstes behandelt.“

Am Schluß der Sitzung wurde eine von dem Sozialisten Brunel eingebrachte Resolution, die die Erklärungen der Regierung zur Kenntnis nimmt, mit allen gegen die Stimmen der sämtlichen Nationalisten, eine kommunistische und eine sozialistische Stimme angenommen. Am Dienstag wird die Interpellation der Sozialisten verhandelt.

Mit dieser aufsehenerregenden Erklärung des belgischen Ministerpräsidenten ist ein Skandal allerersten Ranges zugegeben worden, der in der Geschichte der letzten Jahre sogar auf dem an sich sehr trüben Gebiete der Spionage und Gegenespionage beispiellos dasteht.

Damit haben die Mutmaßungen, die wir vor zwei Tagen an die sonderbare freiwillige Rückkehr des Frank nach Brüssel knüpften, nicht nur ihre volle Bestätigung gefunden, sondern sie werden sogar durch die Tatsachen übertrumpft. Wir schreiben, daß Frank-Heine vermutlich „eine ganz üble Doppelrolle von vornherein gespielt“ haben dürfte und „wie so viele Spione und Agenten ähnlichen Schlages“ an zwei Futtertruppen gleichzeitig fragte: an einer deutschen mehr oder minder „privaten“ Spionageorganisation und an belgischen Militärstellen“.

Daß er aber jene „Altrechter Geheimverträge“ nicht nur mit Wissen, sondern offenbar sogar im Auftrage des belgischen Generalstabes verfaßte - das konnte man kaum annehmen, weil es eigentlich zu pervers anmutet. Indessen haben Generalfeldherren in Friedenszeiten anscheinend so wenig zu tun, daß sie in ihrem Betätigungsdrang auf die ausgefallensten Ideen kommen. In diesem Falle ging offenbar die „Idee“ dahin, die öffentliche Meinung in Holland und Deutschland durch gefälschte Dokumente in Aufruhr zu versetzen, womöglich die Regierungen dieser Länder zu vorläufigen Schritten zu verleiten, um sie dann höhnisch als Opfer eines Fälschers „entlarven“ zu können. Dieser geniale Plan hatte nur den einen Haken, daß er nur bis zur Hälfte durchgedacht war: denn bei einiger Ueberlegung mühten sich seine Erfinder selbst sagen, daß die Geschichte schließlich doch herauskommen würde, zumal bei einem so zweifelhaften Subjekt wie Frank-Heine.

Herr Jaspar rechnet es sich und seiner Regierung hoch an, daß sie selbst so schnell und rücksichtslos den skandalösen Tatbestand aufgedeckt habe. Wir wollen nicht boshaft sein, können aber die Bemerkung nicht unterdrücken, daß diese Tugendhaftigkeit sich wohl erst unter dem Zwange der Opposition und insbesondere infolge der Dienstag-Enthaltungen des Pariser „Deuxieme“ mit köstlicher Verspätung entfaltete.

Während unsere belgischen Genossen die Regierung zwingen, reinen Tisch zu machen, bestehen wir unsererseits darauf, daß das deutsche Auswärtige Amt vor der eigenen Läuferei. Der Komplex der Beziehungen zwischen der deutschen Botschaft in Brüssel, dem Exdeputierten und Doppelagenten Frank, dem Hugenberg-Vertreter Karl Behrens usw. erscheint uns in höchstem Grade aufklärungsbedürftig. Wir fordern insbesondere Klarheit darüber, wer die Zeitschrift des Frank, „Les nouveaux jours“, in der eine plumpe und für belgische Verhältnisse geradezu aufreizende deutschfreundliche und überpazifistische Propaganda getrieben wurde, finanzierte. Wir fordern schließlich Klarheit über das Verhalten der deutschen diplomatischen Vertretung in Brüssel gerade in den letzten Tagen, denn, wie wir hören, soll sich der Gesandte Dr. Horstmann bei dieser Affäre nicht gerade als ein diplomatisches Genie erwiesen haben.

Scharfe Kritik an van Blootland.

Amsterdam, 7. März. (Eigenbericht.)

Der „Nieuw Rotterdamse Courant“ richtet in seiner Donnerstagsausgabe an die belgische Regierung die Anfrage, warum sie sich wegen der Untersuchung des Ursprungs der von dem „Altrechter Tageblatt“ veröffentlichten gefälschten Dokumente nicht an die niederländische Regierung wende. Das sei insofern nachsichtig, als der Direktor des niederländischen Steinkohlensyndikats van Beiningen erklärt habe, daß sich noch mehr Dokumente in seinem Besitz befinden, und zwar u. a. auch ein Dokument mit der Unterschrift des belgischen Generalstabs.

Im übrigen wird die niederländische Regierung von der gesamten niederländischen Presse wegen ihrer anfänglichen Haltung gegenüber den Veröffentlichungen des „Altrechter Tageblatts“ scharf angegriffen. Die katholische Presse greift insbesondere den Außenminister van Blootland an, während der in Rotterdam erscheinende sozialistische „Boerwaerd“ erklärt, die Regierung habe das Wort, daß die Niederlande von keiner einzigen Nation bedroht seien, eine volle Woche in der Reibe zurückgehalten und habe sich dadurch mit einer schweren Verantwortung belastet.

Geheimvertrag Polen-Rumänien?

Gegen Rußland-Litauen.

Konowo, 7. März. (Eigenbericht.)

Die Zeitung „Cietuovs Aldas“ veröffentlicht einen angeblichen Geheimvertrag vom 1. Oktober 1928 zwischen Polen und Rumänien gegen Rußland und Litauen. Der Vertrag soll während des Aufenthalts Pilsudskis in Rumänien unterzeichnet worden sein. Im Fall einer Gefahr solle an Rußland ein kurzfristiges Ultimatum gerichtet werden. Wenn dieses nicht erfüllt werde, sollen die polnisch-rumänischen Streitkräfte zum Angriff übergehen. Falls auch Litauen sich an dem Kampf beteilige, habe Polen das Okkupationsrecht.

Stalin „schlachtet“.

Vorbereitung zum Massenbinauswurf der Opposition.

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat das Politbureau der Kommunistischen Partei eine besondere Kommission bei der OGPU gebildet, die die Aufgabe hat, die oppositionellen Elemente aus der Partei zu entfernen. Die Kommission hat besondere Vollmachten erhalten.

Wer herrscht?

Weiteres zur Frage: Wir und der Staat.

Von Eduard Bernstein.

Wer ist im heutigen Deutschland „die herrschende Klasse“? Gewiß, im Wirtschaftsleben Deutschlands überwiegt noch die privatkapitalistische Unternehmung, und in dieser sind die kapitalistischen Unternehmer die Oberschicht. Aber sie sind darum doch nicht mehr die Herren von ehemals. Das durch den Weltkrieg wirtschaftlich aufs Schwerste geschwächte Deutschland konnte nach dem Zusammenbruch den Sprung in die sozialistische Gesellschaftsordnung unmöglich über Nacht unternehmen, ohne dadurch sein Wirtschaftsleben vollends zu zerrütten. Die dringendste Aufgabe war vielmehr, zunächst Handel und Wandel wieder in Gang zu bringen, woran die Arbeiterschaft nicht weniger interessiert war als die Bourgeoisie. Daher ward bei der Schaffung der Reichsverfassung in deren Artikel 153 das Eigentum verfassungsrechtlich „gewährleistet“, anders ausgedrückt, verbürgt. In demselben Artikel der Verfassung weiter vom Eigentum: „Sein Inhalt und seine Schranken ergeben sich aus den Gesetzen“ und am Schluß: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich Dienst sein für das gemeine Beste“, was deutlich genug erkennen läßt, daß hier die Verbürgerung keineswegs dasselbe bedeutete wie die Forterhaltung des Absolutismus der Befugter.

Schon der folgende Artikel der Verfassung, Artikel 154, legt durch die Ankündigung der Erbschaftsteuer eine Einschränkung von Rechten des Besitzers durch die Republik grundförmlich fest. Das Gleiche geschieht in anschließenden Artikeln mit der Ankündigung von zu gewärtigenden Enteignungen für als notwendig erkannte Wohn- und Siedlungsmaßnahmen, mit der Erklärung der Bearbeitung des Bodens für „eine Pflicht des Grundbesitzers gegenüber der Gemeinschaft“, und der Festlegung des Rechts der Regierungen, die Wirtschaftsbetriebe zu beaufsichtigen. Natürlich bedeutet die verfassungsrechtliche Verkündung dieser Grundzüge noch nicht ihre Umsetzung in die Praxis, zu ihr sind entsprechende Gesetze erforderlich, was aber wiederum zeigt, welche praktische Bedeutung das uneingeschränkte demokratische Wahlrecht der Arbeiter in der Republik für die Verwirklichung sozialistischer Maßnahmen hat.

Mit größerer Schärfe und weiter tragender Anwendung als die Verfassung irgendeines anderen Landes legt die Verfassung der Republik Deutschland den Anspruch der Arbeiter auf gesetzlichen Schutz und Sicherung ihres Koalitionsrechts fest. Man höre:

Artikel 157: „Die Arbeitskraft steht unter dem besonderen Schutze des Reichs. Das Reich schafft ein einheitliches Arbeitsrecht.“

Artikel 159: „Die Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Alle Abreden und Maßnahmen, welche diese Freiheit einzuschränken oder zu behindern suchen, sind gesetzwidrig.“

Artikel 165: „Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berechtigt, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Die selbstständigen Organisationen und ihre Vereinbarungen werden anerkannt.“

Diese Artikel und andere, die die Bildung und die Aufgaben von Arbeiter- und Wirtschaftsräten betreffen, bilden zusammen ein Programm, dessen Geist unmöglich als Ausfluß von Bourgeoisiegegnung hingestellt werden kann und das in einem rein kapitalistischen Staat unmöglich wäre. Nun sind zwar nicht alle Bestimmungen dieser Artikel im heutigen Deutschland schon voll verwirklicht, aber gerade diejenigen von ihnen, die das Koalitionsrecht der Arbeiter und Angestellten betreffen, sind es in hohem, von den kapitalistischen Unternehmern oft recht unangenehm empfundenem Grade, ohne daß Deutschlands Volkswirtschaft irgendwie darunter gelitten hätte. Das Koalitionsrecht der Arbeiter und Angestellten hat sich im Gegenteil als eine äußerst wirkungsvolle Gegenkraft gegen alle Versuche bewährt, die Einkommen dieser, als Faktoren der Produktion wie als Verbraucher volkswirtschaftlich außerordentlich wichtigen Volksschichten herabzudrücken. Deutschlands gewerkschaftliche Organisationen der Arbeiter und Angestellten - denn um sie handelt es sich hier - stellen an Zahl ihrer Mitglieder und durch deren organisatorische Geschlossenheit und Geschultheit eine sozialpolitische Potenz dar, deren Kraft von der Größe und Leistungsfähigkeit der betreffenden Organisationen keines anderen Landes übertroffen wird oder auch nur erreicht ist.

Was soll angesichts dieser allgemein bekannten Tatsache die Redensart „kapitalistische Republik“ besagen? Wenn die bolschewistischen Kommunisten mit ihr hausieren, so legt das, wenn es nicht bewußte Unwahrheit

ist Zeugnis ab von einer großen Unkenntnis der elementarsten nationalökonomischen Begriffe. Die Worte „Kapitalismus“ und „kapitalistisch“ kennzeichnen zunächst eine bestimmte Produktionsweise, deren Aufkommen, was Karl Marx ausdrücklich anerkannt hat, auch für die Arbeiter eine sehr wertvolle Höhe wirtschaftlicher Entwicklung bedeutete und die selbst heute noch nicht durchgängig überlebt ist — ja, von den Diktatoren Sowjetrußlands, nachdem sie durch die nicht zu verheimlichende Sprache der Tatsachen auf die Verderblichkeit ihrer wirtschaftspolitischen Stümpelein gestossen worden sind, als „neue ökonomische Politik“ — abgekürzt „Nep“ — nach Möglichkeit künstlich wiederzubeleben versucht wird. Dann aber bezeichnen sie eine auf die Einengung der Arbeiterbewegung abzielende Sozialpolitik, der gerade, wie die obigen Bestimmungen zeigen, in Deutschland Verfassung und Gesetzgebung den Weg verlegen.

Wenn Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Moskau diese Redensarten nachsprechen, dann kann ich ihnen zu meinem Bedauern den Vorwurf nicht ersparen, daß sie dadurch die große politische Aufgabe der Partei in der Republik ernsthaft schädigen. An Stelle des für die erfolgreiche Führung dieser Kämpfe notwendigen erhabenen Gedankens, daß die demokratische Republik vornehmlich ihr, der arbeitenden Klassen, Staat ist, wird den Arbeitern durch die obendrein widersinnige Phrase „kapitalistischer Staat“ die Vorstellung eingepflanzt, daß die Republik etwas ihnen Gleichgültiges, wenn nicht Feindliches ist. Man kann den sehr richtigen Gedanken, daß die demokratische Republik kein den kapitalistischen Klassen ausgeliefertes militärisches Staatswesen sein darf, durch Wendungen ausdrücken, die sich in voller Klarheit von allen Zweideutigkeiten freihalten, welche bei Arbeitern die Bahnvorstellung hervorrufen müssen, ihr Selbstinteresse erfordere es, der gegebenen demokratischen deutschen Republik alle Mittel der Selbstverteidigung vorzuenthalten, statt sie mit aller Kraft zu verteidigen.

Volkspartei in Verlegenheit.

Zu Hülferdings Besprechungen über den Etat.

Zu den Besprechungen des Reichsfinanzministers Dr. Hülferding mit den Parteien schreibt der „National-liberale Correspondenz“:

„Reichsfinanzminister Hülferding hat die Führungsnahme mit den Steuerfachverständigen der Parteien ausgenommen, um mit ihnen die Verabschiedung des Etats zu besprechen. Er folgt damit nicht nur einem Wunsch, sondern auch einem Rat der Deutschen Volkspartei, die nach wie vor der Überzeugung ist, daß der Etat verabschiedet werden kann und muß, ohne daß neue Steuern bewilligt und eingeführt werden. Da aber der Finanzminister selber der gegebene Sparratgeber sein und bleiben muß, ist nichts natürlicher, als daß er auch die Führung in der Sparpolitik übernimmt und zunächst seine Sparvorschlüsse den Parteien unterbreitet. Die Parteien können aus Gründen der Loyalität wie der Zweckmäßigkeit ihrerseits Sparvorschlüsse nur beispielsweise machen. Danach wird auch die Deutsche Volkspartei in den Besprechungen mit dem Reichsfinanzminister handeln. Nach wie vor bleibt es in erster Linie Sache der Regierung, insbesondere des Reichsfinanzministers, die Verabschiedung des Etats ohne neue Steuern durchzuführen.“

Die Volkspartei hat also ihren Sparvorschlag „nur beispielsweise“ gemacht — aber sie hat die Forderung gestellt, daß dieser „nur beispielsweise“ Vorschlag reslos akzeptiert werde. Es handelt sich nicht um einen konkreten Vorschlag, sondern nur um ein Manöver.

Die Volkspartei steht mit leeren Händen da, wenn sie nach dem konkreten Inhalt ihres berühmten Sparvorschlages gefragt wird. Er existiert nicht. Die Verlegenheitsausreden der „Nationalliberalen Correspondenz“ sind einigermaßen blamabel.

Zwischenfall im Fememordprozeß.

Deutschnationaler Verlagsdirektor pöbelt Reichswehrvertreter an.

Im Steintiner Fememordprozeß gingen die Auseinandersetzungen zwischen General von Hammerstein und der Verteidigung über die Frage, ob die Korbhacker Soldaten waren, weiter.

Im Anschluß daran kam es zu einem bemerkenswerten Zwischenfall. Nachdem die Sitzung aus kurzer Zeit zwecks Beratung über die Berechtigung der Zeugen unterbrochen worden war, erhob sich General von Hammerstein nach Wiedereintritt des Gerichts und gab mit vor Erregung zitternder Stimme folgende Erklärung ab:

„Ich muß dem Gericht mitteilen, daß der Verlagsdirektor einer hiesigen Zeitung (eben dem Major v. Kammer, der hier in dienstlicher Eigenschaft, im Auftrage des Wehrkreis-Kommandos II, amnestiert ist, folgende Bemerkung gemacht hat: „Herr Major, schön sehen Sie auf diesem Platz von Tag zu Tag nicht aus. Da steigt einem ja die Schamröde ins Gesicht.“ Ich erkläre, so fuhr v. Hammerstein fort, daß ich für derartige pöbelhafte Insinuationen nur Verachtung übrig habe.“

Auf eine entsprechende Frage des Vorsitzenden meldete sich Verlagsdirektor Wiese von der deutschnationalen „Börsen- und Handelszeitung“ als der von dem General Erwähnte. Oberstaatsanwalt Sach beantwortete gegen diesen eine Ordnungsstrafe von 100 M. wegen Ungebühr vor Gericht, doch lehnte das Gericht nach längerer Beratung diesen Antrag ab, weil sich der Vorfall bereits nach Eintritt der Pause ereignet habe, also nicht als Ungebühr in der Sitzung betrachtet werden könne.

Das Land zahlt alles...

Der Herzog macht Schulden — das Land soll zahlen.

Weimar, 7. März. (Eigenbericht.)

Im Thüringischen Landtag wurde am Donnerstag der von der Regierung vorgelegene Abfindungsvertrag mit dem ehemaligen Herzog von Altenburg einstimmig abgelehnt.

Das Vermögen des übrigens schon 1919 glänzend abgefundenen Herzogs beträgt jetzt etwa 300 000 M. in Grundstücken, woraus hypothekarische Lasten von rund 700 000 M. mit jährlichen Zinsen von 67 000 M. ruhen. Die bürgerlichen Parteien verlangen, daß die Regierung sich bemüht, die Verhältnisse des Exherzogs vor weiteren Verhandlungen zu sanieren. Ein entsprechender Antrag wurde gegen die Stimmen der Linken angenommen.

Dabei wäre es dringend nötig, vor allem das Land Thüringen zu sanieren.

Minderheiten-Kompromiß.

Eine Dreierkommission soll im Juni Bericht erstatten.

Genf, 7. März. (Eigenbericht.)

Der Völkerbundsrat nahm am Donnerstag nachmittag eine von dem Japaner als Berichterstatter vertretene Kompromißresolution zur Minderheitenfrage ohne Diskussion an. In der Vormittags-Sitzung war die Verabschiedung noch nicht möglich, da von deutscher Seite noch keine Zustimmung vorlag. Diese wurde erst im Verlauf einer Besprechung zwischen Chamberlain und Stresemann gegeben.

Der Völkerbundsrat offenbart in der von ihm angenommenen Entschliessung zur Minderheitenfrage eine rein diplomatische Auffassung über seine Aufgaben. Er weist seine Wege voraus, sondern versucht, die gegenwärtigen krisenhaften Verhältnisse durch geschickte Formulierungen zu verdecken und zu verlagern. Es wird ein Dreierkomitee eingesetzt, aus Vertretern Englands, Spaniens und Japans. Entgegen dem polnischen Verlangen soll dieses Dreierkomitee aber nicht nur die Frage der Zulässigkeit einer Revision der Minderheitenverträge prüfen, sondern über die deutschen und kanadischen Vorschläge einen Bericht ausarbeiten. Das Dreierkomitee hat das Recht, von den Staaten, die Minderheitenverträge abgeschlossen haben, Gutachten entgegenzunehmen, aber auch jedes Mitglied des Völkerbundes kann solche Gutachten bis zum 15. April d. J. einreichen. Das Komitee hat ferner das Recht, individuelle Ratgeber zu hören. Der Bericht dieses Dreierkomitees wird nicht dem Rat direkt erstattet, sondern einem Komitee aus allen Ratsmitgliedern, das sich rechtzeitig vor der nächsten Ratsagung versammelt und eine erste Prüfung des Berichts vornimmt. Allen Mitgliedsstaaten des Völkerbundes ist die Resolution und das Protokoll der Minderheiten-aussprache zu senden.

Stresemann stimmt der Resolution sichtlich nur zu, um die Minderheitenfrage wenigstens weiter in der Schwebe zu halten und damit die Aussicht zu eröffnen, daß sich die Volkserammlung im September mit ihr beschließt. Insofern gestattet der Ausgang der ersten Minderheiten-debatte doch noch gewisse Hoffnungen für die Minderheiten.

Auffallender Optimismus auf deutscher Seite.

Genf, 7. März. (Eigenbericht.)

Von deutscher Seite wird offiziell zu dem Ausgang der Minderheiten-debatte darauf hingewiesen, daß man mit dem Ergebnis der Verhandlungen angefaßt der Tatsache, daß nur Deutschland, Kanada und Finnland für die Minderheitenrechte eintraten, außerordentlich zufrieden sein kann. Auf deutscher Seite wird ferner behauptet, daß das Dreierkomitee, dessen unglückliche Zusammensetzung nicht zu vermeiden war, nur Vorarbeiten zu leisten habe, während der eigentliche Bericht von der Kommission aller Ratsmitglieder vor der nächsten Völkerbundstagung fertiggestellt werde. Die Polen behaupten das Gegenteil: Das Dreierkomitee habe den Bericht anzufertigen und dem Ratsauschuß läge nur formelle Bedeutung zu.

Auf deutscher Seite bezeichnet man es ferner als Erfolg, daß alle Mitgliedsstaaten des Völkerbundes ihre Ansichten über das Minderheitenproblem einbringen dürfen und nicht nur die Staaten, die bereits Verträge abgeschlossen haben. Von französischer Seite wird betont, daß der Hauptwert der Resolution darin besteht, die Minderheitenbehandlung in den Schoß von Kommissionen zu verlegen. Die in Genf anwesenden Führer der internationalen Minderheitenorganisation sind mit der Zusammensetzung des Dreierauschusses naturgemäß unzufrieden, aber auch sie legen ihre Hoffnung darauf, daß es Deutschland und Kanada gelingen wird, die Minderheitenfrage schließlich vor das Forum der Völkerbundversammlung zu bringen, in der sich mehr Fürsprecher der Minderheiten befinden als im Völkerbundsrat.

Am Freitag wird der Völkerbundsrat den Fall Utiq behandeln. Am Sonnabend wird die Tagung geschlossen.

Wir teilen den Optimismus der deutschen Delegation nur in sehr bedingtem Maße. Die auffallend schnelle Erledigung des deutsch-kanadischen Vorstoßes durch Annahme einer Kompromißresolution binnen 18 Stunden mutet wie ein Abwürgungsversuch an. Aber es sei objektivweise zugegeben, daß dies jedenfalls nicht die Schuld des deutschen Vertreters war, dessen bleibendes Verdienst um die Minderheiten darin besteht, daß er dieses hochwichtige Problem überhaupt aufgerollt hat. Schuld an dem überstürzten Abbruch der öffentlichen Debatte sind vor allem „die beiden Außenminister Frankreichs, Briand und Chamberlain“, um einen Ausdruck zu gebrauchen, mit dem man den Kreisen der Labour Party die völlige Hörigkeit Chamberlains von der französischen Politik zu charakterisieren pflegt. Briand und Chamberlain waren es, die nur allzu deutlich die Widerstände Polens und der Kleinen Entente gegen eine herzliche Behandlung des Minderheitenproblems unterstützten haben.

Wichtig ist — und darin ist der deutschen Delegation recht zu geben —, daß die Zukunft in keiner Weise durch diese verunglückte Abwürgung präjudiziert wird. Und worauf wir unseren Optimismus stützen, ist vor allem die Hoffnung, daß Chamberlain zum letzten Male an einer Ratsagung teilgenommen haben wird: im Rat sollen in England die Neuwahlen stattfinden. Wenn, unseren Erwartungen entsprechend, die Konservativen von der Regierung weggesetzt werden, dann kann schon auf der Sunitagung die voraussichtlich in Madrid abgehalten wird, ein wirklicher britischer Außenminister teilnehmen, und zwar ein Vertreter der Arbeiterpartei, der die ungeheure Bedeutung des Minderheitenproblems für das Vertrauen und den Frieden zwischen den Völkern besser erfassen wird als Sir Austen Chamberlain, der oberste Protektor aller reaktionären Regierungen in Europa und in der Welt.

Aufstand in Mexiko niedergeworfen

Staat Veracruz wiedererobert. — Bahnverkehr mit USA. wiedereröffnet.

New York, 7. März.

Die mexikanische Regierung beherrscht noch den letzten Resten vollkommen die Lage und beabsichtigt die Aufhebung der Junta in kürzester Zeit. Auch über den ganzen Staat Veracruz hat die Regierung nach dem Fall von Jalapa die Macht. Vor Einnahme der Stadt Veracruz war eine eintägige Straßenschlacht mit vielen Toten und Verwundeten im Gange, worauf der von diplomatischen Korps herbeigeführte Waffenstillstand eintrat. General Aquino ist geflohen. Es bleibt nur noch die Ordnung im Staate Sonora wiederherzustellen. Der Bahnverkehr zwischen Mexiko und Nordamerika ist nach längerer Unterbrechung wieder eröffnet worden.

Die Staaten liefern der Mexiko-Regierung Waffen.

New York, 7. März.

Die Blätter veröffentlichen eine längere Erklärung des Präsidenten Gil, in der auf Grund der Erfolge der Regierungstruppen in den letzten Tagen der baldige Zusammenbruch der Aufstandsbewegung vorausgesagt wird. Die optimistische Auffassung in der mexikanischen Hauptstadt sei auch durch ein Telegramm des mexikanischen Botschafters in Washington verstärkt worden, das die Versicherung enthalte,

die mexikanische Regierung könne ungehindert Kriegsgerät aus den benachbarten Staaten beschaffen, während den den Koffenden verweigert worden sei.

Aus Washington verläutet, daß Kellogg mit dem neuen Kriegsekreter Good über den Verkauf überflüssigen Kriegsgeräts an Mexiko verhandelt habe.

Die Liebräfte.

Zur Beurteilung der mexikanischen Verhältnisse ist zunächst die Person des seit dem 1. November 1928 amtierenden Präsidenten Porfirio Gil zu betrachten. Porfirio Gil war Innenminister der Regierung Calles. Er vertritt parteipolitisch weder die Agraristas (Bauernpartei) noch die Laboristas (Arbeiterpartei), er repräsentiert vielmehr die von Calles bei seinem Rücktritt ins Leben gerufene sogenannte nationale-revolutionäre Partei, ein Bindeglied dieser beiden genannten Gruppen. Porfirio Gil hat sich kürzlich den sonajischen Hof der Aristokraten dadurch zugezogen, daß er das Gnabungsrecht des Obregon-Wärders abschaffte.

Wenn in der letzten Zeit häufig von Farkwürnissen zwischen Bauern und Gewerkschaften oder zwischen Gewerkschaften und Regierung die Rede war, so sind das in erster Linie rein

persönliche Differenzen gewesen, die nur in europäischer Bedeutung als von politischer Tragweite erscheinen.

Die mexikanische Arbeiter- und Bauernbewegung ist unerschütterlich und die gemeinsame Gefahr wird diese persönlichen Differenzen überbrücken lassen.

Porfirio Gil ist Repräsentant der Bauern- und Arbeiterregierung und kämpft Seite an Seite mit Calles gegen die entworfenen und darum auffröndliche Kirche und gegen reaktionäre Bourgeois, die noch heute von den „goldenen Zeiten“ des Porfirio Diaz träumen. Kirche und Großbourgeoisie, an sich zu schwach, revolutionäre Aktionen großen Stiles durchzuführen, sind lediglich Sammelboden aller Unzufriedenen und Abenteurer. Zu ihnen gesellt sich neuerdings ein Teil der trotz der kleinbäuerlichen Siedlungspolitik der Obregon-Calles-Regierung unzufriedenen Bondbesitzer: durch Mangel an Kapital, ungenügende Vorbereitung, Mangel der gemeinsamen Organisationen waren diese Kleinbesitzer der Konkurrenz der rationalen und modernen arbeitenden Großbetriebe nicht gewachsen. Fehlkarten taten das übrige, und die selbständigen Arbeiter wurden teilweise den Großgrundbesitzern wieder als Bandarbeiter in die Arme getrieben. Diese unzufriedenen indischen Bauern, politisch von großen Teil noch instinktlos, haben sich gemeinsam mit abenteuerlichen Söldnern den Regimenter kontrerevolutionärer Truppenführer angeschlossen. Und da zum Kriegführen ebenso Geld gehört wie zu Revolutionen, hat hier wohl die Kirche als Treuhänder amerikanischer Spekulanten gehandelt.

Das amerikanische Großkapital, das mit 1½ Milliarden Dollar in Mexiko interessiert ist, dürfte diesmal wenig an dem Werten beteiligt sein.

dem der große Defizit ist beigelegt, das jüngst anwertete Nicaragua ist fast vergessen und die Standard Oil braucht Ruhe und nichts weiter. Bei längerer Revolutionswirren könnte allerdings die USA-Regierung zu der Überzeugung kommen, daß Schutz von Leben und Eigentum amerikanischer Bürger ein aktives Eingreifen erforderlich machen. Und dann würde der Panke marschieren; das Expansionsbedürfnis nach Süden ist ein Faktor, mit dem man trotz der Friedensworte des neuen Präsidenten Hoover rechnen muß.

So ist die neue Revolution in Mexiko ein gefährliches Spiel mit dem Feuer, das militärische Hasardeure im Verein mit Kirche und Reaktion um die Freiheit ihres Volkes spielen.

Der Aufstandsführer von Nicaragua auf der Flucht.

Managua, 7. März.

Der Aufstandsführer General Sandino soll nicaraguanisches Gebiet verlassen haben und in Tegucigalpa eingetroffen sein. Sein Reiseziel ist angeblich Bolso in Honduras.

Schweigegebot für Wilhelm? Eine Erklärung der holländischen Regierung.

Wir erkennen Wilhelm nicht wieder. Aus dem Haag meldet ein Telegramm:

In Beantwortung einer in der Zweiten Kammer gestellten Anfrage, ob nach Ansicht der Regierung der ehemalige deutsche Kaiser von seinem Vorkriegsstand in Holland nicht einen unerwünschten Gebrauch gemacht habe, hat der Minister des Innern die Erklärung abgegeben, daß von dem früheren deutschen Kaiser gesagt werden könne, daß er seinem Versprechen, sich jeder politischen Aktion enthalten zu wollen, loyal nachgekommen sei. Einige vom ehemaligen Kaiser gebrauchte, nicht mehr gangbare Ausdrücke — die sich hauptsächlich auf die früheren Titel des Kaisers beziehen —, denen übrigens auch keine politische Bedeutung zukomme, könnten dieses Urteil nicht beeinflussen. Die Einführung einer etwaigen Zensur der niederländischen Regierung für Auslassungen des ehemaligen Kaisers sei nicht notwendig, und zwar um so weniger, als er, der Minister, Grund zu der Annahme habe, daß bestimmte Auslassungen, die vielleicht geeignet sein könnten, Anstoß zu erregen, nicht mehr wiederholt werden können.

Sollte Wilhelm sich wirklich einen Maulkorb haben vorbinden lassen, sollte er wirklich geschworen haben, sich nicht mehr „Seine Majestät“ zu nennen? Es ist hart — erst der Bülow-Maulkorb, nun der holländische-Maulkorb. Ein Trost bleibt: kein Maulkorb für ihn ist die genug, als daß nicht doch noch etwas durchdränge.

Die Stahlhelmer werden empfindlich. Sie schreien nach dem Staatsanwalt.

Unser Kölner Parteiblatt, die „Rheinische Zeitung“, hatte über das Volksbegehren des Stahlhelm u. a. geschrieben:

Es wird sehr lehrreich sein, zu erfahren, welche Beamten der Republik, welche Geschäftsleute und welche sonstigen Bürger sich durch öffentliche Unterschrift als Feinde der Republik . . . bekennen. Man wird die Stimmen nicht nur zählen, sondern nach Amt und Würden und Beruf auch wägen können. Es wird durch eine lückenlose Namenliste endlich die große Scheidung vollzogen werden können, auch in den Kreisen, die wir brauchen. Es wird ferner im Kampfe um den Volksentscheid klar sich herausarbeiten, welche Parteien, welche wirtschaftlichen Organisationen, welche Zeitungen durch eine antiparlamentarische Diktatur die Wiedereinführung einer deutschen Monarchie, den Reichkrieg und damit den Untergang Deutschlands vorbereiten wollen . . .

Diese Bemerkung gab den Deutschnationalen Anlaß, in einer kleinen Anfrage sie als einen „Angriff auf die verfassungsmäßig gewährleisteten Grundrechte des deutschen Staatsbürgers“ zu bezeichnen, da sie eine Aufforderung zum wirtschaftlichen Boykott des politischen Gegners enthalte. Das Staatsministerium sollte erklären, ob es diesen „offensichtlich beabsichtigten Verfassungbruch“ billige, wie es gegen die verantwortliche Schriftleitung des Blattes vorgehen gedenke, und ob es bereit sei, die in der Reichsverfassung festgelegten Rechte des Staatsbürgers zu schützen.

Der Minister des Innern antwortete knapp und klar, daß bei dem Artikel der „Rheinischen Zeitung“ ein Verfassungsbruch nicht in Frage komme, im übrigen aber Zeitungen der Billigung oder Nichtbilligung des Staatsministeriums nicht unterliegen. Ein Einschreiten gegen die „Rheinische Zeitung“ könne, ganz abgesehen von der im Reichspressengesetz festgelegten Pressefreiheit, nicht in Betracht gezogen werden. Die durch die Verfassung festgelegten Rechte der Staatsbürger würden vom Staatsministerium geschützt.

Ein vernünftiger Freispruch.

Zwei Staatsanwälte für Gotteslästerung halten.

Halle, 7. März. (Eigenbericht.)

Heute vormittag stand vor dem Großen Schöffengericht in Halle der Gotteslästerungsprozeß gegen den verantwortlichen politischen Schriftleiter des „Volksblatts“ statt, der angeklagt war, in einem Artikel den Bußtag als ein Konstruktum bezeichnet und geschrieben zu haben, daß die Eisenbarone während des Ruhrkampfes den „Haben Gott“ am liebsten als ihren Angetriebenen betrachteten, um mit ihm einen langfristigen Tarifvertrag abzuschließen. Der intrinsische Artikel schloß mit der Bemerkung, daß in der zukünftigen sozialistischen Gesellschaft Eisenbarone und Bußtage nichts anderes als vorzeitliche Kuriositäten werden. Der Staatsanwalt sah in diesen Ausführungen eine Beschimpfung kirchlicher Einrichtungen und forderte Verurteilung. Sein Antrag lautete auf fünf Tage Gefängnis und Unmündigkeit in 100 Mark Geldstrafe.

Dem Angeklagten stand der Pfarrer der Heiligen Kreuz-Kirche in Berlin, Hans Frände, als Sachverständiger zur Seite. Dieser hob hervor, daß eine Kirche, die harte Buße fordere, auch die Kritik und in diesem Falle die Aufforderung zur Änderung ihrer Gesinnungsart entgegen müsse. Von einer Beschimpfung kirchlicher Einrichtungen und von einer Gotteslästerung könne keine Rede sein. Die hohe stillesche Absicht des Artikelverfassers werde durch die Form des Aufsatzes nicht vermindert.

Der Sachverständige des Staatsanwalts, ein Halle'scher Superintendant, sah in der Sozialkritik des Verfassers ein Herunterreißen kirchlicher Institutionen. Der Angeklagte verteidigte sich mit dem Satz Domarus' Kant, daß ein „gewalttätiger Glaube ein Verbrechen“ und „Missetaten Gottes“ sei, und erklärte, daß Kant wahrscheinlich heute mit einer solchen Behauptung ebenfalls vom Staatsanwalt als Gotteslästerer angeklagt werden würde. Der Staatsanwalt wogte diese in persönlicher Rede vorgelegene Behauptung nicht zu bestreiten.

Das Gericht kam zu einem glatten Freispruch. Der Beschuldigte unterstreicht die Berechtigung der vom Angeklagten geübten Kritik und erklärte, daß von einer Beschimpfung Gottes oder kirchlicher Einrichtungen keine Rede sein könne.

Landbund-Hege.

Man redet vom Käuferstreik.

Bremen, 7. März. (Eigenbericht.)

In einer Versammlung des Amtslandbundes Delmenhorst wurde angekündigt, daß der Landbund Oldenburg-Bremen sich dem Beispiel anderer Landbünde anschließen und den Käuferstreik proklamieren werde. „Wir wollen“, so führte einer der Redner wörtlich aus, „das System vernichten, das unsere Existenz untergräbt und uns bewußt proletarisieren will.“

Unter Standesherrn.



„Jetzt nimmt die republikanische Bande und Standesherrn die Ablösungsrente für das jus primae noctis fort. Da sollten wir wenigstens die Ausübung unseres alten Rechtes in natura zurückfordern!“

Die russische Fälscherwerkstatt.

Amerikanische Intervention beim Auswärtigen Amt.

Die polizeiliche Untersuchung gegen den früheren russischen Staatsrat Dr. Orloff und seinen Gehilfen Pamlonowski erstreckt sich, wie Korresp. Sachaczewski meldet, hauptsächlich darauf, ob die russischen Dokumentenfälscher aus eigenem Antrieb oder im Auftrag von Hintermännern die Schriftstücke fabriziert haben.

Durch Vermittlung des Bizepolizeipräsidenten Dr. Weich hat am Donnerstag Rechtsanwalt Dr. Walter Jaffe, der die Verteidigung Dr. Orloffs übernommen hat, eine längere Unterredung mit Dr. Orloff führen können, in der dieser seinen Lebenslauf geschildert hat; vereinbarungsgemäß durfte über die Dokumentenfälschung nicht gesprochen werden. Dr. Orloff war unter dem Zarismus von 1906 bis zum Ausbruch der Revolution 1917 Untersuchungsrichter und hatte zuletzt bei der russischen Geheimpolizei die Verfolgung der Revolutionäre zu leiten. Nach der Oktoberrevolution gelang es ihm zunächst auf Grund eines selbst ausgestellten polnischen Passes auf den Namen Orlinsti in der Tscheche tätig zu sein und er wußte dort besonders während des Balkan-Unternehmens den Deutschen große Dienste geleistet haben. Dr. Orloff mußte fliehen, wurde mehrfach verwundet und hielt sich schließlich in Paris auf, wo er propagandistisch gegen den Bolschewismus arbeitete und den kürzlich verstorbenen Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch nahe stand. Er ließ sich dann in Deutschland nieder und hatte auch Beziehungen mit dem früheren Leiter der Berliner Fremdenpolizei, Regierungsrat Bartels, der nach dem Frieden von Brest-Litowsk bei der deutschen Gesandtschaft in Rußland angestellt war und später in Berlin wegen Korruptionsbeschuldigungen seinen Dienst quittieren mußte. Regierungsrat Bartels hatte in seinem Bestechungsprozeß den Staatsrat a. D. Orloff als Zeugen benannt. Dr. Orloff will lediglich aus idealen Gründen die Fälschungen begangen haben und betont, daß sie ihm nur ein Mittel der antibolschewistischen Propaganda gewesen seien. Rechtsanwalt Dr. Jaffe meint, daß es kaum zu einem strafrechtlichen Verfahren gegen Dr. Orloff und Pamlonowski kommen werde, da Betrug nicht vorliege, weil der amerikanische Journalist die Fälschungen von vornherein erkannt hätte und sich das Versteck auch nicht gegen den deutschen Staat gerichtet habe.

Wie BS. erfährt, hat die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika durch ihre Botschaft der Reichsregierung offiziell mitgeteilt, daß sie das größte Interesse an der schnellen Durchführung der Untersuchung gegen Dr. Orloff und Pamlonowski hat, weil diese die amerikanischen Senatoren Borah und Norris verunglimpfen hätten. Nachdem ein Telegramm des Staatsdepartements für Auswärtige Angelegenheiten in der Botschaft eingegangen war, hat Botschaftsrat Poole im Auswärtigen Amt darauf hingewiesen, daß Senator Borah, der Vorsitzende des Ausschusses, das höchste persönliche Interesse an der restlosen Aufklärung der Fälscheroffere habe. Die amerikanische Regierung folge mit der allgerühmten Aufmerksamkeit der Untersuchung, und man hoffe, daß ein klarer Beweis für die Unschuld der Dokumente erbracht werde und in Zukunft denartigen Fälschern sofort (!) das Handwerk gelegt werden kann.

Die amerikanische Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika durch ihre Botschaft der Reichsregierung offiziell mitgeteilt, daß sie das größte Interesse an der schnellen Durchführung der Untersuchung gegen Dr. Orloff und Pamlonowski hat, weil diese die amerikanischen Senatoren Borah und Norris verunglimpfen hätten. Nachdem ein Telegramm des Staatsdepartements für Auswärtige Angelegenheiten in der Botschaft eingegangen war, hat Botschaftsrat Poole im Auswärtigen Amt darauf hingewiesen, daß Senator Borah, der Vorsitzende des Ausschusses, das höchste persönliche Interesse an der restlosen Aufklärung der Fälscheroffere habe. Die amerikanische Regierung folge mit der allgerühmten Aufmerksamkeit der Untersuchung, und man hoffe, daß ein klarer Beweis für die Unschuld der Dokumente erbracht werde und in Zukunft denartigen Fälschern sofort (!) das Handwerk gelegt werden kann.

Das Auslieferungsgesetz.

Sozialdemokratische Verbesserungsanträge angenommen.

Der Rechtsausschuß setzte die Beratungen des Auslieferungsgesetzes fort. Die Abg. Dr. Morum und Dr. Rosenfeld (Soz.) bemühten sich, die Rechtsgarantien des Auslieferungsgesetzes zu erweitern. Sie begründeten ihre Anträge, nach denen dem Auslieferungsbefehl ein Rechtsanwaltsbeigebot und diesem Rechtsanwaltsbeigebot schriftlicher und mündlicher Verkehr mit dem Verhafteten zu gestatten sei. Diese Anträge wurden angenommen.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) warf die Frage der Entschädigung für unschuldig erlittene Auslieferungshaft auf. Er wünschte, daß unschuldig in Auslieferungshaft Genommene ebenso einen Entschädigungsanspruch erhalten sollten wie unschuldig Verhaftete. Präsident Bumke legte entsprechende Änderungen des Gesetzes über unschuldig erlittene Untersuchungshaft zu.

Schließlich warf Abg. Morum (Soz.) die Frage auf, ob die Bestimmung des § 45 des Entwurfs aufrechterhalten werden könne, nach welcher Auslieferungsvorgänge mit anderen Regierungen im allgemeinen der Zustimmung des Reichstages nicht bedürfen sollen.

Ministerialrat Reiffenberg verteidigte die Auffassung, daß nach Annahme des Auslieferungsgesetzes Auslieferungsvorgänge im allgemeinen der Zustimmung des Reichstages nicht mehr bedürfen würden. Dieser Ansicht widersprachen Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) und Abg. Hanemann (Dnat.), und auch die anderen Mitglieder des Ausschusses wollten das Recht des Reichstages, daß Auslieferungsvorgänge ihm vorgelegt werden müssen, nicht beschränken.

Nach längerer Beratung wurde die Entscheidung der Frage bis zur nächsten Sitzung vertagt.

Lohndebatten bei der Reichspost.

In der Sitzung des Verwaltungsrats.

In einer Sitzung des Verwaltungsrats der Reichspost wurde der Postetat für 1929 besprochen. Die Summe der Einnahmen sei gegenüber 1928 um 100 Millionen mehr auf 2,3 Milliarden veranschlagt. Von der Mehreinnahme seien 16 Millionen zur Mehrablieferung an das Reich bestimmt, das im ganzen für 1929 126,5 Millionen erhalten solle; das seien 55 Proz. der Betriebsentnahmen. Für das Bauprogramm würden 120 Millionen für 1929 zur Verfügung gestellt, von denen 20 Millionen auf die Wohnungsfürsorge entfielen. Es sei beabsichtigt, in den nächsten drei Jahren je 3000 bis 5500 Wohnungen zu erstellen.

Zu einer lebhaften Debatte kam es über die fällige Erhöhung der Löhne für die Reichspostarbeiter. Abg. Bender (Soz.) begrüßte die Erklärung des Ministers Schädel, daß Mittel für die Lohn erhöhungen zur Verfügung ständen. Entschädigung eines Unfalls

im Telegraphenbau, der zwei jungen Menschen das Leben kostete, verlangte er strenge Maßnahmen gegen die Schuldigen und Unterstützung der Hinterbliebenen.

Ministerialdirektor Dr. Rabis (Preußen) wandte sich gegen jede beschleunigte Erhöhung der Arbeiterlöhne mit Rücksicht auf die allgemeine wirtschaftliche Lage und wurde von dem volksparteilichen Abg. Morath energisch unterstützt. Er bitte darum, den Verwaltungsrat vor Abschluß der Lohnverhandlungen zu hören. Man müsse vorsichtig sein, denn eine Lohnerhöhung im gegenwärtigen Augenblick könnte ein Verbrechen am deutschen Volk darstellen.

Die Antwort darauf gab der sozialdemokratische Abg. Dr. Hark. Er erklärte, es handle sich nicht um die Frage einer allgemeinen Lohnerhöhung, sondern um eine solche für bestimmte Gruppen der Postarbeiter, deren Lohn weit hinter dem notwendigen zurückgeblieben sei. Wenn man die gegenwärtige Krise überwinden wolle, müsse man die Abschnit ändern. Dies könne aber nur dadurch geschehen, daß man den breiten Arbeitern die Mittel gebe, damit sie kaufen könnten. Es stimme nicht, daß Lohnkorrekturen jetzt nicht möglich seien.

Glückwünsche für Wissell.

Ein amtliches Schreiben des Reichskanzlers.

Der Reichskanzler hat an den Reichsarbeitsminister Wissell zu dessen 60. Geburtstag nachstehendes Glückwunschscheiben gerichtet:

„Zur Vollendung Ihres 60. Lebensjahres übermittle ich Ihnen, zugleich im Namen der Reichsregierung, die herzlichsten Glückwünsche. Sie haben heute zurück auf ein Leben reich an Arbeit und reich an Erfolgen. Es sind gerade 10 Jahre verfloßen, als Sie in schwerer Zeit an der Seite unseres nun bereits seit 4 Jahren in der kühlen Erde ruhenden ersten Reichspräsidenten Ebert an dem Aufbau der jungen deutschen Republik zuerst als Volksbeauftragter und später als Reichsminister tatkräftig mitwirkten. Bereits in jungen Jahren haben Sie Ihre ganze Kraft in den Dienst der arbeitenden Bevölkerung gestellt, aus deren Reihen Sie hervorgegangen sind. Ihre eingehende Kenntnis der sozialpolitischen Gesetzgebung, an deren Verbesserung Sie seit vielen Jahren mitgearbeitet haben, veranlaßte bei der Neubildung der Reichsregierung im Juni des vergangenen Jahres Ihre Berufung an die Spitze des Reichsarbeitsministeriums, das Ihr verdienstvoller Vorgänger 8 Jahre lang geführt hatte. Ich gedenke am heutigen Tage gern Ihrer wertvollen Mitarbeit im Reichskabinett und verbinde damit die Hoffnung, daß diese Arbeit zum Wohle des Reiches und namentlich der wertvollen Bevölkerung auch in Zukunft noch reiche Früchte tragen möge. Ich verbleibe mit besten Grüßen
Ihr sehr ergebener Ges. Müller.“

Der Reichspräsident hat dem Reichsarbeitsminister in einem Telegramm seine herzlichsten Glückwünsche übermittelt.

WERTHEIM

Leipziger Str. Königstraße Rosenthaler Str. Moritzplatz

Preise für Freitag und Sonnabend, soweit Vorrat.
Fleisch, Fische, Geflügel, Obst und Gemüse werden nicht zugesandt.

Obst u. Gemüse

Kranzfeigen Pfund 28 Pl.	Rote Rüben Pfund 10 Pl.
Smyrnafeigen Pfd. 32 Pl.	Rotkohl holl. Pfund 15 Pl.
Amerikaner Pfund 40 Pl.	Weiß- u. Wirsingkohl 15 Pl.
Tajeläpfel kalt. 45, 55 Pl.	Möhren gewaschen 18 Pl.
Apfelsinen m. 55, 75, 1 M.	Sellerie 28 Pl.
Apfelsinen 40 Pl.	Blumenkohl 40 Pl.
Malinut. Dp. 70, 90, 1.20	Rosenkohl 45 Pl.
Bananen 40 Pl.	Frische Ananas
Messina-Apfel	im Ganzen, Pfd. 48 Pl. an
Halbbrot, Kiste	
100 u. 150 Stück 9,50	

Wurstwaren

Dampfwurst Pfund 1.05	Zervelat u. Salami
Rohwurst Pfund 1.05	holsteinische, Pfund 1.70
Landleberwurst Pfd. 1.20	Leberwurst teile, Pfd. 1.80
Fleischwurst Pfund 1.20	Teewurst 1.80
Hann. gek. Mellw. 1.45	Speck fett 1.30 mager 1.50
Mettwurst Braunsch. Art, Pfund 1.45	Schinkenspeck Pfd. 1.90
Jagdwurst 1.55	Kletzer, Rosenthaler Str., Moritzplatz:
Filetwurst 1.55	Speckwurst Pfund 0.90
Schinkenpolnische 1.60	Berl. Mettwurst Pfd. 1.20
Landmettwurst Pfd. 1.60	Bierwurst Pfund 1.70

Käse u. Fette

Camembert vollfett 26 Pl. 38 Pl.	Schädel 26 Pl. 38 Pl.
Limburger Allg. halbfett Pfund 44 Pl. 52 Pl.	vollfett 98 Pl.
Sleinbuscher halbfett Pfd. 70 Pl.	vollfett 1.18
Edamer halbfett Pfd. 72 Pl.	vollfett 1.15
Holländer halbfett Pfd. 75 Pl.	vollfett 1.15
Steppenkäse halbfett, Pfd. 75 Pl.	Briekäse vollfett 1.05
Tilsiter vollfett Pfund 1.38	
Schweizer äss., dreiviertelfett Pfd. 88 Pl.	vollfett, Pfund von 1.40
Blockkäse, halbfett, ohne Rinde	
Tilsiter Art Pfund 88 Pl.	Schweizer Art Pfund 98 Pl.
Margarine Pfd. 52, 58 Pl.	Tajelbutter 1.98
Kokosfett 1-Pfd.-Taf. 62 Pl.	Dän. Butter Pfund 2.20

Räucherwaren

Fellbücklinge Pfund 23, 28 Pl.	Fleckheringe Pfd. 52 Pl.
Bundale 32 Pl.	Seelachs 52 Pl.
Kieler Bücklinge 42 Pl.	Fundern Pfund 55 Pl.
	Dorsdrosen Pfund 58 Pl.

Frisches Fleisch

Rinderkamm u. Brust 0.80	Schweinekamm u. Blatt, mit Öl age, Pfund 1.15
Querrippe Pfund 0.78	Schweineschinken, P. d. 1.20
Gulasch Pfund 0.85	Kafler, Speer u. Kamm 1.25
Schmorfleisch Roastbeef m. Knoch. 1.00	Selbstausage'assaner Taig 0.58
Schmorfleisch ohne Knoch. 1.25	Kinderzungen frische 1.10
Lieser Pfund 0.80	Knibbschnitze Pfund 2.00
Gehacktes Pfund 0.78	
Kalbshamm u. Brust 0.63	Prima Geflügelfleisch
Kalbsnierenbraten Pfd. 0.75	Hammelfoer, der, Fleisch P. d. 0.92
Kalbskeule ganz u. gefüllt Pfd. 0.85	Schmorfleisch m. Knochen Pfund 0.82
Schweinebauch u. Rücken, mit Beilage, Pfund 1.10	Kuh-Euter Pfund 0.30

Fische

Kabeljau ohne Kopf, ganze Fische, Pfund 0.19 0.25	Filet von Kabeljau Pfd. 0.38
Schellfische Pfund 0.24	Aalquappen Pfd. 0.48
Goldbars Pfund 0.30	Zander gefroren, Pfd. 0.60 0.85
Karbonadenfisch Pfd. 0.36	Grüne Heringe 5 Pfund 0.65 0.90

Geflügel

Gänse gefroren Pfund 0.95	Wolgahühner Pfund von 1.20
Große Tauben Stück 0.98	Suppenhühner Pfd. 1.20 an
Puten gefroren, Pfund v. 1.05 an	Hühner ungarische Pfund 1.40
Enten gefroren Pfund 1.20	Schneehühner Stück v. 1.90 an

Ganz besonders preiswert: Kantorowicz-Edel-Liköre

Blackberry Brandy 1/2 Ltr. 6.50 1 Ltr. 3.60	Jubil.-Pommeranz 1/2 Pl. 5.80 1 Pl. 3.20
Mönchlikör 7.20 3.90	Cherry brandy 5.00 2.8
Reiterlikör 3.70 3.75	Cordial Médoc 5.90 3.25

und viele andere Sorten

Wein (Preise für 1/2 Flasche ohne Glas)

1927 Wölsteiner stift. Tisch- u. Hovierwein 1.10	3 emp. ehrensverle 1921er Kreszenzen
1927 Ebernburger Berg 1.40	1921 Chät. La Lagune Wachst. Goury 1811. Bordeaux 1.90
1924 Chät. Reignac pikanter Platzwein milder Bordeaux 1.40	1921 Gunterblum. Autentil Wachst. Schmitt, sahl. Rheinbasse 2.00
1924 Chät. Clarke halbsüßer, weißer Bord. 1.80	1921 Neumagener Wispel Wachst. Basl. u. stahlh. Mosel 2.30

Wein und Spirituosen vom Faß zu Extra-Preisen

Konserven

Gemüse-Erbsen 1/2 Dose 50 Pl.	Spinal 48 Pl.
Jg. Erbsen mittelfein 78 Pl.	Brudspargel extra 3.00
Junge Erbsen feil 1.25	Brudspargel dünn 1.80
Kaiserschoten 1.65	Stangensparg. stark 3.20
Jg. Erbsen mittelfein m. Karott 95 Pl.	Stangensparg. 2.60
Gem. Gemüse sehr fein 1/2 Dose 95 Pl. 1.75	Pflaumen ohne St. 90 m. 70 Pl.
Karotten ungr. kleine 80 geschnt. 48 Pl.	Apfelmus 3.70 75 Pl.
Stangen-Schnitt- und Brechbohnen 95 Pl.	Ananas 1.05
Haricots verts mittel- 1.05	Gemischte Früchte 1.35
extra fein 2.10	Birnen Williams Christ 1.45
Tel. Rüben lange kleine 1/2 Dose 70 Pl. 1.20	Heidelbeeren 1.28
Champignons I 1/2 Dose 75 Pl. 1.50	Pflirsiche kalifornische 1.35
Kohlrabi 55 Pl.	Brat- u. Bismarck-hering, Rollmops 82 Pl.
	Hering in Gelee 82 Pl.

Konfitüre 1/2 Elmer	Pflaumen 0.98
Aprikosen 1.10	Orange, Johannisbeeren 1.15
Apfelgelee 1.28	Himbeeren 1.30
	Kirschen 1.35

Kolonialwaren

Bockost gemischt Pfund 48, 40 Pl.	Bruchreis Pfund 19 Pl.
Pflaum. Boon., Pfd. 46, 32 Pl.	Tafelreis Pfund 24 Pl.
Pflaum. Kalit., Pfd. 84, 42 Pl.	Makkaroni 45, 38 Pl.
Birnen Kalit., Pfd. 98, 70 Pl.	Eier-Schnitt-Pfund 84, 40 Pl.
Ringäpfel Kalt., 1.18, 90 Pl.	Eier-Fad.-Nud. 42 Pl.
Aprikosen Kalt., 1.18, 95 Pl.	Eier-Suppen-Einl. 58 Pl.

Kaffee

Konsum-Misch. Pfd. 2.40	Globus-Misch. Pfd. 3.80
Haushalt-Misch. „ 2.60	Residenz-Misch. „ 4.20
Sonder-Misch. „ 3.00	Spezial-Mischung mit 20% Arabica 0.67 1.10
Olympia-Misch. „ 3.40	

Tee Darjeeling Levou China Indien Ceylon II Mischung 1/4 Pfd. 2 M 1.85 1.70 1.55 1.25
--

Konfitüren

Olympia-Kakao 500 Gramm 1.00
Olympia-Block-Schokolade 200 Gr. 58, 500 Gr. 1.15
Ice-Keks Pfund 1.40
Gold-Bonbon mit Schokolade-Creme-Pullone Pfund 0.75 1/4 Pfd. 0.20

Sechsbettige, schenken Kranzleuchter entfällt samt und unzerstört am 7. März, sonnig 10 Uhr, mein herrlicherer Mann und Vater, der Kraftfahrzeugbesitzer

Hermann Kiobsch
im 4. Lebensjahre.

Frau Marie Kiobsch, geb. Knothe nebst Kindern
Bertha-Gölnberg, Oberstraße 14.
Die Überführung erfolgt am Sonntag, 11. März, 17 Uhr im Krematorium Wilmersdorf, Berliner Str. 101

Betten Stahl- Holz- Matrizen
Kinderbetten, Polster, Schlafzimmer, Chaiselongues an Private, Kataloge, Katalog 267 bei Eisenmöbelwerk Suhl (Thür.)

Unbedingt gut
kaufen Sie lieber
Möbel-Tischlerei
Willy Maass.
Brunnenstraße 35.
Kein Laden!
Verkauf nur im Fabrikgebäude!

TEIL ZAHLUNG

Unsere Läger zeigen in allen Abteilungen entzückende **Frühjahrs-NEUHEITEN** billig und gut zu unseren kulanten Zahlungsbedingungen **1/5 ANZAHLUNG** Rest in 5-6 Monats- oder 20-24 Woche raten bei Käufen über 100 Mk. Rest in 8 Monats- oder 32 Wochenraten. Alte Kunden erhalten Waren in Höhe des bezahlten Kontos ohne jede Anzahlung!

KAUFHAUS Modern
Im Westen: Gr. Frankfurterstr. 101 am Straußberger-Pl.
Im Süden: Kottbuserdamm 72 Nähe Hermann-Pl.

WIR FÜHREN:
Damen-Herren-Kinder-Konfektion • Gardinen • Teppiche • Lüsterstoffe • Bett-, Leib- u. Tischwäsche • Baumwollwaren • Wollwaren • Frickotagen • Inlette • Bettfedern • fert. Betten • Schuhwaren.

Gewinnauszug
5. Klasse 32. Preußisch-Schlesische Klassen-Lotterie.
Ohne Gewähr Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die erste gleiches Nummer in den beiden Abteilungen I und II

24.ziehungstag 7. März 1929
An der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 150 M. gezogen

2 Gewinne zu 5000 M. 363410.
6 Gewinne zu 3000 M. 213396 258177 281114
12 Gewinne zu 2000 M. 41355 84307 150515 160895 26339 365487
26 Gewinne zu 1000 M. 7961 92544 124384 159339 280616 294006
214908 330495 338443 341525 359819 377010 388408
86 Gewinne zu 500 M. 5990 13988 22420 24916 39928 44139 49175
49201 49987 54989 63927 86452 91241 101122 110073 111329 125684
133391 135343 148688 158482 181167 192231 211428 224396 236892
254361 255989 267742 272953 279394 280683 284231 293477 310636
318917 324881 347089 353248 359213 364782 385308 389892
250 Gewinne zu 300 M. 3868 4700 9127 9335 9994 10690 11211 12301
12876 15855 16962 17928 20153 22609 23254 32975 33332 37015
38995 41402 43997 48938 50939 51154 52609 54875 56820 57781
58305 64141 65242 69437 71769 72436 72898 77778 81686 85693
105644 108985 110297 112509 113207 114491 116096 116534 119707
123481 127039 129141 134230 140122 145272 150928 151503 151921
159169 159842 186620 175531 178147 178519 179082 179443 184255
190598 202109 202986 202978 205840 223852 223986 225189 233787
236192 236885 239247 238684 240125 244317 248512 250016 253357
254403 258333 261986 265916 271802 277488 279218 284200 286048
288673 294167 295107 299638 299819 297633 299131 311101 311389
314955 316174 316797 325442 326889 327134 331673 335613 337108
339079 343605 350673 352243 361336 374553 341906 342381 345738
389983 392229 393309 394793 396136 397472

An der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 150 M. gezogen

2 Gewinne zu 5000 M. 180654
4 Gewinne zu 3000 M. 141112 219954
10 Gewinne zu 2000 M. 4361 75043 166024 170673 234102
30 Gewinne zu 1000 M. 11277 110860 115543 126820 170623 219098
251604 326596 341947 358424
64 Gewinne zu 500 M. 13872 17163 18207 28869 55166 67709 88545
81054 72928 78018 100441 106940 102036 187320 192886 223383
224502 248883 252794 261559 274245 280630 284244 285017 321067
345553 350939 364233 369182 378190 390596 395741
186 Gewinne zu 300 M. 1451 6431 12503 15108 19740 22812 28584
37251 39139 47733 51294 55851 66738 61515 62031 63691 67822
72183 73190 79148 79260 89885 90017 100284 101959 105370 111458
11767 116458 118470 120288 120343 138169 142708 147331 148500
182887 183944 186537 187230 189078 189164 181062 182698 171161
182304 208364 210737 217893 217887 227229 234947 235896 238601
253308 255783 267434 257990 269827 270989 271811 291761 283030
293450 295054 305749 305794 307390 318062 319187 321130 324288
325789 328191 328928 330435 335364 337453 341906 342381 345738
346890 347715 355948 356443 358892 363798 364909 368893 369691
373533 387480 392143

Zum Gewinnende verblieben: 2 Wämien zu 500000, 2 Gew. zu 50000,
2 zu 25000, 16 zu 10000, 30 zu 5000, 58 zu 3000, 132 zu 2000,
310 zu 1000, 788 zu 500, 2078 zu 300 Mark.

Bad Flinsberg
Jsergebirge-Schlesien
Wintersport und Winterkuren
Sportwochen: 20. Jan. - 3. Febr., 10. - 24. Febr.
Ski = Bob = Rodel = Eis

Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen und Warzen
besiegt schnell, sicher und unblutig
Kukirol
Verlangen Sie in der nächsten Kukirol-Verkausstelle ausdrücklich die neue Packung mit dem Garantieschein, denn Sie erhalten dann bei Nichterfolg Ihr Geld zurück!
Eine Packung Kukirol mit dem Garantieschein kostet 1 Mark.

Feuersicherheit der Fabrikbetriebe.

Die Lehre aus der Explosion in der Schönleinstraße.

Das schwere und opferreiche Explosionsunglück in der Schönleinstraße, das sich vor drei Monaten ereignete und so großes Entsetzen hervorrief, wurde gestern in der Stadtverordnetenversammlung nochmals erörtert. Aus dem Ausschuss, dem die damals eingebrachten Anträge, darunter einer von der sozialdemokratischen Fraktion, überwiesen worden waren, wurde das Ergebnis vorgelegt. Im Sinne des sozialdemokratischen Antrages forderte der Ausschussbeschluss vor allem mehr baupolizeiliche Beaufsichtigung feuergefährlicher Fabrikbetriebe und mehr Schutz für die darin beschäftigte Arbeiterschaft. Unser Genosse Kraatz richtete scharfe Anklagen gegen den Inhaber des Betriebes in der Schönleinstraße und unterzog Gewerbeaufsicht und Baupolizei einer eindringenden Kritik. Er stellte fest, daß der Arbeiterschaft die Fühlungnahme mit den Gewerberäten nicht leicht gemacht wird. Zu einem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung kam es noch nicht. Die Debatte wird in der nächsten Sitzung fortgesetzt.

Eine Anfrage der Deutschnationalen wegen der Errichtung von Jugendherbergen im Weichbild der Stadt Berlin beantwortete Oberbürgermeister Böß sofort. Er wies darauf hin, daß die Stadtverwaltung seit langem bemüht ist, im Zentrum einen Platz frei zu machen, was sei es sehr schwierig, eine Stelle zu finden und die Kosten aufzubringen. Ueber eine Stunde debattierte man über die Nachprüfung der

Büchereien der Krankenanstalten.

veranlaßt durch einen Beschluß der Gesundheitsdeputation. In einer Anfrage machten die Deutschnationalen eine Haupt- und Staatsaktion daraus, und in ihren Reden griffen sie den Stadtmedizinalrat heftig an. Es sind nämlich bei der Bereinigung der Büchereien auch die nationalistischen, „vaterländischen“ Bücher ausgemerzt worden, und das nahmen die Leute von der rechten Seite des Hauses sehr übel. Sie hätten gar zu gern die alten Kriegsgeschichten und Schlachtenberichte, die Kaiserbiographien und schönen Gedichtbücher weiter den Kranken vorgelesen. Der Stadtmedizinalrat Prof. Dr. v. Dreigels verteidigte die Maßnahmen des Hauptgesundheitsamtes. Nach den deutschnationalen und kommunistischen Rednern betonte Genosse John, daß der prüfende Ausschuss durchaus nicht so literaturkundig gewesen sei, wie es die Deutschnationalen hinstellten, und sachverständige Bibliotheksbeamte hinzugezogen wurden. Die Revision der Büchereien war dringend nötig. — Am Fall-Realgymnasium in der Lühnowstraße 84c hat ein Gesangslehrer Jaenich nach einer kommunistischen Anfrage die Schüler gezwungen, ein Lied zu lernen und zu singen, in dem gesagt wird, „daß der Rhein jetzt Sklavenjoch und Knechtsgewand trage, und daß von Burg und Dornen, die da ragen, ein schaurig dumpfer Trauerchor gralle. Der übermütige welsche Hahn schwebte fliegestrunkem am Rhein, und es wird gefragt, wann der Rhein wieder frei würde?“ — Als der Stadtverordnete Lange (F.D.) die Vorgänge in der Schule einer Kritik unterzog, verteidigte die Rechte das schöne Lied, so daß Lange ihre völlige Anspruchlosigkeit in Literaturdingen feststellen konnte. Stadtschulrat Genosse Inghoff erläuterte den Tatbestand: Im Ruhrlamp sei das Lied vom Lehrer verteilt worden, er hätte den Vertreib ohne Eigennutz übernommen. Der vorgelesenen Behörde sei Bericht erstattet. Von der städtischen Schulverwaltung sei dem Provinzial-Schulkollegium mitgeteilt worden, daß lebhaftes Interesse daran bestände, daß der Schulunterricht auch im Gange

dem Gedanken der Völkervereinigung Rechnung trägt.

Dann gab es noch ein Wortgeplänkel zwischen rechts und links, wobei sich Stadtverordneter Seelmann-Engedert als echt deutschnationaler Oberlehrer betätigte und die Sache war erledigt. Das furchtbare

Brandunglück in der Radiofabrik in der Schönleinstraße

kurz vor Weihnachten vorigen Jahres hatte unsere Fraktion alsbald veranlaßt, einen „Dringlichkeitsantrag“ einzubringen, in dem der Oberbürgermeister als Beauftragter der Baupolizei ersucht wird, so bald als möglich sämtliche Fabrikbetriebe auf ihre Feuer-

sicherheit zu prüfen und für größtmöglichen Schutz der Arbeitenden zu sorgen. Betriebe, die feuergefährliche, explosive Stoffe verarbeiten, sollen aus dem Bereich von Wohnungen entfernt werden. Die Kommunisten hatten ebenfalls Anträge dazu eingereicht. Für die sozialdemokratische Fraktion sprach Genosse Kraatz: Er betonte eingangs seiner Ausführungen, daß die Sozialdemokratische Partei sowohl wie die Gewerkschaften sich für einen ausgiebigen Arbeiterschutz eingesetzt hätten. Im Bezirk Kreuzberg, in dem das furchtbare Explosionsunglück passierte, sind über 32 000 Betriebe vorhanden, die alle von den Gewerbeaufsichtsbeamten kontrolliert werden müßten. Für die Heimwerker und für die allerkleinsten Betriebe, wo oft nur Meister und Gehilfen arbeiten, besteht keinerlei Aufsicht. Zu dieser Vielzahl von Betrieben kommen täglich neue hinzu. Im Bezirk Kreuzberg sind in der Gewerbeaufsicht ganze zwei Gewerberäte vorhanden, die sich bei der Fülle der Arbeit

Auflauarbeiten.



Auf etwas primitiver Art wird das Auftauen von eingefrorenen Dachrinnen an Berliner Häusern durchgeführt. In einem tragbaren Blechfenster wird Wasser zu Dampf erhitzt und letzteres mittels Schlauchleitung in die vereiste Rinne geleitet. Trotz der warmen Märzsonne muß noch häufig zu diesem Mittel gegriffen werden, um dem Schneewasser vom Dach zum Kanal den Abzug freizumachen. Gestern verunglückten bei dieser Beschäftigung, wie mitgeteilt, zwei Arbeiter. Der Kessel platzte, und der ausströmende Dampf verbrühte die beiden Männer aufs schwerste. Neuerdings werden zum Auftauen elektrische Apparate erprobt, deren Anschaffung sich sicherlich rentieren wird, wenn die nächsten Winter in Berlin uns wieder sibirische Kältegrade bescheren werden.

fest nur noch mit der Erledigung schriftlicher Arbeiten abgeben können. Das bedauerlichste sei, so betonte Genosse Kraatz, daß die Gewerbeaufsicht, die Feuerwehr, die Bau- und die Gesundheitspolizei getrennte Behörden sind, von denen man nicht immer behaupten kann, daß sie gemeinsame Arbeit leisten. Aus dem Irrtum der Bevölkerung, daß diese Behörden von einer gemeinsamen Stelle aus verwaltet würden, erklärten sich die Angriffe auf den Magistrat. Eine Fühlungnahme zwischen der Arbeiterschaft und der Gewerbeaufsicht ist einfach unmöglich. Einen besonders traurigen Fall führte der Redner an: Das Bureau eines Gewerbeaufsichtsbeamten, dessen Aufsichtsbezirk von Treptow bis Grünau reicht, liegt in Rosenthal. Zu all dem kommen die Schwierigkeiten, die die Unternehmer den Arbeitern und Betriebsräten bereiten, wenn sie sich an den Gewerberat wenden. Genosse Kraatz betonte, daß die

Radiofabrik in der Schönleinstraße schon längst hätte geschlossen werden müssen.

Es war einfach kein Betrieb, sondern das, was der Arbeiter eine Bruchbude nennt. Kinder von 14 Jahren hantierten mit dem feuergefährlichsten Material. Es war weder ein Betriebsrat noch ein Obmann vorhanden. Eine Aufsicht im Betriebsrat, die tägliche Arbeitszeit dauerte neun Stunden, Sonntagsarbeit und Akkordarbeit waren das Normale. Der Lohn wurde unregelmäßig gezahlt, Krankentagebeiträge führte der Herr Chef nicht ab. Indem Genosse Kraatz für die Beschlüsse des Ausschusses eintrat, richtete er an den Bürgermeister Scholz das Ersuchen,

alle Berliner Gewerberäte zusammenzurufen und die Gewerkschaften mit hinzuzuziehen.

Bürgermeister Scholz wies auf die Schwierigkeiten in der Zuständigkeitsfrage der in Betracht kommenden Behörden hin und erklärte, daß bereits in dreizehn Bezirken Hilfskontrollkräfte eingestellt seien. Außerdem länden jetzt getrennte Revisionen durch die Feuerwehr sowohl wie durch die Baupolizei statt.

Die Debatte geht in der nächsten Sitzung weiter.

Westen ohne Licht.

Störungen im U-Bahnverkehr.

Ein Teil des Berliner Westens, vornehmlich die Stadtbezirke Wilmersdorf und Schöneberg, wurden gestern Abend wieder von einer empfindlichen Lichtstörung betroffen. Dadurch wurde auch die U-Bahn und die Straßenbahn in Mitleidenschaft gezogen. Während es gelang, den Verkehr nach viertelstündiger Unterbrechung durch Umfahrungen wieder aufzunehmen, war die Lichtstörung von längerer Dauer.

Gegen 10 Uhr erfolgte plötzlich in sämtlichen Häusern, die an das Stromnetz der Elektrizitätswerke Südwest angeschlossen sind, das Licht; auch die Straßen lagen in tiefstes Dunkel gehüllt. Der U-Bahnverkehr auf der Strecke Victoria-Luisen-Platz-Hauptstraße ruhte eine Zeitlang völlig; die Züge blieben mitten auf der Strecke stehen. Durch Umfahrungen auf das Umformerwerk Gleisdreieck konnte der Verkehr nach 15 Minuten wieder planmäßig durchgeführt werden.

Wie mitgeteilt wird, ist die Ursache dieser Licht- und Kraftstörung, die um 20 Uhr noch andauerte, auf einen Kabeldefekt zurückzuführen. Das vom Elektrizitätswerk Südwest gespeiste Stromnetz war dadurch größeren Spannungsschwankungen ausgesetzt, die auch in den Umformerstationen Störungen verursachten. Erst vor wenigen Wochen wurde der Westen von einer ähnlichen Lichtstörung, die mehrere Stunden währte, betroffen.

Durch einen Kabelbrand auf dem U-Bahnhof Potsdamer Platz war gestern nachmittag der Zugverkehr zwischen Breitenbachplatz und Thielplatz auf die Dauer von einer Stunde gestört. — Durch die Entgleisung eines Straßenbahnwagens der Linie 119 an der Ecke Kleist- und Reichenbachstraße wurde gestern um 16.20 Uhr der Straßenbahnverkehr längere Zeit lahmgelegt. Um 17 Uhr waren die Entgleisungsarbeiten beendet und der Verkehr konnte wieder aufgenommen werden.

Der Aufruhr des schiefen Calm

Roman einer Revolution. Von Geacht Hermann Mostat

Denn wirklich: Furchtbares war ihm geschehen! Ueber seine Frau aber auch! Ein Diplomat soll keine Superintendententochter heiraten, die nie, nie das richtige Verständnis für wichtige politische Missionen entwickeln würde! Denn war es etwa keine große, ehrenvolle diplomatische Mission, in Vertretung Seiner und Ihrer Durchlaucht nach Dessau geschickt zu werden, um Ihrer Durchlaucht der Herzogin von Anhalt-Dessau zu ihrem morgigen Geburtstag den Glückwunsch der Bernburger Bettlern zu überbringen? Ach, alles hatte ihm seine Frau eingepackt, Kleidung, viel zu viel, Essen, viel zu viel, sogar ein neues Testament, als ob man in dieser infamen Bahn die Sammlung zum Bibellesen finden oder sich eine Gratulationsrede aus Bibelstellen zusammensetzen könnte — aber das Wichtigste, das Allerwichtigste hatte sie natürlich vergessen.

Kügelgen rang während des Laufens die Hände, saßte dann vorsichtshalber zum hundertstenmal an seinen Hals, ob er sich nicht geirrt hatte, ob er nicht doch da hing, nein, er hing nicht da, und vergeblich stöhnte er zum tausendsten Male: „Der Schlüssel, der Schlüssel!“ Ja, wie um alles in der Welt sollte er bei der Gratulationscour repräsentieren können, wenn ihm das Abzeichen seiner kammerherrlichen Würde, wenn ihm der goldene Schlüssel fehlte...! Die Folgen waren nicht anzudenken: Bruch des Zeremoniells, Verlust des Titels, des Amtes — nein, er mußte zurück nach Bernburg und den Schlüssel holen, koste es, was es wolle, und wenn er zu Fuß lief, er mußte, mußte!

Freilich, nachdem er fünfmal vergeblich an dunkle Türen geklopft hatte, an mit Vätern verschlossene Fenster, aus denen endlich schlaftrunkene Fuhrwerksbesitzer geblinzelten und ihm vorgelagert hatten, ihre Kutse wäre gerade kaputt — nach all diesen bitteren Enttäuschungen hatte ihm ein später Passant eine leuchte, torge Hoffnung geschenkt. Dieser Hoff-

nung lief er jetzt nach: zum Ausspann „Stadt Bernburg“, wo die durchreisenden Bernburger zu übernachten pflegten. Vielleicht ließ sich einer der gewiß schon Schlafenden erweichen, gleich in der Nacht zu fahren, der war ja dann auf diese Weise auch eher da und hätte eine hübsche Stange Geld dazu verdient — endlich, da war der Gasthof, und, o Wunder, im Zimmer unten war noch Licht!

Kügelgen ordnete Kutscher und Mantelenden, so gut es gehen wollte, und stürzte in die Stube. Jawohl, meinte der erstaunte Wirt, ein Bernburger wäre eben erst hinaufgegangen, um sich schlafen zu legen. Der Herr wäre zwar ein bißchen — er ersetzte das Wort durch eine bezeichnende Bewegung zur Stirn — aber harmlos, und außerdem würde sich so einer noch am ehesten auf etwas einlassen.

Kügelgen seufzte erleichtert auf. „Wie heißt er?“ fragte er hastig, schon in der Tür.

„Lohgerber Calm, Zimmer drei.“

Der Kammerherr blieb plötzlich stehen. Seine fröhlichen Züge erstarrten. „Wie bitte?“

„Lohgerber Calm, Calm! Is an Jude.“

Kügelgen sank auf einen Stuhl. Auch das noch! Der Anarchist von 1849! An dem sich Durchlauchts zweites Gesicht gezeigt hatte! Mit diesem Menschen allein auf einsamer Landstraße, wehrlos ausgeliefert — nein, nein, es ging nicht!

„Sont ist kein Bernburger hier?“

„Ne.“

Der Kammerherr starrte vor sich hin. Gab's da nicht Stumpfe an der Straße? Wer würde ihn hören, wenn er schrie, wer ihn finden im Moor? O, o, — aber der Schlüssel, der Schlüssel! Und die diplomatische Mission! Morgen mittag spätestens mußte er in Dessau sein!

Kügelgen erhob sich. Die Pflicht siegte. Lieber als treuer Diener Seiner Durchlaucht sterben als sich solcher Infamie schuldig machen! Er legte die Hand an seinen wanzigen Kammerherrndegen, den er eigentlich noch nie seinem Leben so richtig ohne Scheide gesehen hatte, und schritt die schmale Stütze hinauf. Der Wirt kam nach und hielt die Lampe.

Calm hatte sich noch nicht ausgezogen. Er erkannte Kügelgen sofort und machte einen übertriebenen, grotesken Büding. Den Kammerherrn erschreckte die ewige Bewegung seiner Stirn. Aber er nahm sich zusammen und brachte kein Anliegen vor.

„Der Harr Baron werden nich fin jekränkt: awer es jehz nich.“ sagte Calm ruhig.

„Es soll kein Schade nicht sein, Calm!“

Calm hob abwehrend die Hände. „Gott soll jstehen, dahn ich heite mache jeschäfte!“

„Aber warum denn nun gerade heute nicht?“

„Es is Freitag heite, Harr Baron. Morjen is der Tag, wo mir Juden han unjen Sonntag. Ich darf nich im Arweel, ich darf nich machen jeschäfte am Schabbes.“

Kügelgen fiel verzweifelt auf das Bett, daß die einzige Sitzgelegenheit im Raum bildete. Dieser Revoltierer war fromm — das verblüffte ihn, berührte ihn sympathisch, nahm ihm die Angst. Er mußte ihn überreden.

„Es hängt unendlich viel für mich davon ab, Calm.“

„Ich spanne de Pferde an. Dann han Sie keene Arweel.“ schlug der grinsende Wirt vor, in Erwartung eines guten Trinkgeldes.

„Meine und Durchlauchts Dankbarkeit —“

„Durchlauchts?“ sagte Calm ohne Ironie, ganz verwundert, wie vor einem fremden Wort. „Där Harr Baron wärn verzeihn, awer ich kanns niche.“

Kügelgen nahm einen letzten Anlauf. „Es gibt keinen Glauben, Calm, der es verbieten kann, einem Mitmenschen am Feiertag aus der furchtbarsten Verweisung zu helfen.“

Calm sah auf den Kammerherrn. Der sah wirklich zum Erbarmen aus, wie er da auf dem Bette saß, blaß, noch immer japsend, in deformierter Kleidung. Vielleicht ist seine Frau krank, dachte Calm, dachte der Wirt.

„Spann'n Se an!“ stieß Calm nach langem Schweigen fast unwirsch heraus. Der Wirt ging, der Lohgerber folgte ihm, Kügelgen brachte in der Erschöpfung der endgültigen Beruhigung kein Wort heraus und blieb auf dem Bett sitzen, bis der Wirt ihn holte. Der Wagen, mit einigen Fellen beladen, mit zwei mageren Braumen bespannt, wartete schon vor der Tür.

„Se könn'n lenken de Pferde?“ fragte ihn Calm.

„Ja natürlich — warum?“

Der Berber drückte ihm die Zügel in die Hand. „Es is Schabbes,“ sagte er. „Ich darf nich fahren mitn Wagen am Schabbes. Ich muß jehn.“

„Also — also müssen wir Schritt fahren.“

„Es jehz nich amersch, Harr Baron.“

Kügelgen trieb mit einem „hü“, das mehr ein gottgebener Seufzer war, die Pferde an. Der Wirt blieb stehen und trauerte dem Trinkgeld nach, daß der Kammerherr in seiner Bernmunderung zu geben vergessen hatte.

(Fortsetzung folgt)

Alle Fahren stehen still.

Der gesamte Verkehr mit Dänemark lahmgelegt.

Die Reichsbahndirektion Schwerin teilt mit: Die Fähre „Medlenburg“ ist gestern früh um 7 Uhr mit Güterwagen von Gledjer abgefahren, kehrte aber um 10 Uhr nach Gledjer zurück, da sie auf äußerst starkem Packeis, das teilweise 1 1/2 Meter aus dem Wasser ragte, traf, so daß ein Durchfahren unmöglich war. Die Weiterfahrt der „Medlenburg“ hängt von der Entwicklung der Eis- und Windverhältnisse ab. Das Fährschiff „Danmark“ liegt zurzeit betriebsunfähig in Gledjer. Fährschiff „Schwerin“ liegt zwei bis drei Seemeilen nordwestlich Darßerort fest im Eise. Da infolge des nur leichten Nordwestwindes, Stärke 2, das Eis feststeht, treibt die „Schwerin“ auch nicht weiter.

Das Flugzeug 1459 der Küstenflugstation Nordberney ist vom Flugplatz Warnemünde mit dem Piloten Hubrich und zwei Monteuren an Bord aufgestiegen, um dem Hochseefährschiff „Schwerin“ Proviant zu überbringen. Das Flugzeug traf die „Schwerin“ vier bis fünf Kilometer nördlich von Prero auf Darß in schwerem Packeis ostwärts treibend. Die „Schwerin“ soll auch dänisches Vieh an Bord haben. Der gestern vom Hochseefährschiff „Medlenburg“ und dem finnischen Dampfer „Mira“ gemeinschaftlich unternommene Versuch, der „Schwerin“ zu Hilfe zu kommen, mußte wegen der unüberwindlichen Schwierigkeiten aufgegeben werden. Bei dem Erkundungsflug stellten die Piloten fest, daß auf der Route Warnemünde-Gledjer auch der Bremer Dampfer „Sagm“ und der russische Eisbrecher „Trawer“ im Packeis festliegen und in östlicher Richtung abtreiben. Seit gestern liegt der Schiffsverkehr zwischen Dänemark und Medlenburg vollkommen still.

Die Wiederkehr der Autorufanlage.

Grundfällige Zustimmung des Polizeipräsidenten.

Polizeipräsident Jöglebel hat sich am gestrigen Donnerstag in einem Schreiben an die Arbeitsgemeinschaft für das Berliner Kraftdrohkfahrgewerbe grundfällig damit einverstanden erklärt, daß die Autorufanlage wieder in Betrieb genommen wird und daß von den Fahrgästen für die Benutzung der Betrag von 15 Pf. für die Münze erstattet werden kann.

Wiederung werden neue Verhandlungen notwendig sein, da die Drohkfahranordnung in diesem Sinn abgeändert werden muß, denn die Arbeitsgemeinschaft verlangt, daß auch die Fahrgäste die Anfahrtsstrecke von der Säule bis zur Wohnung des Benutzers bezahlen sollen, was durchschnittlich den Betrag von 5 bis 10 Pf. ausmachen würde. Die Arbeitsgemeinschaft wird voraussichtlich am Donnerstag nächster Woche zusammen treten und einen dementsprechenden Antrag beim Polizeipräsidenten stellen.

Auch die Finanzierung der Anlage scheint jetzt einigermaßen gesichert, und es ist anzunehmen, daß die Privattelefongesellschaft, die Eigentümerin der Säulen ist, Betriebskapital vorstrecken wird und sich damit einverstanden erklärt, daß der Kaufpreis für die Anlage, der erheblich ermäßigt worden ist, in Raten abgetragen wird. Im übrigen wird beabsichtigt, den Autoruf nach und nach auszubauen, so daß er schließlich das „Mädchen für alles“ Berlins werden kann. In Vertretung hat der Gebante, der Einrichtung einen Verleger anzuschreiben, außerordentliche Segenliebe gefunden. Außerdem soll die Zentrale als Bürobureau für die Autodrohkfahrgewerbe benutzt und alle Berliner Drohkfahrauffeure angewiesen werden, Fundstücke sofort abzuliefern, damit sie den Verlierern schnellstens wieder zugestellt werden können. Auch der in Aussicht genommene Bedarf, den die Post bekanntlich nicht durchzuführen will, soll durch den Autoruf verwirklicht werden, und schließlich will man nach Möglichkeit einen Botendienst für besondere Fälle und einen „Treffpunkt“ für Verabredungen bei verunglückten Rendezvous usw. angliedern.

Eine Aufstockungssteuer.

Plan für jedes fünfte und jedes weitere Geschöß.

Innerhalb der städtischen Körperschaften besteht die Absicht, eine Aufstockungssteuer in Berlin einzuführen. Erfährt werden soll jedes 5. und weitere Geschöß eines in Berlin belegenen Gebäudes, dessen Aufstockung im Wege des Dispenstes erfolgt. Die Steuer wird entweder nach dem Rauminhalt der neu gewonnenen Räume unter Berücksichtigung des Wertes von Grund und Boden bemessen werden oder nach der Jahresbruttomiete der neu gewonnenen Räume. Im ersten Fall soll der Steuerfuß nach dem Rauminhalt 1 Mark je Kubikmeter betragen. Der hiernach errechnete Betrag wird mit einem Hundertstel des auf einen Quadratmeter umgerechneten Wertes des Grund und Bodens vervielfältigt. (Die Steuer muß zwischen dem Einfachen und dem Zwanzigfachen des nach dem Rauminhalt berechneten Betrages liegen.) Im zweiten Falle würde die Steuer das Vierfache der Jahresbruttomiete bzw. des Jahresbruttomietwertes betragen. Eine Beschränkung des Wohnungsbauens findet durch den Vorschlag dieser Steuer nicht statt, da alle drei- und viergeschößigen Bauten, auch wenn sie im Wege des Dispenstes erfolgen, der Steuer nicht unterliegen. Höhergeschößige Wohnbauten liegen nicht im Interesse der städtischen Bevölkerung. Die fünfgeschößigen Bauten im Innern der Stadt, wo die Bauklasse Va besteht, sollen gleichfalls nicht unter die Steuer, da hier kein Dispens für das fünfte Geschöß in Frage kommt.

Ausgerechnet am 11. August.

Die Reichsbahndirektion Berlin hat, so schreibt man uns, die Liste der Feriensonderzüge, die in diesem Jahre den weniger bemittelten Volksschichten eine Reise verbilligen helfen, veröffentlicht. Die Einrichtung des Feriensonderzuges ist mit Recht sehr beliebt. Viele Ferien- und Urlaubreisende haben ihre Pläne so eingerichtet, daß sie diese Vergünstigung ausnützen können. Es ist darum auch zu begrüßen, daß die Fahrpläne der Züge schon jetzt festgelegt wurden. Auffällig ist nur, und das muß zur Kritik herausgehoben werden, daß die Reichsbahn anscheinend nach einem starren Plan ihre Züge einteilt. Die letzten Feriensonderzüge fahren ausgerechnet am 10. und 11. August. Die Herren, die die Pläne festlegen, werden sicher doch auch schon davon gehört haben, daß die deutsche Republik in diesem Jahr ihren zehnten Jahrestag besonders feierlich begehen will. Sind die Züge etwa für jene „staats-treuen“ Herrschaften eingeteilt, die schnell verreisen, um an diesem Tage nicht in Berlin sein zu müssen? Es gibt doch sicher Tausende, die im Anschluß an die Feier des Verfassungstages, also nach der Feier ihre Reise antreten möchten. Nach Oberbayern fahren die letzten Züge am 10. und 11. August, nach Basel gleichfalls am 10. August. Auch nach dem Riesengebirge, nach Insterburg, nach Köln und dem Sauerlande, nach Köln und Sauerlande fahren die Züge entweder direkt am Verfassungstage

Dreihundertsechzig Betrogene.

Ein netter „Ratgeber für Kapitalisten“.

Bittere Tränen vergossen noch heute die armen Leute, die ihre Ersparnisse bei dem „Finanzunternehmen“ von Max Müller verloren hatten.

Bei dem Zeugnisauftrag des gestern begonnenen Strafprozesses wurden Müller von den betrogenen Leuten Flüche und Verwünschungen entgegengeschleudert. Max Müller blieb davon aber völlig unberührt. Er gab sich vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte, das das letzte Wort über seine bedenklichen Finanzgeschäfte jetzt zu sprechen hat, als ein unentwegter Optimist und hob im Gegenteil den Kunden die Schuld an seinem Unglück zu. Wenn man ihm die Mittel gegeben hätte, mit seinen Anlagewerten weiter zu spekulieren, dann hätte er nicht nur die versprochenen 120 Proz. Zinsen im Jahr zahlen können, sondern er selbst wäre ein reicher Mann geworden. Die Grundelemente der Bitterschaft, so legte er dar, seien Kohle, Eisen, Licht und Wasser. Nur in diesen Werten habe er das Geld angelegt, und es wäre nur nötig gewesen, lange genug abzuwarten. Einmal müßten diese Papiere in die Höhe gehen. Noch aus dem Gefängnis heraus nach seinem Zusammenbruch hat Müller eine Schrift herausgegeben, die er betitelt: „Ratgeber für Kapitalisten“. Die Vorbilder von Müller waren Sally Bergmann und Max Rants. Auch er suchte unter dem Versprechen enormer Verzinsung Kapitalisten. Die großen Zinsverpflichtungen wurden auch pünktlich gedeckt, allerdings fortlaufend von den Reueinzahlungen. Müller war dann mit einem Bankunternehmen in Verbindung getreten, das der Bankier Max Schulze in der Behrenstraße gegründet hatte, derselbe Schulze, der in Hannover wegen Aktienfälschungen 3 Jahre Gefängnis erhalten hatte und der nach Verbüßung dieser Strafe neue Bankgeschäfte begonnen hatte, die ihm in der vorigen Woche in Roßau eine neue Strafe von 1 1/2 Jahren Gefängnis eingebracht haben. Müller wurde von dem gerissenen Schulze um 165 000 M. erleichtert. Ein großer Teil der übrigen Einzahlungen ging, soweit sie nicht von Müller persönlich verbraucht wurden, bei den Versuchen mit Wett-Tips auf der Rennbahn drauf.

Insgesamt sind 360 kleine Leute von Müller um eine halbe Million Mark geschädigt worden, ein Opfer Müllers, das alles verloren hatte, mußte ins Irrenhaus

übergeführt werden. Unmittelbar nach dem Zusammenbruch von Bergmann war es auch mit dem Aufgebäude von Müller zu Ende. Er hatte die Dreistigkeit, von seinen Kunden Stundung für ein Jahr zu verlangen. Das wurde aber abgelehnt. Der Konkurs konnte nicht eröffnet werden, weil überhaupt keine Masse vorhanden war. Der Prozeß wird drei bis vier Tage dauern, da 96 Zeugen geladen sind.

„Sie sollen Geld bekommen!“

Mit den erfreulichen Worten: „Sie sollen Geld bekommen!“ führte sich der Kaiser Prinz bei allen ein, von denen er selber Geld erschwindeln wollte. Auf Grund von Listen, die er bei einer Versicherungsgesellschaft entwendet hatte, besuchte er in verschiedenen Städten Leute, die einst versichert gewesen waren. Er wies sich mit gefälligen Ausweisen als Auswertungsbemänter aus und erzählte, daß alle Versicherungen mit 12 1/2 Proz. aufgewertet worden seien; dies Geld sei nach fünf Jahren auszahlfähig. Wenn aber die Kunden die in der Inflation entwerteten Prämien sofort nachzahlen würden, könnte er ihnen das Geld binnen zehn Tagen beschaffen. Darauf erhielt er kleine und große Summen förmlich aufgebracht. Vor dem Schöffengericht Charlottenburg hatte er sich gestern wegen 22 vollendeter und 17 versuchter Betrugsfälle zu verantworten. Der Angeklagte, der geständig war, schilderte, daß er sich nur durch diese Straftaten aus seiner Notlage befreien konnte, da er wegen in der Inflationszeit begangener politischer Verbrechen verfolgt wurde und sich erst wieder nach der letzten Amnestie nach Arbeit umsehen konnte. Tatsächlich hat der Kaiser Prinz in und nach der Revolution eine gewisse Rolle gespielt. In seinem Plädoyer verteidigte er sich sehr geschickt, indem er im Gegenzug zum Staatsanwalt, der für alle Fälle zusammen eine dreijährige Gefängnisstrafe beantragt hatte, darauf hinwies, daß durch seinen einheitlichen Entschluß zu den Betrugsereien ein Fortsetzungszusammenhang gegeben sei, so daß die zur Verhandlung stehenden Fälle bereits unter die rechtskräftigen Urteile der anderen Gerichte falle. Er kenne genau die juristischen Voraussetzungen zu keinem Antrag, da er während seiner Haft auf Veranlassung der Verwaltung bereits über hundert Schriftsätze für seine Mitgefangenen bearbeitete und verfaßt hätte. Das Gericht schloß sich vollkommen den rechtskundigen Ausführungen des Angeklagten an und stellte das Verfahren daher ein.

oder einen Tag früher. Kann die Reichsbahn nicht auch auf die Kreise Rücksicht nehmen, die als treue Staatsbürger den Verfassungstag feiern, und die Züge am 12. und 13. August fahren lassen? Sollte es nicht selbstverständlich sein, daß die Reichsbahn auf den höchsten Feiertag der Republik Rücksicht nimmt?

Gasexplosion bei Krupp.

Ein Arbeiter von einer Stahlplatte erdrückt.

Essen, 7. März.

Heute morgen 9 Uhr ereignete sich in einem Glühofen im Feinblechwalzwerk eine Gasexplosion. Von dem Glühofen aus waren Gase in einen etwa 10 Meter langen, 2 Meter breiten und 3 Meter tiefen Kanal, durch den das Gaseinlaßrohr zum Ofen führt, eingedrungen. Dieser Vorgang war von Arbeitern bemerkt worden, die sofort die Gaszuführung zu unterbinden suchten. Im selben Augenblick erfolgte jedoch schon die Explosion. Während zwei Arbeiter von dem Luftdruck zur Seite geschleudert wurden, stürzte ein Arbeiter in den drei Meter tiefen Kanal. Eine herabstürzende, zwei Zentner schwere Stahlplatte fiel hierbei unglücklicherweise dem Arbeiter auf die Brust, wodurch er sofort getötet wurde. Die beiden Arbeiter, die von dem Luftdruck zur Seite geschleudert und verletzt wurden, sind dem Krankenhaus zugeführt worden.

Ein Denzettel.

Vor längerer Zeit meldeten wir, daß im Verwaltungsbezirk Pantow ein zum „Stahlhelm“ haltender Beamter des Bezirksamtes in seinem dienstlichen Raum auf dem zu jedermanns Ansicht aushängenden Wandkalender den 9. November schwarz umrahmt und handschriftlich hinzugefügt hatte: „Das ist der Tag der Lumpen und Verbrecher.“ An diese mut- und hoheitsvolle Verhöhnung der Republik erinnerten wir aufs neue, als wir aus Anlaß der Pantower Bluttat darauf hinwiesen, daß in Pantow die schwarzweißrote Gefinnung besonders gepflegt wird. Wegen jenes Vorkommnisses wandte sich dann die Republikanische Beschwerdestelle an den Pantower Bezirksbürgermeister mit der Bitte, gegen den schuldigen Beamten einzuschreiten. Bürgermeister Dr. Reihner hat, wie wir jetzt erfahren, der Republikanischen Beschwerdestelle geantwortet, daß gegen den Beamten bereits die Einleitung des Disziplinarverfahrens auf Dienstentlassung beantragt worden ist. Hoffentlich

Funkwinkel.

Ermanno Wolf-Ferraris Oper „Das Himmelskleid“ ist auf deutschen Bühnen nicht heimisch geworden. Vielleicht, weil die Musik weniger dramatisch als lyrisch ist. Sie klingt immer schön, immer ausgeglichen, bleibt aber immer ohne Problem. Das ist für einen ganzen Opernabend ermüdend. Doch was für die sichtbare Bühne einen Mangel bedeutet, ist für die akustische Bühne des Rundfunks fast ein Vorteil. Man unterhält sich bei dieser kunstvollen Musik. Ohne nach der Handlung zu fragen, ohne von aufwühlenden Empfindungen beunruhigt zu werden, freut man sich an Klangvollen Melodien. Es wurde sehr gut gelungen. Auch die Nebenrollen waren so besetzt, daß die anspruchsvolle Komposition alle Reize ihres Wohlklanges entwideln konnte. — „Mit neuen Federn“ nannte Erich Gottgetreu einen Vortrag, der moderne Reportage als Grenzgebiet der Dichtung darstellen sollte. In dem der Vortragende Bernard Shaw als Autorität anrief, will er sogar weiter und letzte lebendige Dichtung mit der Reportage gleich. Allerdings nicht mit der reinen Reportage, die wie sie Amerika pflegt, sondern mit jener Reportage, die im alltäglichen wie im besonderen Ereignis ein Spiegelbild des Lebens selber erzählt. Nachdem er so den modernen Reporter in eine Wirkungszone — ganz gewiß nicht unordentlich — Beleuchtung gerückt hatte, las Erich Gottgetreu Reportage von Erich Gottgetreu. Der Verfasser bewies in diesen Schilderungen, wie in manchen kleinen Feuilletons, die wir von ihm kennen, daß er wirklich imstande ist, den Augenblick nicht nur photographisch zu erfassen, sondern ihn wirklich in seiner lebendigen Bedeutung darzustellen. Les.

wird der Kalenderzettel vom 9. November dem die Republik beschimpfenden Helden zu einem so eindringlich wirkenden Denzettel werden, daß ihm die Lust zur Wiederholung für immer vergeht.

Berlin kauft ein Kinderheim

Der Berliner Magistrat beschloß, das Johanna-Heim in Westpreußen bei Wernuchen zum Preise von 500 000 Mark anzukaufen und der Stadtverordnetenversammlung eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten. Das sehr gut eingerichtete und in gesunder Gegend gelegene Heim soll zur Aufnahme von Waisenkindern im Alter von 2 bis 6 Jahren und zur Einrichtung einer Haushaltungsschule für schulentlassene Mädchen dienen.

Eine neue schwimmende Jugendherberge. Das Stadtmagistrat für Leibesübungen Berlin hat ein auf dem Großen Jernsee bei Werder liegendes Wochenendschiff angekauft, um es als schwimmende Jugendherberge auszubauen. Nach dem Umbau können darauf etwa 80 jugendliche Unterkunft finden. Die Gewässer in der Umgebung Berlins erhalten damit die dritte schwimmende Jugendherberge.

Aus der Partei.

Arbeiter-Wohlfahrt-Konferenz.

Der Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt tritt am 26. März zu seiner 5. Reichssitzung in Frankfurt a. M., Volkshausbildungshaus, Eichersheimer Anlage 40/41, zusammen. — Außerdem findet dort am 27. und 28. März die Reichskonferenz „Ausbildung“ statt. Zur Behandlung stehen folgende Themen:

1. Der Stand der wohlfahrtspflegerischen und sozialpädagogischen Ausbildung. Referent: Käthe Buchrucker, Berlin.
 2. Unsere Forderungen an die berufliche Ausbildung in der Wohlfahrtspflege.
 - a) Besondere Fragen sozialhygienischer Ausbildung. Referent: Dr. Goldmann, Berlin.
 - b) Wohlfahrtspflegerische Ausbildung und Laufbahn des mittleren Beamten. Referent: Robert Görlinger, Köln a. Rh.
 - c) Wirtschaftsschulung und Wohlfahrtspflege. Referent wird noch bekanntgegeben.
 - d) Akademiker und Wohlfahrtspflege. Referent: Dr. Kantorowicz, Kiel.
 - e) Forderungen an die Leistungen der Ausbildungsstätten. Referent: Regierungsrat Gudula Kall, Düsseldorf.
 3. Demokratisierung der Wohlfahrtspflege. Referent: Reg.-Rat Hedwig Wachenheim, R. d. L., Berlin.
- Die Teilnehmerlisten werden vom Hauptausschuß ausgegeben. Es wird gebeten, Anmeldungen bis zum 15. März dorthin (Berlin SW. 61, Belle-Alliance-Platz 7/8; Telephon: Dönhoff 8188) erfolgen zu lassen. Zuschriften über Zimmerbestellungen sind unmittelbar an den Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt, Frankfurt a. M., am Schlimmbad 8, zu richten.

Die Wohlfahrtschule des Hauptausschusses für Arbeiterwohlfahrt eröffnet im Oktober 1929 einen zweiten Lehrgang. Der

Probieren Sie

den unschädlichen coffeinfreien Kaffee Hag. Er ist reiner Bohnenkaffee bester Qualität. Millionen Kaffeeliebhaber in allen Kulturstaaten trinken ihn. Kaffee Hag gewährt alle Kaffeefreuden, das herrliche Aroma, das Sie lieben und die anregende, wohltuende Wirkung, die Sie beim Kaffeegenuß suchen. Das große Paket kostet RM 1.90, das kleine 95 Pfg. Ihr Kaufmann führt ihn.

Theater, Lichtspiele usw.

WENN SIE WÜSSTEN

daß ein solch herrlicher, moderner Mantel nicht etwa 80.- oder 75.- M. kostet, wie Sie vielleicht schätzen würden, sondern bei C.&A. für sage und schreibe

M. 64.-

zu haben ist, dann würden Sie's verständlich finden, daß ich jedem rate:



Chausseestr. 113
Beim Stelliner Bf.

Königstraße 33
Am Bf. Alexanderplatz

Nachdruck von Wort und Bild verboten

Emil Jannings
DER PATRIOT
Regie: **Ernst Lubitsch**
MIT FLORENCE VIDOR • LEWIS STONE

Paramount-Film der Perufamet
Täglich 3 Vorstellungen
5¹⁵ 7¹⁵ 9¹⁵

Wegen der großen Nachfrage zu den Vorstellungen 7¹⁵ u. 9¹⁵ empfehlen wir besonders den Besuch der 5¹⁵-Vorstellungen

GLORIA-PALAST

n. d. Gedächtniskirche, Vorverkauf tägl. 12-2 im Gloria-Palast (Blismarck 9055, 9555) und bei A. Wertheim

Freitag, d. 8. 3. Staats-Oper Unter d. Linden 12 Uhr: Sinfonie-Mittagskonzert 20 Uhr: 7. Sinf.-Konzert

Freitag, d. 8. 3. Süd. Oper Bismarckstr. Turnus IV 20 Uhr

Orpheus u. Eurydike

Stadt. Schausp. am Lindenpark A.V. 58 20 Uhr

Karl u. Anna

Stadt. Schiller-Theater, Charlitz 20 Uhr

Oedipus

Volksbühne
Theater am Schillbaurdamm 8 Uhr

Kreuzabnahme

Theater am Schillbaurdamm 8 Uhr

Der Held des Westlandes

Thalia-Theater 8 Uhr

Oelrausch

Stadt. Schiller-Th. 20 Uhr

Oedipus

Montrop am Platz der Republik 8 Uhr

Die heimliche Ehe

SCALA
8 Uhr U. S. Barbarossa u. 58

Josefa Salim / Gr. Ralph Benatzky
Garinoff u. Kufalla / Jack Stanford
und die übrigen Attraktionen!!

Sonntags u. Sonntags je 2 Vorstellungen
3¹⁵ und 8 Uhr — 2¹⁵ zu ermäßigten Preisen des ganzen Programms

Theater am Schillbaurdamm
Norden 12 310
8 Uhr, Ende geg. 10¹⁵

geschlossene Vorstellung der Volksbühne.

Deutsches Theater
Norden 12 310
8 Uhr, Ende geg. 10¹⁵

Die lustigen Weiber von Windsor
von Shakespeare
Regie: Heinz Hilpert

PLAZA
Am Kästner Platz

Alex. 6067 08

Tägl. 2 Vorstellungen
5 Uhr 50 Pf bis 1.— M.
8¹⁵ „1.— M.“ „2.— M.“

Sonntags und Sonntag sämtliches Programm ausverkauft.

Kartens & Tage im voraus

Kammerspiele
Norden 12 310
8 Uhr, Ende 10¹⁵ Uhr
Zum 56. Male

„Soeben erschienen“
Komödie von Edouard Bourdet
Regie: Forster Larinaea.

Die Komödie
Ullsperck 2414/781e
8¹⁵ Uhr, Ende 10¹⁵

„Olympia“
von Franz Molnar
Regie: Forster Larinaea.

8¹⁵ Uhr **CASINO-THEATER** 8¹⁵ Uhr
Lottoringer Straße 37.

Nur noch bis 13. März
Kilometerliebchen

Am 14. März 1928 zum 1. Male
„Eine ungeliebte Frau“

Pflicht unsere Leser Gutscheit für 1.—4 Pers.
Faturci nur 1.15 M., Sessel 1.63 M.
Sensitiv Preise / Parkett u. Rang 1.50 M.

Das Theater des Westens

Der größte Erfolg
Friederike
Stüff von Käthe
Grifa
u. Zellmann
Carl Sieglar
(Schauspieler, Regie,
Bühnen-, Singsch.,
Duo, Entier,
Sopranen), Reg.
Salle prunierbr.
Steinb. 931 u. 7150

Komische Oper (B. 4)
Die große Revue
Paradies der süßen Frauen!
100 Hitzkünde.

Kleines Theater
Täglich 8¹⁵ Uhr
Karl Greta,
Valerie v. Maribus
Paul Otto
in
„Trio“
Lustsp. v. Leo Lens.
Regie: Friedmann-
Friedrich.

Theater a. Kottbusser Tor
Kottbusser Str. 8. Tel. Mpt. 18077
Täglich 8 Uhr, auch Sonntag
nächtl. 2 Uhr (ermäßigte Preise)

Elite-Sänger
u. a. „Die Schönheitskönigin“
verbunden mit Modenschau.
Allgem. Preiserhöhung auf allen Plätzen

GR. SCHAUSPIELHAUS & METROPOLTHEATER 8
Künstlerische Leitung:
ERIK CHARELL

Der liebe
Augustin

Lustige
Witwe

Alfred Braun
Mady Christians
Trude Lieske
Siegfr. Arno
Paul Morgan
Paul Westermeyer

Narjanne Winkelstern

Fritzi Massary
Max Hansen
Uschi Ellet
W. Jankuhn
H. Junkermann
W. Schaeffers

Marquitta Sisters

Iwan Orlik **Buddelbums**

Grete Walter / Hans Sommer

Sensationsgirls **Jacksonboys**

Ausstattungen:
Professor Ernst Stern

Sonntag Nachm. 3
Uhr ungek.
Vorstellung
Kleine Preise

Frisko

Beauty-Girls **Comedianboys**

Musikalische
Leitung
Ernst Hauke

Wahret eure
Gesund-
heit

trinkt feurigen
Süßwein

SANTA LUCIA
Rot und Gold

Der
Wein
zur Stärkung

Engros: J. F. Reuch A.-G.
Borsik W. 6, Potsdamer Str. 1

Käuflich in Apotheken, Drogen- u. Feinkosthandlungen

Renaissance-Theater
Kardenbergstr. 8. Tel.: Steingl. 801 u. 2583/84
6¹⁵ Uhr. Zum 78. Male: 8¹⁵ Uhr
Die Weiterfolgskomödie
„Das große ABC“
von Marcel Pagnol
Reg.: Gast. Hartung. In Premierenbesetzung.

Winter Garten
8 Uhr Rauchen erlaubt!

Internat. Varieté.
Sonntags und Sonntag
je 2 Vorstellungen
2¹⁵ und 8 Uhr. 3¹⁵ kleine Preise.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger
Das neue März-Programm!
„Moderne Bühnen-Größen.“
Gretchen Kroyal u. Erlina.
Anfang 6 Uhr, 8¹⁵ Uhr, 10¹⁵ Uhr.
4 Uhr (halbe Preise).
Billetbestellungen
Telephon: Centrum 11209.
Lanhoti-Breit.
Familien-Varieté / 10 Nummern.

Achtung — Achtung
Gewerkschafter und Genossen ver-
kehren nur im Gewerkschaftshaus
Großbeerenstr. 96
Hermann Dittrich

Barnowsky-Bühnen
Theater in der
Königsplatz Straße
Täglich 8¹⁵ Uhr
**Revolte im
Erziehungshaus**

Komödienhaus
Täglich 8 Uhr
**Die drei-Groschen-
Oper**

Theater am
Jollendorfplatz
Täglich 6¹⁵ Uhr
**Das Gold auf
der Straße**

Lessing-Theater
Jäger 8¹⁵ Uhr
**Marie Ordo in
„Das Veldchen“**
**Die Medaillen
einer alten Frau**

Trianon-Th.
Täglich 8¹⁵ Uhr
**Der Herzog und
die Sünderin**
mit Erlin Gilsner
und Karl Kötter
Rundfunkhorst
nahe Preise

Barliner Theater
Direkt: Heinz Herald
Charlottenstraße 9
A. 7. Dönhoff 17¹⁵
1 Uhr 8 Uhr

3 X Hochzeit
(Able's Fish Rose)

Thalia-Theater
Rosener Str. 72-
8 Uhr

„Oelrausch“
Dtsch. Künstler-Th.
8¹⁵ Uhr

Der Zinker
v. Edgar Wallace
mit 100 Rollen
Preise 1—10 Mark

Rose-Theater
in Hofstr. 11, 117
8¹⁵ Uhr

Der Obersteiger

**Planetarium
am Zoo**
19¹⁵ Uhr Sternbild
des Frühjahrs
18¹⁵ Uhr Sternbilder
und Weltbau
20¹⁵ Uhr Wunder des
südlichen Himmels
Tagl. außer Montags
u. Mittw. Erwauchs.
1 Mk., Kinder 50 Pf.
MI zw. 8¹⁵ Erwauchs.
50 Pf., Kinder 25 Pf.

Lustspielhaus
8¹⁵ Uhr
wiederentdecken
Guido Tielscher
**Weekend
im Paradies**

Neuer Aufstieg der Arbeiterbank.

Im Jahre 1928 sind die Einlagen von 79 auf 117 Millionen gestiegen.

Die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten u. a. Berlin, hat ein neues Jahre ihrer jungen Geschichte hinter sich. Die gewerkschaftlichen Gründer und Beherrscher der Arbeiterbank können mit der Entwicklung im vergangenen Jahre zufrieden sein. Weder die reichliche bürgerliche Kritik noch die kommunistische Hege des vergangenen Jahres konnten den Aufstieg hindern. Das Vertrauen der Gewerkschaften und der arbeitenden Massen hat sich stärker erwiesen als alle Mißgunst und alle Hege. Lassen wir Zahlen sprechen.

Entwicklung 1924-1928.

(In Millionen Mark)

	1924	1925	1926	1927	1928
Aktienkapital	0,75	4,00	4,00	4,00	12,00
Reserven	—	0,10	0,20	0,65	1,10
Einlagen laufend befristet	3,94	8,10	15,41	21,59	32,90
zusammen	9,41	21,21	38,14	78,11	117,20
Gewährte Kredite	4,79	12,60	16,11	42,05	62,29
Wechsel u. festverzinsl. Schanweisungen	0,26	1,61	3,98	5,53	8,93
Wertpapiere	0,38	2,13	3,63	6,30	13,70
Kasse und Guthaben bei anderen Banken	3,13	9,17	17,50	30,78	51,60
Umsatz	175	448	716	1350	2036

Gewinnrechnung 1924-1928.

	1924	1925	1926	1927	1928
Einnahmen	229061	505360	1468974	2015181	2821156
Unkosten u. Steuern	80505	206463	616901	1139332	1730648
Reingewinn	139533	200953	878026	903875	1060508
Dividende	10%	10%	10%	10%	10%

Die Einlagen der Arbeiterbank sind seit 1924 in sehr schnellem Wachstum, im vergangenen Jahre neuerdings von 79,11 auf 117,20 Millionen gestiegen. Darin befinden sich zu einem großen Teile auch Vermögensbestände der freien Gewerkschaften. Aber obwohl mit dem Vertrauen der Verbände auch die Summen der von diesen der Arbeiterbank anvertrauten Gelder steigen, nimmt doch der prozentmäßige Anteil der Gewerkschaftsgelder an der Gesamtsumme der Einlagen ab, weil der Zustrom von Geldern aus der breiten Masse der Arbeiter, Angestellten und Beamten schneller steigt. Die eigentlichen Sparkasseneinlagen haben sich gegenüber 1927 weit mehr als verdoppelt, und gerade in Berlin war der Zuwachs sehr stark, wo der blinde Haß der Kommunisten gegen die Sozialdemokratie und gegen die freien Gewerkschaften das Vertrauen in die Arbeiterbank zu untergraben veruchte.

Im vergangenen Jahre wurden die bisher bestehenden fünf Filialen in Bremen, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M. und Hamburg durch eine neue Filiale in Bochum erweitert. Es bestanden Ende 1928 außerdem 36 Filialstellen im ganzen Reich, davon waren 13 neu im vergangenen Jahre eingerichtet.

Der Umsatz hat sich im Jahre 1928 um fast 700 Millionen auf 2036 Millionen, also über 2 Milliarden Mark erhöht.

Die Gesamteinnahmen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung mit 2,82 Millionen ausgewiesen gegen 2,01 Millionen im vergangenen Jahre. Die Unkosten und Steuern sind bei einer von 86 auf 125 erhöhten Zahl der Angestellten von 1,14 auf 1,75 Millionen gestiegen. Der zugunsten der inneren Reservebildung niedrig gehaltene Reingewinn wird mit 1,06 gegen 0,90 Millionen im Vorjahr ausgewiesen. Aus diesem Reingewinn werden die offenen Reserven der Arbeiterbank um 0,6 weiter auf 1,7 Millionen erhöht, so daß schon jetzt die offenen Reserven fast 15 Proz. des zum Jahresabschluss verdichteten Kapitals ausmachen.

Aus dieser starken Aufwärtsentwicklung hat die Arbeiterbank, um das Ansehen und die Aktionskraft des Instituts zu erhöhen, die Konsequenz gezogen, das seit 1925 unverändert 4 Millionen betragende Aktienkapital auf 12 Millionen zu erhöhen.

Besondere Leistungen, vergrößerte Publizität.

Der Sicherheit der der Arbeiterbank anvertrauten Gelder galt die größte Aufmerksamkeit. Es sind im vergangenen Jahre trotz alles Gerades darüber nicht nur keine Verluste zu verzeichnen, sondern auch aus früheren Geschäften sind keine neuen Verluste eingetreten. Für die sofortige Greifbarkeit insbesondere der Gewerkschaftsgelder spricht die Tatsache, daß 51,60 Millionen von den 117 Millionen Einlagen absolut flüssig gehalten sind allein in Kassenbeständen und Guthaben bei anderen Banken. Ebenso sind als greifbar zu betrachten 13,70 Millionen Wertpapiere und 3,92 Millionen, die in Wechseln und festverzinslichen Schanweisungen angelegt sind, so daß fast 69 von den 117 Millionen als flüssige Mittel angesehen werden können. Dabei ist meistens der größte Teil der bei anderen Banken unterhaltenen Guthaben bei Reichs- und Staatsbanken untergebracht.

Es ist in hohem Maße erfreulich, daß die Arbeiterbank zum ersten Male offen dargelegt hat, an wen und in welchem Verhältnis ihre Kreditgewährung erfolgt ist. Die Arbeiterbank hat damit ein zunächst einzig dastehendes Beispiel des Willens zu größerer Publizität gegeben.

Kredite waren gewährt am 31. Dezember 1928:

an öffentlich-rechtliche Institutionen	43,69	Proz
und zwar an		
staatliche Stellen	4,22	Proz.
provinzielle Stellen	5,90	
Kommunalsverbände	27,29	
Kommunale Wirtschaftsbetriebe	4,20	
Sozialversicherungsinstitute	2,08	
an Betriebe und Organisationen der Arbeiter	53,58	
und zwar an		
Bauherrenorganisationen	23,64	Proz.
Bauproduktbetriebe	1,16	
andere Erzeugungs- und Verteilungsbetriebe	28,78	
an sonstige Kreditnehmer	2,73	2,73
Zusammen	100,00	100,00

Diese Aufstellung zeigt, daß von sämtlichen von der Arbeiterbank gewährten Krediten an staatliche Stellen 43,69 Proz. gewährt sind, bei denen jeder Zweifel an der Sicherheit ausgeschlossen ist. Daß weiterhin an Arbeiterorganisationen und wirtschaftliche Unternehmungen der Arbeiterschaft 53,58 Proz. weitergegeben wurden, deren Sicherheit durch die eigene Revisions- und Treuhänder-

gesellschaft der Arbeiterbank laufend kontrolliert wird, 97,27 Proz. sämtlicher Kredite sind damit in der Person aller Kreditnehmer offengelegt. Nur 2,73 Proz. der insgesamt gewährten Kredite, also eine relativ verschwindende Summe sind Einzelkredite, von denen wiederum nur ein Teil an private Unternehmungen gegeben ist. Diesen Ziffern wird man kaum etwas hinzuzufügen haben, jedenfalls dürften sie allen Behauptungen über unsichere Verwendung von Arbeitergeldern den Boden entziehen.

Aber die Arbeiterbank hat zur Erhöhung des Einblicks in ihre Tätigkeit zur Verklärung der Publizität noch ein weiteres getan. Sie hat auch ihre Bilanz, die demnächst im „Vorwärts“ abgedruckt werden wird, dem von der Reichsbank ausgearbeiteten allgemeinen Bankenschema angepaßt und sowohl die Einlagen nach ihrer Fälligkeit als auch die Wertpapiere, die Guthaben bei anderen Banken und die gewährten Kredite in der Bilanz noch besonders aufgliedert.

Die Wirkungsmöglichkeiten im Interesse der Arbeiterschaft wurden erweitert.

Die Arbeiterbank war in der Lage, durch die bewußte Zweckbestimmung bei der Gewährung von Krediten an gemeinnützige Bauvereine und öffentlichen Stellen die Errichtung von 8650 Wohnungen finanziell wesentlich zu fördern, nachdem schon im Jahre 1927 für 4000 Wohnungen Zwischenkredite bereitgestellt waren. Sie hat im Jahre 1928 die Herrschaft über die hannoversche Bodenkreditbank erworben, um für die Gebirg der Arbeiterschaft Anlagemöglichkeiten zu sichern, die die Arbeiterbank selbst dauernd kontrollieren kann. Wie wir kürzlich berichtet hatten, hat die hannoversche Bodenkreditbank auch im Jahre 1928 erfolgreich gearbeitet und eine Dividende von 12 Proz. verteilt.

Daß die Arbeiterbank sich auch gegenüber der kapitalistischen Konkurrenz durchgesetzt hat, dafür brachte das Jahr 1928 zwei Beweise: Mit allen führenden Staats- und Privatbanken gehört die Arbeiterbank heute zu jener Gruppe großer Banken, die Anleihen des Reiches und des preussischen Staates durchzuführen haben. Die Arbeiterbank wurde ferner zur Verwaltung von freien Hypothekendarlehen durch den preussischen Wohlfahrtsminister zugelassen, eine äußere Anerkennung, die um so schmerzlicher wiegt, als die bürgerliche Finanzpresse glaubte, sich darüber aufregen zu sollen.

Diese erfreuliche Entwicklung der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten verdient Vertrauen und muß auch weiter Vertrauen in der gesamten Arbeiterschaft werden.

Zustimmung der Generalversammlung.

Die Generalversammlung der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten genehmigte einstimmig die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung. Sie erklärte sich mit der vorgeschlagenen Verteilung des Reingewinnes einverstanden. Die jahresgemäß auscheidenden Aufsichtsratsmitglieder Aufhäuser, Helmut Lehmann, Ruppardt, Schäfer, Schumann, Urban und Jehms wurden einstimmig wiedergewählt. Für die im Laufe des Jahres ausgeschiedenen Aufsichtsratsmitglieder Cöhler, Dr. Hüfner und Paslow traten der Vorsitzende des Verbandes der Rohrwirtschaftler und Betriebsarbeiter Bockert, der Vorsitzende des Bauwerksbundes Bernhard und das Mitglied des Reichswirtschaftsrates Fritz Rappholl in den Aufsichtsrat ein. An die Generalversammlung schloß sich die konstituierende Sitzung des Aufsichtsrates, die als Vorsitzenden Theodor Weipart vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und als stellvertretenden Vorsitzenden Siegfried Aufhäuser vom A.F.B. Bund wiedergewählt.

Ueber den Geschäftsgang im neuen Jahr teilt die Bank mit, daß sich eine stetige Fortentwicklung des Unternehmens zeige, die einen befriedigenden Abschluß auch für das Jahr 1929 erhoffen lasse.

150 Millionen Kaufkraftverluste.

Für Januar und Februar vom Konjunkturinstitut geschätzt.

In seinem letzten Wochenbericht schätzte das Institut für Konjunkturforschung den Ausfall von Arbeitseinkommen durch die vollständige Stilllegung aller Bauarbeiten und die Verzögerung der landwirtschaftlichen Arbeiten auf mindestens 100 bis 150 Millionen Mark im Vergleich zu den entsprechenden Monaten des Vorjahres. Diese 100 bis 150 Millionen wären also als zusätzlicher Kaufkraftverlust durch die ganz besonders strenge Kälte anzusehen. Das Institut sagt, daß nicht nur die Verkäufe des Einzelhandels durch diese Verluste wesentlich beeinträchtigt worden sind, sondern auch das in diesem Jahre besonders früh liegende Wintergeschäft unter den Verlusten noch leiden würde. In der Industrie könnte infolgedessen ein Rückgang des Auftragsengangs eintreten.

Die Reform des Aktienrechts.

Der Plan des Reichsjustizministeriums.

Seit längerer Zeit sind im Reichsjustizministerium Vorarbeiten für eine Reform des Aktienrechts im Gange. Ueber den jetzigen Stand der Reformarbeiten gab gestern der Reichsjustizminister einige Erläuterungen. Der Minister wendete sich gegen Einzelreformen und Provisorien, da bei der wirtschaftlichen Bedeutung des Aktienrechts Experimente ausgeschlossen werden müssen.

Das Ministerium will methodisch herantreten, daß die Reformprobleme nicht von einer Kommission, sondern von der Öffentlichkeit, d. h. in wirtschaftlich interessierten Kreisen der Presse und der Wissenschaft diskutiert werden und daß unter Benutzung der Erfahrungen, die andere Länder wie England, Holland, Polen und Amerika mit ihren Aktienrechtsreformen gemacht haben, die erforderlichen Neuerungen herausgearbeitet werden.

Zu diesem Zweck hat das Ministerium Fragebogen zur gesamten Problematik der Reform ausgearbeitet. Der Inhalt der Fragebogen zerfällt in acht Teile, nämlich Gründung der AG, Kapitalbasis, Organisation und Verwaltung der AG, Generalversammlung und Stimmrecht, Schutz der Aktionäre und des Unternehmens sowie das Maß der Auskunfts- und Publizität, ferner Bilanz mit Gewinn- und Verlustrechnung, Gewinnverteilung, Ein-

wirkung der wirtschaftlichen Konzentration auf das Aktienrecht und schließlich Aktiengesellschaft und öffentliche Hand.

Das Ministerium rechnet damit, daß bis zum 19. Oktober die Beantwortung sämtlicher zur Diskussion gestellten Fragen eingelaufen und die verschiedenen Sachverständigenurteile eingegangen sind, so daß zu diesem Termin die Vorarbeiten als abgeschlossen gelten können.

Exportmesse in Leipzig.

Leipzig, 7. März. (Eigenbericht.)

Der Verlauf der Leipziger Messe hat gezeigt, daß der Schwerpunkt der Veranstaltung dieses Mal durchaus bei der technischen Messe liegt. Sie ist der größte Maschinenmarkt der Welt und hat besonders das Ausland herangezogen. Das bisher durchgeführte Geschäft ist zum größten Teil Exportgeschäft. Im Gegensatz zu früher sind an ihm auch deutsche Werkzeugmaschinen, die im Ausland auf eine sehr scharfe Konkurrenz stoßen, stark beteiligt. Gefragt werden aber vor allem Automaten und Halbautomaten, überhaupt Arbeitsmaschinen jeglicher Art und Werkzeuge.

Auf der Baumesse zeigte sich auch großes Interesse nach neuen deutschen Bauverfahren. Bei der elektrotechnischen Industrie, die wieder in pompöser Weise das Haus der Elektrotechnik füllte, kann man von Geschäftsabstößen kaum reden, denn die Leipziger Veranstaltung diente den Elektrolongieren erfahrungsgemäß in der Hauptsache zur Anknüpfung von Geschäftsverbindungen. Das Geschäft in elektrischen Gebrauchsgeräten dürfte aber größer sein als auf der vorjährigen Frühjahrsmesse.

Besonders beachtet werden auf der Technischen Messe auch der Stahlbau und die vom Stahlwerkverband empfohlenen eisernen Dachpfeiler. Allen Anseheln nach ist man mit diesen Neuerungen jetzt so weit, daß sie sich in der Praxis besser einführen als bisher. Es sollen auch dieses Mal größere Abchlüsse zustande gekommen sein.

Weniger gekürt ist die Lage auf der Mustermesse. Hier dürften die hereingenommenen Exportaufträge über dem Stand des Vorjahres liegen, während die Inlandsaufträge auf einem Fall weit hinter Vorjahresstand zurückbleiben. Wo überhaupt größere und wesentliche Geschäfte gemacht worden sind, geschah das in Neuheiten, für die Nachfrage, besonders aus dem Ausland, vorhanden ist. Das zeigte sich z. B. auf der Textilmesse. Die Einkäufer aus Holland gaben größere Aufträge in Gardinen. Nach den osteuropäischen Ländern gingen, wie gewöhnlich, mindere Qualitäten. So nahmen rumänische und persische Geschäftleute größere Posten großer Wolle ab. Im großen und ganzen kann aber die diesmalige Textilmesse nicht mit dem Erfolg abschließen, wie in den Jahren 1927 und 1928.

Großen Exporterfolg hatte ohne Zweifel die Spielwarenmesse. Auch die Schallplattenindustrie dürfte unter Preisopfern größere Aufträge hereinbekommen haben. Preisbrüder mirtle vor allem der in Leipzig immer wieder aufflammende Kampf zwischen den Konkurrenzkonzernen, die sich auch während der Leipziger Messe mit Druckmaschinen und einseitigen gerichtlichen Verfügungen betätigen. Die Grammophonindustrie legte minderwertige Apparate mit dem vorintelligenten großen Trichter nach den tropischen Ländern ab. Gewöhnlich sind es holländische Einfäufer, die sich dieses Vortragsproduktes annehmen. In den Tropen scheint man immer noch Wert auf laute Musik zu legen, die so mit unfernen großen Trichtern der Vorkriegszeit erzielt wurde.

Die Erwartungen in der Porzellanindustrie sind sicher nicht erfüllt worden. Das Inlandsgeschäft war ausgeprägt schwach. Besser lag der Export, und zwar wurden Porzellane schlechterer Qualität in größerem Ausmaß für ostasiatische Länder, Nordamerika, Rumänien und Tschechoslowakei gekauft. Die Leder- und Lederwarenindustrie hätte aus dem Zustand Nachfrage nach Kleinfederwaren. Die Kofferindustrie dürfte weniger am Geschäft profitiert haben.

Eine der Industrien, die dieses Mal in Leipzig zufrieden sein kann, ist die Süßwarenindustrie. Die Stahlwarenindustrie unter Preisdruck hat hauptsächlich Exportgeschäfte nach Holland und nach Englisch-Indien gemacht. Auch die Radioindustrie dürfte in Leipzig gut abgeknitten haben. Ein verhältnismäßig gutes Inlandsgeschäft können die Möbelindustrie, die Industrie für Küchengeräte und Beleuchtung verzeichnen.

Neues Pachtrecht.

In Straßburg sprach auf einer Kundgebung der pommerischen Pächter auch Dr. Kiepper, der Präsident der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse. Die baldige Verwirklichung der rechtlichen Reform des Pachtverhältnisses sei eine dringende Notwendigkeit. Das zukünftige Pachtrecht müsse in besonderer Weise den wirtschaftlichen Pächter gegenüber dem nichtwirtschaftlichen Eigentümer schützen und auch den Pächtern elastisch gestalten. Der wirtschaftliche Pächter dürfe nicht dazu verurteilt werden, im Gegenfall zum Verpächter die Folgen der Agrarkrise allein zu tragen. Die finanzielle Selbsthilfe müsse den Pächtern durch Konsolidierungsanleihen, eventuell mit verhöhligen Zinssätzen ebenso erleichtert werden, wie das beim Grundbesitz geschehe.

Das unterirdische Wühlen der RWE in der deutschen Elektrizitätswirtschaft geht weiter. Das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk hatte kürzlich die Württembergische Sammelstrome AG. Stuttgart, die mehrere Elektrizitätswerke durch Lehningen verbindet, ihrer Westdeutschen Elektrizitäts AG. in Frankfurt sich anzuschließen veranlaßt. Jetzt hat andererseits die Württembergische Landeselektrizitäts AG. sich entschlossen, der RWE für deutsche Elektrizitätswirtschaft beizutreten, die bekanntlich von den Elektromerten des Reiches, der Preussischen Elektrizitäts AG. und dem Bayernwerk gegründet wurde. Daß sich auf dem gleichen württembergischen Gebiet zwei Elektrizitätsgesellschaften desselben Elektrizitätssystems zwei verschiedenen Gruppen der Elektrizitätswirtschaft anschließen, kennzeichnet die unhaltbare Situation, in die die deutsche Elektrizitätswirtschaft durch die eigenmächtigen Wühlereien des RWE. gekommen ist.

Die schweren Verluste bei der Handhardt-Automobil-AG. Das Berliner Autodrohkununternehmen, die Handhardt-AG., hat nach ihrem schon hohen Verlust im Vorjahr im letzten Jahr weitere 1,5 Millionen verloren, so daß sich der Gesamtverlust des Unternehmens auf rund 2 Millionen Mark stellt. Der fast völlige finanzielle Zusammenbruch der Gesellschaft kommt in der schieren Zusammenlegung des Aktienkapitals von 25 auf 0,5 Millionen zum Ausdruck.

Die Höhlenstädte der Indianer

Im äußersten Südwesten von Colorado erhebt sich ein Hochland, der sogenannte „grüne Tisch“ oder Mesa Verde, der ein einzigartiges Denkmal der ältesten amerikanischen Kultur birgt, nämlich die ersten Wohnstätten der Indianer. Das Gebiet, das heute als nationaler Schutzpark gepflegt und eifrig durchforscht wird, ist im Dezember 1888 zufällig von zwei Brüdern Richard und Alfred Wetherill in seiner Bedeutung für die älteste Geschichte Nordamerikas erkannt worden. Als sie den ersten Bericht von den Ruinen einer geheimnisvollen Höhlenstadt brachten, wurden ihre Angaben angezweifelt, obwohl sie genau die schmale Schlucht beschrieben, in der sie unter einer herabhängenden Klippe gut erhaltene Mauerreste gefunden hatten. Spätere Forschungen ergaben dann, daß sich hier im unzugänglichen Felsgewirr tatsächlich eine Ruinenstadt befindet.

Die A. F. Wetherill in der Frankfurter Wochenschrift „Die Umschau“ ausführte, ist es eine zusammenhängende Schlucht von etwa 200 Wohnungen und 23 Kivas, wie die dem Gottesdienst dienenden Versammlungsräume genannt werden. Der Zugang war durch Geröll und Felsstücke derartig verborgen, daß die Auffindung tatsächlich nur durch einen Zufall möglich war. In den größten gefalteten Höhlen des Hochplateaus Mesa Verde suchten die ersten Bewohner Nordamerikas Schutz vor den Unbilden der Witterung und bewachten wohl auch hier den Ernterückgang auf, um Vorräte für die Jahre des Misserfolgs zu sammeln. Als sie dann von Nomadenhorden bedrängt wurden, deren Ziel diese Kornkammern waren, suchten die „Klippbewohner“ die Höhlen zu verteidigen und erbauten bis vier Stockwerke hohe Bastionen sowie Wachtürme, von denen Später nach den heranziehenden Feinden Umschau hielten und bei drohender Gefahr durch Trommelschläge das Volk zur Flucht in die Felsenburg mahnten. Im Innern der Wachtürme wurden Grabstätten angelegt.

Die ältesten Bewohner dieses Gebietes, die wohl schon ums Jahr 2000 v. Chr. in den vielen kleinen und größeren Höhlen hausten, werden „Korbmacher“ genannt, denn die Töpferei war ihnen unbekannt, und wenn auch von ihren Korbarbeiten nichts erhalten ist, so weisen doch die gefundenen Werkzeuge darauf hin, daß sie torfartige Behälter zur Aufbewahrung des Getreides anfertigten. Ihre unmittelbaren Nachfolger haben diese Kunst von ihnen übernommen. Als Waffe diente diesen Betreibern der ältesten vorcolumbischen Kultur das „atlatl“, ein Wurfschab, dem Bumerang der Südseeinsulaner ähnlich. 600 bis 800 Jahre später nahmen die „Korbmacher“ von diesen Höhlen Besitz, die schon die Töpferei übten und die Träger der zweiten und dritten vorcolumbischen Kulturperiode waren. Die Erbauer der Bastionen und Türme, die aus dieser uraltsten Höhlenstadt eine ununterscheidbare Festung machten, die sogenannten „Klippbewohner“, sind das Volk der vierten und letzten vorcolumbischen Kulturperiode und dürften die Vorfahren der Pueblo-Indianer in Arizona und Neu-Mexiko gewesen sein. Die Beweise wie die Reste ihrer Töpfertunst beweisen, daß dies Volk eine hochentwickelte Kultur besaß; über ihre Religion geben die Reste des Sonnentempels Aufschluß, der auf dem höchsten Punkt des „grünen Tisches“ errichtet wurde, und noch unzählige Reste dieser Gestaltung bereichern die wissenschaftliche Erforschung in der geheimnisvollen Höhlenstadt.

Wiederbelebte Mumien

In den letzten Jahren wurden namentlich von russischen Forschern verschiedene Versuche angestellt, um mumifizierte Tiere und ihre Körperteile wieder lebendig zu machen. Schon 1922 hatte Krawtsov Kaninchenohren und Menschenfinger, die monatelang eingetrocknet waren, durch Aufweichen wiederbelebt, so daß sie auf pharmakologische Präparate reagierten. Der Gelehrte schloß daraus, daß die Gewebe in diesen Organen ihre Lebensfähigkeit bewahren. Sclawkow trocknete Darmabschnitte von Kaninchen und Meerschweinchen und brachte sie später in eine Tyrodelösung. Da wurden auch die für dieses Präparat charakteristischen Darmkontraktionen beobachtet, und der Darm konnte sogar noch Eiweiß verdauen. Schmidt trocknete ganz junge Frösche und Kräten auf die Hälfte ihres Gewichtes ein; wurden sie dann wieder ins Wasser zurückverlegt, dann lebten sie wieder auf. B. D. Warosow beschrieb nun in der „Medizinischen Welt“ die Versuche, die er an Kaninchenohren angestellt hat. Beim Eintrocknen durfte er keine Temperaturen über 50 Grad anwenden und auch nicht zu langsam trocknen. Nach dem Einweichen der beidseitig getrockneten Ohren gemann diese ihre Elastizität wieder, und gefäßverengende Mittel riefen in den Arterien eine wenn auch geringe Wirkung hervor. Der Gewichtsverlust hatte 73 Proz. betragen, bei der Untersuchung der Gewebe fand man aber, daß Haarwurzeln, Talgdrüsen und Gefäße in Form und Bau in jenem Zustand gut erhalten waren, in dem sie sich während des Lebens befanden. Ein Frosherz wurde auf 25 Prozent seines Gewichtes eingetrocknet und nach dem Einweichen von Ringerischer Lösung durchspült. Da traten stundenlange Herzdemovungen ein, die durch das Zufügen des Herzharzmanns noch gesteigert wurden. Ein Kolothier war auf 20 Proz. ausgetrocknet worden, und wenn man ein bis drei Millimeter große Stücke davon in eine Nährlösung übertrug, dann pulsieren sie durch 63 Tage und zeigten nach Jellenwachstum. Wehrliche Puffschlangen fand man bei Frogmenten von Hühner- und Menschenorganenherzen, die 75 bis 78 Prozent an Gewicht verloren hatten und verkrüppelt, hart und trocken waren. Doch können die Herzen nicht längere Zeit im trockenen Zustand aufbewahrt werden.

Die Alpen wandern. Schon seit langem hat man im Alpenvorland die Beobachtung gemacht, daß die Entfernung zwischen München und den Alpen immer geringer wird; das kommt in der Veränderung der trigonometrischen Punkte zum Ausdruck. Nach den kürzlich veröffentlichten Untersuchungen von Prof. Kayler, über die Rudolf Hundt in der „Beiziger Illustrierten Zeitung“ berichtet, hat sich der trigonometrische Punkt auf dem Wendelsstein in den letzten 100 Jahren um ein Viertelmeter nach Nordosten verschoben. Die Lage Münchens hat sich in dieser Zeitspanne nicht verändert. Die Alpen wandern also. Das läßt sich auch schon aus den Brauntalsteinen bei Riesbach feststellen, da die Schichten dieser Fänge spaltenartig überkippt werden. Auch daraus geht hervor, daß die Alpen sich nach Norden vorwärts bewegen. Freilich ist das Tempo ihrer Wanderung überaus langsam, und man hat berechnet, daß der Wendelsstein heute er in das ihm am nächsten gelegene Felsenloch einbringt, nach 3 Millionen Jahre zu seiner Wanderzeit brauchen würde. Bis der Wendelsstein nach Rosenheim kommt, werden noch fast 7 Millionen Jahre vergehen, und bis er in München anlangt, nahezu 25 Millionen Jahre.

Henry Lawson, Sydney: Unsere Pfeifen

Der Wind stieg über dem Rande einer düsternen Ebene anpor, gefolgt in einer Art Tunnel oder Bogen am Rande des Kulgebüsches, hinter welchem wir — Jack Mitchell und ich — unser Lager aufgeschlagen hatten. Die eigentlichen Bäume befanden sich hinter uns und waren sehr stark und ganz im Dunkeln. Der Wind sah aus wie ein neuer, großer Kupferfessel, den man auf den Rand des Horizontes auf der Ebene hingestellt hatte, mit dem oberen Ende gegen uns zugekehrt, mit einer Menge alter Fellen und Stroh, die in seinem Innern verbrannten.

Wir waren unsere fünfundzwanzig Meilen lang auf einer dünnen Straße an einem glühenden Tage marschiert — Swagmänner, australische Gelegenheitsarbeiter — wissen, was das heißt. Wir erreichten das Wasser zwei Stunden „nach der Dämmerung“ — Swagmänner wissen, was das zu bedeuten hat. Wir setzten uns aber nicht gleich nieder, um zu rasten; wir hatten die letzten zehn Meilen überhaupt nicht gerastet. Wir wußten, daß wir, wenn wir uns gleich niedergelegt hätten, überhaupt nicht mehr so rasch aufzustehen vermocht hätten und daß sich unsere Füße, besonders jene unserer Baden, wie rotglühender Eisendraht gedehnt hätten. Wie man also sieht, waren wir nach langer Zeit auf der „Baik“ — wir waren erst den dritten Tag unterwegs. Swagmänner werden uns schon verstehen.

Zuerst glühten wir den Kessel an, dann legten wir ein paar Blätter für unsere „Betten“ zurecht und rollten unsere Rückende auf. Wir konnten dem Himmel danken, daß wir etwas gefochtes Fleisch und ein paar Biskuitstücken übrig hatten, denn wir fühlten uns keineswegs zum Kochen aufgeleitet. Wir stellten den Teckel und unsere Propantische zwischen unsere Köpfe, platzierten unsere Pfeifen und den Tabak in das Innere eines alten Huttes, wo wir danach langen konnten, ohne aufstehen zu müssen. Dann legten wir uns auf unseren Bauch nieder und nahmen einen Anbiß. Wir aßen nicht viel — wir waren zu sehr ermüdet — doch tranken wir einen Schluß Tee. Wir gaben unseren Baden Gelegenheit, sich ein wenig auszurufen. Dann zündeten wir unsere Pfeifen an und gaben einander auf unsere gegenseitigen Fragen Antwort. Es erschien uns ganz bedächtig, so lange wir unsere unglückseligen Beine gerade ausstreckten, und wir bewegten uns nicht allzulebte.

Wir fluchten auf die Gesellschaft, weil wir nicht reiche Leute waren, dann fühlten wir uns schon besser, und unser Gespräch drehte sich um verschiedene Gegenstände und endete damit, daß wir über das Rauchen sprachen.

„Wie ich dazu kam, das erstemal zu rauchen?“ sagte Mitchell. „Höre also.“ Er dachte an Pfeifen nach. „Ich begann mit dem Rauchen, als ich etwa vierzehn oder fünfzehn Jahre alt war. Ich rauchte irgendeine Art Unkraut — den Namen habe ich natürlich vergessen — das Tabak war es nicht. Dann rauchte ich Zigaretten, solche, die je Stück einen Penny kosten. Dann dachte ich, wenn ich solche rauche, könnte ich auch eine Pfeife rauchen.“

Er dachte nach. „Damals lebten wir in Sydney, Surry Hills. Das war damals ganz anders: der Ort war fast ganz und gar sandig. Meine Eltern waren damals noch am Leben, und wir waren alle zu Hause, mit Ausnahme von Tom.“

Er dachte wieder nach. „Ich ja! ... Nun schon, also eines Tages spielte ich mit unserem Hais „Kugel“, als wir ein Bursche, der mir bekannt war, seine Pfeife zum Aufbewahren gab, während er zu einer Messe in die Kirche ging. Die kleine Kirche war gerade gegenüber — man hieß sie die „Kapelle“.“

Er dachte wieder nach. „Die Pfeife war angezündet. Es war eine Longpipe und Ropertkopfhalb drinnen. Die Mutter war rückwärts in der Küche beschäftigt und wusch gerade das Teegeschirr ab, und als ich hineinkam, da sagte sie: Du hast wohl geraucht?“

Nun, ich konnte es nicht in Worte fassen — es war mir viel zu übel, als daß ich es vermocht hätte, oder es war mir schließ sich ganz piepe. „Gib mir die Pfeife!“ sagte sie. „Ich sagte, daß ich sie weggegeben habe. Und wo ist sie?“ fragte sie. „Jim Brown hat sie bekommen, antwortete ich, es war seine.“

Dann werde ich Jim Brown schon meine Meinung sagen, meinte sie, und tat es auch. Doch konnte Jim Brown ja nichts dafür, denn er hatte sie mir „so bloß zum Aufbewahren gegeben.“

Mitchell überlegte wieder und blickte gegen den Rand. Er war ganz klar geworden, war kleiner, schien kalt und schaute sehr hell aus und schwamm nach rückwärts, zwischen die Sterne.

„In der Früh“ war mir schon etwas besser zu Mut, aber ich wurde nicht geheilt — obgleich ich die ganze Nacht krank davon war und mich wie tot fühlte. Im Gegenteile, ich kaufte mir eine Longpipe und Tabak, aber meine Mutter kam mir darauf und steckte alles in den Ofen. Dann kaufte ich mir wieder eine neue Pfeife und Tabak dazu, und sie suchte selbstredend danach, und fand es schließlich auch. Doch warf sie diesmal den Tabak nicht mehr in den Ofen — sie hatte an Erfahrung gewonnen. Ich weiß nicht, was sie damit tat. Ich versuchte, das Ding ausfindig zu machen, aber es gelang mir nicht. Ich vermutete aber, daß mein alter Vater davon Besitz ergriffen hatte, denn ich sah ihn mit einem Stück Tabak, das dem meinen verflucht ähnlich sah.“

Er dachte wieder nach. „Doch ich wurde nicht kuriert. Ich kaufte mir eine Kirschholzpfeife. Ich dachte mir, daß sie diese nicht so leicht zerbrechen könnte, im Falle sie sie fände. Ich pflegte jetzt den Kopf an einem gewissen Orte zu verdecken, das Rohr an einem anderen, denn ich dachte mir, wenn sie schon das eine fände, müßte sie nicht das andere finden. Heute natürlich betrachtet man so etwas als keine ganz besondere Idee, damals aber kam es mir wie eine Inspiration vor! Kinder haben oft merkwürdige Ideen.“

Und wieder sann er nach.

„Nun schon also. Eines Tages nahm ich ein paar Jüge im Hofe, als ich sie plötzlich neben hörte; ich zog also eiligst das Rohr heraus und verdeckte den Kopf hinter dem Wasserhahn und die Röhre irgendwo unter dem Hause. Mutter kam, um Wasser zu schöpfen. Ich schaute, daß ich so rasch wie möglich außerhalb ihres Gesichtskreises kam, denn ich sah nicht sehr unschuldig aus und hatte auch keine Zeit dazu, eine solche Miene aufzusetzen. Doch der Pfeifenkopf war heiß, und sie roch die ganze Gesellschaft. Sie ging überall herum schnüffelnd herum, zuerst auf die eine Seite des Wasserfasses, dann auf die andere, bis sie dem Geruch nach weiterforcht und endlich den Pfeifenkopf entdeckte. Also hatte ich bloß noch den Stiel unentdeckt. Sie forschte auch nach diesem, aber konnte den natürlich nicht herausriechen. Doch ich selber konnte mit dem nicht viel Geheimnis anfangen. Hast du die Streichhölzer bei dir?“

Dann also gab ich das Pfeifenrauchen eine Zeitlang auf und rauchte Zigaretten. Das war unter den gegebenen Umständen das Sicherste und Befriedigendste, aber das kam mich auf zwei Schillinge je Woche zu stehen, das konnte ich nicht bestreiten; so begann ich also wieder Pfeife zu rauchen und endlich gab die Mutter nach. Gott schenke ihr den Frieden und Gott verzeihe mir und uns allen — wir verblieben es. Sie ist jetzt seit sechzehn langen Jahren tot!“

Mitchell wurde nachdenklich. „Und was machte dein Vater, als er darauf gekommen war, daß du rauchst?“ fragte ich.

Er sann nach. „Nun, er schien gewissermaßen zuerst darüber erfreut zu sein. Du mußt nämlich wissen, daß er von meiner Mutter in einer Art Vorwandhaft gehalten wurde, und sie ihn kein Knapp hielt. Nun, er schien gewissermaßen erfreut darüber, geradezu aufzusehen — als er entdeckte, daß ich zu rauchen begann.“

„Das war die Wirkung? Genau so wie bei meinem Vater, auch er ermunterte mich. Doch was tat dein Vater, ich meine, was sagte er?“

„Nun,“ sagte Mitchell sehr langsam, „das erste, was er tat, war, daß er mich um ein Stück Tabak zum Stippen der Pfeife anging.“

Er dachte nach. „Ach, was für einen seltsamen, gedankenvollen, alten Pfeifenzug hatten wir zusammen im Geheimen — der alte Mann und ich!“

„Und ist dein alter Vater schon gestorben, Mitchell?“ fragte ich milde.

„Lang, lange schon — seit zwölf Jahren,“ gab Mitchell zur Antwort.

L. Fernbach: Die Albatrosse

Die merkwürdigsten Dinge werden von diesen riesenhafte Seepögel erzählt, und die Salkute haben eine fast abergläubische Schau vor ihnen. Nur selten fassen sie Mut, Jagd auf sie zu machen, obwohl das Fleisch wohlwundersam ist, denn es geht die Sage, daß die Albatrosse sich rächen, wenn ihnen nachgestellt wird. Unermüdet folgen sie dem Schiff, und wird ein Mann über Bord gespült, so führt der Schwarm der aufspringen Vögel auf die Fische des Meeres nieder. Dann ist keine Rettung mehr für den Ueberbordgegangenen, denn das erste, wonach die gierigen Vögel haben, sind die Augen.

Im Stillen China wendet man die Albatrosse zum Fischfang an. Auf einem kamähnlichen, langen, schmalen Boot sitzen mehrere Männer zum Fang hinaus. Am Bootsrund sind Stäbe befestigt, an denen die großen Albatrosse mit starken Leuten festgebunden sind. Diese Vögel sind seit Tagen nicht gefüttert worden und tauchen daher gierig in den Furch, sobald sie einen Fisch erblicken. Dann springen die Männer auf und ziehen die Vögel an den Stricken zurück, reißen ihnen den gefangenen Fisch aus dem Schnabel und werfen den Fang in geflochtene Körbe. Jedem der Vögel ist ein Ring um den Hals gelegt, damit er keine anderen als nur die ältesten Fische hinunterzuschlucken kann. Wer so ein Boot mit den angebandenen flügelklappenden Vögeln über das Wasser gleiten sieht, hat den Eindruck, daß die Vögel das Boot ziehen, ja es scheint, als könnten sie sich jeden Augenblick in die Luft heben und das Boot emportragen.

Diese Sage erzählt von einem Fischer, der sehr grausam gegen seine Vögel war und sie dauernd hungrig ließ und sie schlecht behandelte. Er nahm alle gefangenen Fische für sich und gab den Vögeln nicht einmal nach Beendigung des Fanges ihre Belohnung. Die Vögel wurden infolgedessen überaus hungrig und fingen nach mehr Fische als gewöhnlich. Als, die den Fischer kannten, warnten ihn, denn sie bemerkten, wie die Vögel begreiflicher Weise mit jedem Tage raubgieriger wurden, da sie nur die allergrößte

Nahrung bekamen. Während schlügen sie mit den Flügeln, wenn der Fischer ihnen den Fang entriß. Auf diese Weise konnte es nicht ausbleiben, daß der Fischer sehr viel Geld durch den Fischfang verdiente und ein reicher Mann wurde. Eines Tages war er krank und konnte nicht mit den Vögeln hinausfahren, deshalb hat er einen Nachbarn, es statt seiner zu tun. Der aber kam mit blühenden Händen heim, hatte mit den Vögeln gar nicht fertig werden können und rief dem Fischer, die Vögel frei zu lassen, denn es seien keine gewöhnlichen Vögel, sondern eine Schaar böser Geister. Aber der Fischerachte über ihn und besetzte seinen Boot nicht, und er behandelte seine Vögel nicht anders als bisher. Ueberhaupt wuchs mit keinem Reichtum keine Herrschaft und alle Menschen, ja, seine eigenen Kinder fürchteten sich vor ihm und versteckten sich vor ihm, sobald sie ihn kommen hörten. Einer seiner kleinen Söhne aber liebte diese stolzen, trogligen Seepögel und jeden Abend schlich er sich heimlich zu ihnen und brachte ihnen zu fressen. Auch spielte er ihnen bisweilen auf seiner kleinen Bamduskäse vor, weil er ihnen dadurch Freude zu machen hoffte. Da aber wurde er krank und mußte im Bett bleiben, so daß er eines Abends den Vögeln keine Nahrung bringen konnte. Sie waren daher noch viel hungrier als gewöhnlich, als der Fischer am nächsten Tage mit ihnen auszog. Sie sahen denn auch ungewöhnlich still auf ihren Stäben, und obwohl zu beiden Seiten des Bootes die blauen Leiber der Fische vorbeischnitten, blieben sie regungslos und schlossen nicht wie sonst ins Wasser hinab. Plötzlich aber entfalteten alle Vögel ihre Schwingen, stießen einen heiseren Schrei aus und hoben sich in die Lüfte, so daß das Boot wie eine Biene zwischen ihnen hing. Die Menschen in den Häusern hörten das Kreischen der Vögel und das Rauschen ihrer Flügel, eilten hinaus und sahen voll Entsetzen, wie das Boot mit dem Fischer emporgetragen wurde, höher und immer höher. — Den Fischer hat niemand wieder gesehen.

Das war die Rache der Albatrosse.

Billige Lebensmittel

Stadtküche Leipziger Str.

Ami Zentrum Nr. 8533 - 78

Wir liefern frei Haus
Menüs, Einzelgerichte, Kalte Platten,
Mayonnaisen, Eisspeisen, Torten usw.
Verlangen Sie unseren ausführlichen Stadtküchenkatalog

Leipziger Strasse • Alexanderplatz • Frankfurter Allee • Belle-Alliance-Strasse • Wilmersdorfer Str. • Brunnenstrasse • Kottbuser Damm • Andreasstrasse

Obst und Gemüse sind vom Versand ausgeschlossen — Verkauf sowohl Vorrat

Konferben	Kolonialwaren
Jg. Erbsen sehr fein... 1,50	Weizenauszugsmehl
Junge Erbsen fein... 1,25	100g... Pfund 22, 24, 26Pr.
Jg. Erbsen mittelfein... 78Pr.	3 Pfd.-Beutel 1,18, 1,25, 1,35
Junge Erbsen... 72Pr.	Kartoffelmehl... Pfund 23Pr.
Gemüseerbsen... 50Pr.	Maispuder... Pfund 28Pr.
Jg. Erbsen fein, m. Karott. 1,25	Kokosraspel... Pfund 58Pr.
Jg. Erbsen mittelfein... 95Pr.	Mandello... Pfund 65Pr.
Jg. Erbsen m. gesch. Kar. 78Pr.	Rosinen... Pfund 52Pr.
Gem. Gemüse sehr fein 1,65	Korinthen... Pfund 60Pr.
Gem. Gemüse fein... 1,45	Sultaninen... Pfund 38Pr.
Jg. Karollen extraktrein 95Pr.	Orangeade... Pfund 1,20
Sellerie in Scheiben... 96Pr.	Zitronat... Pfund 1,35
Sauerkirschen m. Stein 1,10	Mandeln extra... Pfund 2,20
Mirabellen... 1,10	Mandeln bitter... Pfund 2,40
Pflaumen mit Stein... 70Pr.	Bäckpulver... 3 Beutel 30Pr.
Preiselbeeren... 1,25	Vanillezucker... Beutel 20Pr.
Reineclauden... 1,25	Vanille 1 Stg. 2 Stg.
Stachelbeeren... 95Pr.	im Glas... 18, 35Pr.
Kalif. Pfirsiche... 1,45	
Ananas 8 Scheiben... 1,05	

Gemischtes Gemüse hergestellt aus getrockn. grün. Erbs., Mören, Karotten, Karott. u. Sparg. 1/2 Dose 62Pr.

Konfitüre
Rimer ca. 2 Pfund
Pflaumen... 98Pr.
Aprikosen... 1,10
Johannisbeer... 1,15
Orange... 1,15
Erdbeer... 1,30
Kirsch... 1,35
Himbeer... 1,35
Ananas... 1,45
Vierfrucht-Marmelade 88Pr.
Pflaumenmus... 92Pr.

Frisches Fleisch

Kalkkamm ohne Beilage... Pfund 64Pr.	Schweineschinken... Pfund 1,20
Kalkbrücken ohne Beilage... Pfund 75Pr.	Pa. Kassler mild... Pfund 1,25
Kalkschinken... Pfund 64Pr.	Pa. Rückenfleisch breitartig, ohne Schw., Pfund 96Pr.
Pa. Rinderkamm... Pfund 76Pr.	Pökeirippchen mild... Pfund 1,00
Pa. Querrippe... Pfund 78Pr.	
Pa. Febrrippe... Pfund 98Pr.	Pa. Roastbeef ohne Knochen... Pfund 1,45
Pa. Schmorfleisch, Keule, ohne Ka., Pfund 1,24	Pa. Kalbschmitzel... Pfund 2,00
Pa. Rouladen... Pfund 1,36	Pa. Eisbein mit Spitzbein, gepöck., Pfund 88Pr.
Pa. Schabefleisch... Pfund 1,24	Pa. Talg ausgelesen... Pfund 56Pr.
Hackepeter gewürzt... Pfund 1,20	Pa. Talg ausgelesen... Pfund 80Pr.
Pa. Schweinebauch ohne Beilage, Pfund 1,10	

Gefrierfleisch

Pa. Schmorfleisch Keule, ohne Knochen, Pfund 1,10	Pa. Hammelvorderrfleisch... Pfund von 92Pr. an
Pa. Gulasch ohne Knochen... Pfund 88Pr.	Pa. Rinderbacken ohne Knochen, Pfund 58Pr.
Pa. Suppenfleisch... Pfund von 68Pr. an	Pa. Rinderhänge... Pfund 44Pr.
Schweineküpe mit Fettsäcke, Pfund 58Pr.	

Käse und Getreide

Allg. Romolour... Pfund 24Pr.	Blut- u. Leberwurst... Pfund 65Pr.
Allg. Stangenkäse... Pfund 48Pr.	Sülzwurst... Pfund 95Pr.
Edamer... Pfund 72Pr.	Dampfwurst... Pfund 98Pr.
Dän. Schweiz... Pfund 88Pr.	Speckwurst... Pfund 1,00
Tilsiter halbfett... Pfund 88Pr.	Hausmacher... Pfund 1,05
Blockkäse... Pfund 88Pr.	Grobe Meltwurst... Pfund 1,10
Blockkäse... Pfund 1,20	Feller Speck... Pfund 1,20
Comberl... Pfund 25Pr.	Knoblauchwurst... Pfund 1,25
Emmenthal... Pfund 78Pr.	Schinkenpolnische... Pfund 1,30
Allg. Limburg... Pfund 98Pr.	Mellwurst... Pfund 1,40
Edam... Pfund 1,10	Hildesheimer... Pfund 1,45
Margarine... Pfund 52Pr.	H. Leberwurst... Pfund 1,60
Rohschmalz... Pfund 78Pr.	Schinkenwurst... Pfund 1,65
Bränschmalz... Pfund 78Pr.	Cervelat ad. Salami, Pfund 1,70
Criebenschmalz... Pfund 84Pr.	Teewurst... Pfund 1,80
Molkereibutter... Pfund 1,88	Schinkenpeck... Pfund 1,9
Tafelbutter... Pfund 1,98	Westf. Mellwurst... Pfund 1,30
Dän. Tafelbutter... Pfund 2,16	Westf. Pöckelwurst... Pfund 1,60
	Westf. Feldarmwurst... Pfund 2,20

In unseren Häusern:
Leipziger Strasse
Alexanderplatz
Frankfurter Allee
Wilmersdorfer Str.
Belle - Alliance - Str.

Ab Montag, den 11. März Modenvorführungen

Wir zeigen Damen-Kleider, Mäntel,
Blusen, Damen-Hüte, Herren-Moden
u. modische Neuheiten verschied. Art.
Karten sind, soweit Vorrat, an den
Kassen der Damen-Konfektions-
abteilung kostenlos erhältlich.

Direction der Disconto-Gesellschaft Berlin.

Unsere Kommanditisten werden hierdurch auf
Montag, den 25. März 1929, nachm. 4 Uhr,
zu der diesjährigen ordentlichen Generalversammlung nach unserem
besten Geschäftshause, Unter den Linden 33, V. Stock, eingeladen.

Verhandlungsgegenstände:

- Vorlage der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Berichte der Geschäftsinhaber und des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1928. Beschlußfassung über die Genehmigung der Bilanz, die Gewinnverteilung und über die der Verwaltung zu ertellende Entlastung.
- Satzungsänderungen:
 - Änderung des Art. 5 Abs. 1, Streichung des Art. 5 Abs. 4 und des Art. 31 Abs. 3 (Fassungsänderungen mit Rücksicht auf die Ne-stückelung der Anteile und den Wegfall der auf Namen lautenden Anteile);
 - Änderung des Art. 13 Abs. 1 Satz 2 (Pensionierung von Beamten);
 - Änderung des Art. 21 Abs. 1 (Erhöhung der Höchstzahl der Aufsichtsratsmitglieder);
 - Änderung des Art. 31 Abs. 1 Satz 2 (Streichung der Worte: oder bei der Bank des Berliner Kassen-Vereins).
- Wahlen zum Aufsichtsrat.

Zur Teilnahme an der Generalversammlung ist jeder Kommanditist, zur Stimmenabgabe bei den zu fassenden Beschlüssen sind nur diejenigen Kommanditisten berechtigt, die ihre Anteile — oder die über diese lautenden Depotscheine einer Effekten- und Girobank eines deutschen Wertpapierbörsenplatzes — spätestens am 22. März 1929 entweder bei einem Notar nach Mißgabe der Vorschriften unserer Satzung oder

bei der Direction der Disconto-Gesellschaft in Berlin, der Norddeutschen Bank in Hamburg oder dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G. in Köln, oder bei einer Filiale oder Zweigstelle der vorgenannten Banken an anderen Plätzen.

oder bei den sonstigen im Reichsanzeiger Nr. 54 vom 5. März 1929 veröffentlichten Stellen gegen Bescheinigung bis zur Beendigung der Generalversammlung hinterlegen.
Die Hinterlegung ist auch dann ordnungsmäßig erfolgt, wenn Anteile mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für sie bei einer anderen Bankfirma bis zur Beendigung der Generalversammlung im Sperrdepot gehalten werden.

Berlin, den 5. März 1929.
Direction der Disconto-Gesellschaft.
Die Geschäftsinhaber:
Dr. Salomonsohn, Dr. Russell, Urybig, Solmanen,
Mosler, Schlieper, Th. Frank, Boner.

Wettermäntel

Eigene Herstellung

Lodenmäntel	Gummimäntel
für Herren 55, 45, 36, 30, 24, 18.—	für Herren... 36, 33, 25, 19, 15.—
für Damen... 48, 42, 36, 21, 18.—	für Damen... 37, 24, 18, 13, 11,50
für Knaben Gr. 3 13,50 12,50, 10,50	für Kinder... 10,50, 6.—
Trench Coats	Windjacken
für Herren 130, 95, 65, 50, 30.—	für Herren 30.—, 27.—, 24.—, 20.—, 16,50, 13,50, 9.— 6,75
für Damen... 48, 33, 27, 21,50	für Damen 27.—, 24.—, 20.—, 16.—, 15.—, 10,50 6,50
	für Knaben 13,50, 9.—, 7,50 4,50

BAER SOHN & G.

Berlin N 4, Chausseestr. 29 - 30 U-Bahn: Stettiner Bahnhof (Nordausgang)

MÖBEL

ohne Anzahlung
Schlafzimmer
Herrenzimmer
Speisezimmer
Mod. Küchen
Polstermöbel
Einzel-Möbel
bis zu 24 Monatsraten

kaufen Sie günstig bei der

Befabe

Gepründet und beaufsichtigt vom Gewerkschaftsrat des Magistrats Berlin
nur Breite Straße 7

Herrenkleider-Fabrik

gibt bis zu weiteren Anzüge
Jasier, Paletots zu Fabrikpreisen
ab. Bitte überzeugen Sie sich.
Kaiser-Wilhelm-Straße 24, 1 Tr.

ZUP Einsegnung — 25% Rabatt

Großer Verkauf in Armband- und Taschenuhren

Mein Schiager

Goldene Damen-Armbänder, 14 K., 10 Stk. eine... 921 18.—, 22.
21 berme Herren-Armbänder, 10 Stk. eine... 921 13.—, 18.
Große Auswahl in jeder Preislage

Herm. Wiese

Berlin N. Art. Uer estrade 3
Berlin W. Passauer Str. 12

Die Arbeit der Bezirksparlamente.

Straßenumbau - Sterbende Vorgärten 6. Bezirk - Kreuzberg.

Seit über Jahresfrist schweben die Verhandlungen zwischen der zentralen Tiefbauverwaltung und dem Bezirksbauamt über die künftige Gestaltung der Ford- und Gneifenaustraße.

Der Verkehrsbedeutung dieses Straßenzuges entsprechend, verlangte die Zentrale, daß der Gleiskörper der Straßenbahn in die Mitte der Straße gelegt und außerdem eine Verbreiterung der beiderseitigen Fahrdämme von 8 auf 11 Meter vorgesehen werden solle. Da dieses Projekt den Fortfall der schönen Mittelpromenade mit einschloß, lehnten die Bezirkkörperschaften im vergangenen Jahre ab. Jetzt ist nun nach langen Verhandlungen eine Lösung zustande gekommen, die unserer Fraktion die Zustimmung erndblichste. In der Mitte des Straßenzuges liegt ein 6,2 Meter breiter von Hecken eingefasster Gleiskörper, der auf beiden Seiten durch je 8 Meter breite Promenaden und Grünstreifen abgeschlossen wird. Hieran anschließend auf der Nord- und Südseite die beiden Fahrdämme mit je 11 Meter Breite, dann zwei je 2 Meter breite Radfahrwege und die Bürgersteige von je 3,4 Meter Breite. Für den in Fortfall kommenden Kinder-spielplatz Gneifenaustraße wird voraussichtlich bis Ertrag der Marheinekeplatz in Frage kommen. Voraussetzung für die Ausführung dieses Gesamtplans ist die Beseitigung der Vorgärten in den beiden Straßen. In unserer Fraktion sowie bei der KPD herrschte Einmütigkeit darüber, daß dieses Projekt den Anforderungen der Verkehrssicherheit sowie dem Bedürfnis nach Grünflächen Rechnung trägt. So wurde die Vorlage dann mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten gegen alle bürgerlichen Parteien angenommen. — Einmütig zugestimmt wurde einer Vorlage, welche aus Vorbehaltsmitteln eine Vermehrung des Mobiliars in den fünf Jugendheimen des Bezirks vorsieht.

Eine glänzende Abfuhr erhielten die Kommunisten in der Bezirksversammlung des Verwaltungsbezirks Kreuzberg am 27. Februar. Der Bürgermeister des Bezirks, Genosse Dr. Herz, und der Vorsitzende der Bezirksversammlung, Genosse Gerber, hatten die Abfuhr, einen „zwanglosen Abend“ zu veranstalten, an dem die Mitglieder der Bezirksversammlung, die Vertreter des Bezirksamts und die verantwortlichen Verwaltungsbeamten teilnehmen sollten. Die Veranstaltung, die dem Zweck der gegenseitigen Frühkenntnis dienen sollte, fand nicht statt, weil bei den Fraktionen keine einheitliche Stellungnahme zu erzielen war. Die Voraussetzung für die Veranstaltung war dabei nicht gegeben. Obwohl keine Veranstaltung stattgefunden hat, stellten die Kommunisten den Antrag, daß das Bezirksamt sowie der Vorsitzende der Bezirksversammlung angewiesen werden, keinerlei Mittel für derartige Zwecke zur Verfügung zu stellen. Die Redner der Kommunisten griffen das Bezirksamt an und behaupteten, daß sie grundsätzlich gegen solche Veranstaltungen wären. Der Kommunist Jochims tat sich hierbei besonders hervor. Unter allgemeiner Heiterkeit und den entlegten, immer länger werdenden Geschlächern der Kommunisten wurde vom Bürgermeister Dr. Herz folgende, von dem Bureauvorsteher der Bezirksversammlung anfänglich eines „zwanglosen Abends“ im vorigen Jahre zu Protokoll gegebene Erklärung verlesen: „In dem von den Bezirkskörperschaften am 14. Januar 1928 veranstalteten „Berliner Abend“ hatten von der kommunistischen Fraktion ihre Beteiligung zugunsten der Stadtverordneten Jochims, der Bezirksverordnete Kruschke und zwei weitere Mitglieder der kommunistischen Fraktion; waren aber nicht erschienen.“ Die KPD hielt an demselben Tage eine Fraktions-sitzung ab. Um 10 Uhr abends rief mich der Bezirksverordnete Kruschke an und ersuchte mich, den Herrn Bürgermeister an den Apparat zu bitten. Auf meinen Hinweis, daß dies im Augenblick nicht angebracht sei, beauftragte er mich, dem Herrn Bürgermeister mitzuteilen, daß die auf die KPD entfallenden Speisen und Getränke nach der Portierloge gesandt werden möchten. Der Wunsch der KPD wurde dem Herrn Bürgermeister, wie dem Herrn Vorsitzenden der Bezirksversammlung mitgeteilt. Eine Lieberherdung von Speisen und Getränken erfolgte jedoch nicht. — Der Kommunist Kruschke hatte sich bei der Debatte am vergangenen Mittwoch sofort zum Wort gemeldet, um in der üblichen Weise die Sozialdemokratie zu beschimpfen. Als der Bürgermeister die Erklärung verlesen hatte, ließ er sich schleunigst aus der Rednerliste streichen. An seiner Stelle sprach der kommunistische Stadtverordnete Jochims. Er entschuldigte das Verhalten der Kommunisten damit, daß sie die Brötchen den Arbeitern in den von der KPD veranstalteten Versammlungen zeigen wollten. Er erteilte schallendes Geschlächter der Versammlung, wie der Tribünenbesucher. Und seine Fraktionsgenossen hatten todernde Geschlächter. Diese laute Ausrede ist ein würdiger Gegenstoß zu den Klagen gegen die Sozialdemokratie in der „Roten Fahne“ erhobenen Angriffe. Sie wird den sozialdemokratischen Arbeitern für die Auseinandersetzung mit den Kommunisten ein willkommenes Argument sein.

Kommunistische Rundreiseanträge.

3. Bezirk - Wedding.

In der außerordentlichen Bezirksversammlung, zu der die Kommunisten mehrere ihrer Delegierten Rundreiseanträge eingebracht hatten, gestielten unsere Genossen in gebührender Weise die demagogische Art der KPD, die in den Deputationen keine politische Arbeit leistet, dafür aber in der Bezirksversammlung die Mund und

so weiter aufmache. Genosse Ulrich zeigte ihnen bei der Besprechung des Antrags betr. Wohlfahrts-erwerbslosenunterstützung, daß auf Veranlassung der SPD im Rathaus bereits Beschlüsse gefaßt worden seien, die Erhöhung der Unterstützung für alle Erwerbslosen, freie Fahrt zu den Stempelstellen und ein Programm für Arbeitsbeschaffung in Berlin vorzulegen. Gen. Blaschitz führte bei der Besprechung des kommunistischen Antrags auf Herabsetzung der Pauschalsumme für die Benutzung der Schwimmhallen aus, daß die Kommunisten wieder einmal zeigen, daß sie von der zu behandelnden Materie keine Ahnung haben. Würde der kommunistische Antrag angenommen werden, so würden sich die Gebühren, die die Mitglieder der großen Schwimmvereine zu zahlen hätten, nicht verringern, sondern erhöhen. Der von den Demokraten gestellte Antrag, das Bezirksamt möge dafür sorgen, daß der in der Sellenstraße zertrümmerte Gasbehälter nicht wieder aufgebaut würde, sondern ein-stimmige Annahme. Bürgermeister Genosse Leid betonte, daß das Bezirksamt diese Angelegenheit mit besonderem Eifer verfolgte, daß aber außerdem beim Bezirksamt eine besondere Abteilung eingerichtet worden sei, deren Aufgabe darin bestehe, festzustellen, ob im Bezirk Betriebe beständen, in denen explosive Stoffe lagern, und ob in diesen Betrieben die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen getroffen seien. Es gelte, Katastrophen wie die in der Schönleinsstraße zu verhindern. Zu diesem Zwecke müsse man Verbindung mit den Gewerkschaften suchen, um gemeinsam die erforderlichen Feststellungen zu machen. Ein einstimmig angenommener Antrag forderte, beim Magistrat dahin zu wirken, daß die veralteten und nicht mehr modernen technischen Verhältnissen entsprechenden Gasbehälter außer Betrieb gesetzt werden. Die neu zu bewandten Behälter, sofern nicht eine andere technische Möglichkeit der Gas-befüllung vorgezogen wird (Ausbau des Rohrnetzes), müssen auf freien Plätzen in unbewohnter Umgebung errichtet werden. Sollte durch diese Umstellung die Gasbefüllung gefährdet werden, so sind bis dahin die Behälter so einzurichten, daß weitere Katastrophen ausgeschlossen sind. Darüber hinaus wird weiter beantragt, daß das Bezirksamt die Baupolizei und Gewerbeinspektion beauftragt, in den Betrieben des Bezirks, wo Explosivstoffe und Chemikalien ver-arbeitet und gelagert werden, festzustellen, ob alle Maßnahmen zur Sicherheit der Belegschaften und Bevölkerung getroffen sind, um Explosionen zu verhüten.

Positive Arbeit und Demonstrationspolitik.

5. Bezirk - Friedrichshain.

Auch die letzte Sitzung der Bezirksversammlung Friedrichshain bewies wieder, auf welcher Seite das Plus der positiven Arbeit in der Kommune im Interesse der leidenden Bevölkerung zu finden ist. Neben Vorlagen zur Kenntnisnahme standen folgende zur Beschlußfassung zur Ausprache. Diese hatten die Verbreiterung der Straße an der Schillingstraße, den Anbau von Grundstücken im Stralauer Viertel zum Bau einer Schule und die Anlage von Kleinkinderspielflächen auf dem Stralauer, dem Hefflinger und dem Rudolphplatz sowie auf der Promenade in der Warkauer Straße und dem Gelände des Schulgartens an der Gohlerstraße zum Inhalt und wurden einstimmig angenommen. Ein Antrag zum Bau einer Brücke über die Spree im Zuge der Fruchtstraße fand gleichfalls Annahme. Dem Antrag auf Anbringung von leuchtenden Hausnummern wurde nur von den Deutschnationalen widersprochen. Man merkte dort den Einfluß der Hausbesitzerfreundschaft des wirtschaftsparteilichen Herrn Führmann. Einen Antrag der Kommunisten auf Ertrag der Haus-zinssteuer für wirtschaftlich schwache Mieter in dem südlichen Gebäude Petersburger Platz 4 wollte unsere Fraktion in anderer Form auf sämtliche städtischen Häuser erweitert wissen. Genosse Pohling begründete dabei sehr wirkungsvoll den Grundgedanken unserer Fraktion, daß eine Ermäßigung nur in großzügiger Weise auf alle Gebäude des städtischen Grundbestandes ausgedehnt, Wert für die arbeitende Bevölkerung besitze. Der Grunderwerbssteuervertrag, dem Hauszinssteuer-anteile zuzuführen, müsse für die Stundung von Mietteilen im Bedarfsfalle in Anspruch genommen werden. Der Antrag unserer Fraktion wurde mit 26 gegen 19 Stimmen (Rechte und Linke) angenommen. Dann folgten wiederum Demonstrationsan-träge der Kommunisten gegen „Belagerungszustand“ in Berlin und Konstantinopel. Die Kommunisten Deier und Osseburg mußten dabei wieder die Gelegenheit, gegen die aufbauende Tätigkeit unserer Partei zu zeigen. Beide Anträge wurden durch Ablehnung resp. Uebergang zur Tagesordnung erledigt, nachdem Genosse Bächner das zersetzende Streben der Antragsteller, das sich nur gegen die Sozialdemokratische Partei richtet, gründlich gekennzeichnet hatte.

Unerfreuliches aus der Hebbelstraße.

7. Bezirk - Charlottenburg.

Nach den beiden stürmischen Versammlungen zu Beginn des Jahres eine friedliche Sitzung. Die Kommunisten haben die Sprache verloren. Die Ablehnung hat gewirkt. Die Bezirksversammlung genehmigte debattelos die Neuordnung der Bezirksstiftungen, die durch die Aufwertung einiger Fonds notwendig geworden war. Ein Dringlichkeitsantrag unserer Fraktion ersuchte das Bezirksamt, baldmöglichst die notwendigen Schritte zur Bildung von „Arbeitsgemeinschaften für Gesundheitsfürsorge“ mit den Trägern der Sozialversicherung zu unternehmen. Genosse Jaffe begründete unseren Vorstoß: die Richtlinien, die am 1. April in Kraft treten, drängen auf eine Klärung des Verhältnisses zwischen Kommune und Sozialversicherung. Herr Prot. Dettinger war nicht ganz im Bilde, er glaubte, es handle sich erst um einen Entwurf. Die Fachleute der Rechten wollten erst dagegen stimmen, wogten es dann aber doch nicht. Die Richtlinien leben ja ausdrücklich vor, daß mit vor-handenen Organisationen gearbeitet werden soll und nicht etwa umhül nebeneinander gemurkelt wird. Seit Jahren verfuhr der Magistrat, eine Verständigung mit der Sozialversicherung zu finden,

bisher vergeblich. Die Krankenkassen und die städtischen Organisationen müssen endlich den Weg gemeinsamer Arbeit am gleichen Ziele der Volks-gesundung finden. Bürgermeister Augustin begrüßte die Anregung; die Materie wird vor den vereinigten Gesundheits- und Wohlfahrtsdeputationen weiter verhandelt werden. — Die Anträge der SPD hinsichtlich der Verhältnisse in der Hebbelstraße, wo erneute Bodensenkungen das Schicksal einiger Häuser bedrohen, wurde verlagert: der Bürgermeister erklärte, die technischen Untersuchungen seien noch nicht zum Abschluß gekommen. — Wenn auch nach unseren Informationen eine augenblickliche Gefährdung der Bewohner nicht anzuerkennen ist, so ist doch die Regelung des gesamten Baukomplexes zwischen Hebbelstraße und Frischstraße 17 für die Zukunft von großer Tragweite. Sollen aus öffentlichen Mitteln hier Hunderttausende in die Erde gesteckt werden, damit gewisse Hausbesitzer gute Geschäfte machen? In letzter Zeit haben hier manche Häuser dreimal hintereinander den Besitzer gewechselt, man spekuliert auf die öffentliche Hilfe. Man entzieht sich dann geschickt der Hauszinssteuer, da die Wohnungen — entsprechend den Aufwendungen — auf den Mietzins von Neubauwohnungen steigen — und schließlich verliert die Kommune obendrein das Verfügungsrecht über die Wohnungen. Am besten täte man, an den Abbruch ver-schiedener Häuser heranzugehen, man schaffe eine gute gärtnerische Anlage und baute an anderer Stelle auf besseren Boden neu.

Der Kommunist für freie Wohlfahrt.

13. Bezirk - Tempelhof.

In der letzten Bezirksversammlung zeigte der Zuhörertraum das Bild, das der aufmerksame Leser der Berichte in der „Stadt-Beilage“ aus den verschiedenen Bezirken schon kennt. Die Bänke sind besetzt mit kommunistischen Jünglingen, die auf das Zeichen ihrer „zielbewußten“ Führer warten, um durch blöden Kabau ihre politische Ungezogenheit zu dokumentieren.

Der sozialdemokratische Antrag wegen „Ueberverteilung der Stadt beim Neubau der Feldschule“ wurde dem Haushaltsausschuß überwiesen. Der Antrag derselben Fraktion, den Schulbeginn für die Grundschule auf 9 Uhr fest-zusetzen, wurde gegen die Stimmen der Bürgerlichen angenommen. Um eine bessere Verbindung nach dem Westen zu schaffen, forderte Genosse Hille den Ausbau der Kaiserin-Augusta-Straße bis zur Wilmstraße. Bezüglich der Verkehrsmaßnahmen des Bezirks wurde einstimmig gefordert, in der Hauptverkehrszeit die Wagensperrung zu verstärken, die Triebwagen stets mit Anhänger fahren zu lassen, die Borden- und Hinterpergon sind des Personals wegen zu schärfen, alle Wagen sind zu heizen und eine Omnibuslinie ist vom Halleschen Tor nach Mariendorf durchzuführen. Als Notmaßnahme wird außerdem gegen die Stimmen der Bürgerlichen gefordert, daß in den Hauptverkehrszeiten Einleger der Linie 73 nach Mariendorf laufen. Auf die Anfrage, wann der Volkspart Mariendorf fertig wird, gibt der Dezernent die wenig tröstliche Auskunft, daß die Anlagen in halbfertigem Zustand liegen bleiben müssen. — Nun folgte eine stürmische Debatte, verstärkt durch unqualifizierbare Zwischenrufe der Zuhörer, über die neuen Mietzinsfestsetzungen der Wilmersdorfer Heimstätten-Gesellschaft. Der kommunistische Dezernent des Wohnungsamtes, Stadtrat Jergang, gibt an, daß er un-schuldig sei, da das Wohnungsamt darauf keinen Einfluß habe, sondern nur die Zentrale. Der Stadtverordnete Timm (Nat.) be-stritt dem Redner die Höhe der Steigerungen. Im übrigen erhoffte er eine Besserung des Wohnungsmarktes nur durch eine Betätigung der Privatwirtschaft. Er ließ sich auch nicht durch das Zahlenmaterial des Genossen Huhn über Privatneubauten über-zeugen. Stadtverordneter Genosse Winte hält es für abwegig, für die Senkung der Preise Mittel aus dem Zentralelat zu fordern, schlägt aber vor, die Beratung zu verlagern und die Beschlässe ab-zuwarten, die innerhalb 24 Stunden im Berliner Rathaus gefaßt werden, wo ja der gleichlautende Antrag vorliegt. Uebrigens habe sich die SPD schon seit Anfang November vorigen Jahres um die Mieter bemüht. Dieser sachliche Antrag war das Zeichen für ungläubliche Beschimpfungen des Redners und weiterer des Vorsitzenden, der sich vergeblich bemühte, die Ruhe wiederherzustellen. Die Kommunisten bestanden, sagte er, auf Ab-stimmung. Dabei entschloßte dem Redner das Bekanntnis: „Stimmt doch dagegen, dann zeigt ihr euer wahres Gesicht! Stimmt ihr dafür, meint ihr es ja doch nicht ehrlich!“ — Na also. — Die Beratung wurde beschloßen.

Genosse Hille begründete darauf den Antrag, umgehend ge-nügende Speisen und Wärmehallen für Bedürftige bereitzustellen. Stadtrat Jergang (KPD) gab in seiner Antwort bekannt, daß es nur dem Guttemplerorden zu danken sei, wenn in allen Ortsteilen genügend Räume vor-handen sind! War es nur eine kleine Vergeßlichkeit des Stadtrats Jergang oder war es ihm peinlich, seinen Zuhörern zu gestehen, daß das Dugendamt ihm schon beim Einsehen der Rotzige einen Raum in der 7. Schule anbot? Er hätte ja dann allerdings auch sagen müssen, daß seine selbstbewußte Antwort damals lautete: „Die vorhandenen Räume reichen aus!“ Eine tolle Kritik beantwortete er mit einem ordinären Schimpfswort. Der Antrag der KPD wegen der Krisenfürsorge rief ihren Dauerredner auf den Plan. Obwohl die Annahme des Antrages von vornherein sicher war, sprach dieser Demosthenes 30 Minuten. Da er anschließend auf praktische Arbeit im Kommunalwesen ver-

Musikaufträge

übernimmt man nur dem Rathaus des Deutschen Musikerverbandes, Berlin, Kom-munaldamm 60/61. Danhof 3277-78. Geschäftszeit 9-5. Conntage 10-3 Uhr. Auf Wunsch: Vertreterbesuch

ENVER BEY ORIENT 5

DIE neue ZIGARETTE

GUTSCHEINE
liegen allen
Packungen bei!

nicht oder nichts davon versteht, erging er sich in wirren Ausführungen über hohe Politik, seinen begeisterten Freunden schmacht gemacht durch wüste Schmähungen der Sozialdemokratie.

1720 neue Wohnungen in Oberschöneweide. 15. Bezirk - Treptow.

In der letzten Sitzung der Bezirksversammlung verlos der Vorlieber ein Schreiben des Arbeitsamts, das Bezug nimmt auf eine Behauptung eines kommunistischen Bezirksverordneten, daß vom Arbeitsamt beimputierte Wohlfahrtsverbände für schwere körperliche Arbeiten vermittelt werden. Nach dieser Mitteilung sind vom Arbeitsamt nie solche Arbeiter vermittelt worden. Trotz wiederholter Aufforderung hatte der kommunistische Vertreter die Namen der angeblich Vermittelten nicht genannt. Auch in der Versammlung erklärte er, daß er die Namen nicht nennen würde. Unter Zustimmung konnte der Gen. Stadtrat Jabel feststellen, daß die vermittelten Amputierten wohl nur in der Phantazie des Kommunisten lebten. — In einer der letzten Sitzungen hatte unsere Fraktion den Antrag gestellt, den Strahlenbahn-Bahnhof von der Eisenstraße in Treptow nach einer weniger belebten Gegend zu verlegen. Die Berliner Verkehrs-Mitgliedschaft teilte mit, daß sie die Absicht habe, den Bahnhof im Jahre 1930 zu verlegen. Auf einen Antrag unserer Fraktion bezüglich Abstellung der schlechten Postverhältnisse im Ortsteil Treptow, teilte die Postdirektion Berlin mit, daß den Wünschen der Bezirksverwaltung nicht entsprochen würde. Der Bürgerverein in Treptow soll sich der Postdirektion gegenüber ausgesprochen haben, daß die Postverhältnisse recht gute wären. Die Versammlung stimmte ferner dem Verkauf von Gelände in Oberschöneweide zum Bau von Wohnungen zu. Unter Berücksichtigung früherer getätigter Verkäufe ist für den Ortsteil Oberschöneweide mit dem Bau von 1720 neuen Wohnungen zu rechnen. Die Käufer des Geländes sind verpflichtet, vier Monate nach der Aufstellung mit dem Bau zu beginnen.

Massnahmen gegen Hochwassergefahr. 17. Bezirk - Lichtenberg.

Auf eine Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion hin erklärte Stadtrat Genosse Thurm, daß die letzten Gerüche der Mineralwerke durch nicht erneuertes Kühlwasser verursacht seien. Im Einverständnis mit der Polizei sei Umbau der Anlage oder Einstellung des Betriebes gefordert. Dann gab Bürgermeister Genosse Dr. Siggel Erklärungen zu den Absichten beim Etat. Die Schulen an der Fischerstraße wurden gebaut, auch das Altersheim sei im Zentralstat enthalten. Die Erbindungsanstalt wird 1930 in Betrieb genommen. Die Krankenhausverlängerungen seien leider gestrichen. Er appellierte an die Stadtverordneten, die alles ausbieten sollten, um für Lichtenberg mehr zu erreichen. Selbstverständlich machten die Kommunisten unsere Partei für die Erreichungen verantwortlich.

Einstimmig angenommen wurden zwei Anträge „Feuerschutz in Neu-Lichtenberg und in den Außenorten“ und „Verbesserung des Pflasters und der Beleuchtung in der Tasdorfer- und Wartenbergstraße“ betreffend. Ein Antrag der Sozialdemokraten, der vorbeugende Massnahmen zur Verhütung von Schäden beim Einreisen von Tauwetter fordert, wurde vom Genossen Reich begründet. Stadtrat Genosse Stimming antwortete, daß auch das Bezirksamt eine so lange Frostperiode nicht voraussehen konnte. Die notwendigen Geräte, Kotschnebe und Dampfapparate zum Aufsaugen der Leitungen müßten daher erst angeschafft werden. Am schwerigsten sei das Abfließen der Wassermaßen von den Kieselsteinen, was leicht zu umfangreichen Ueberflutungen an der Rosenfelder Straße usw. führen könne. Ebenso bedenklich sei es im Wohngebiet. Das Bezirksamt habe sich bereits mit dem Wehrkreiskommando verständigt, um im Falle von Bombenabwürfen Sprengungen zur Verfügung zu haben. Auch sonst seien alle erforderlichen Massnahmen getroffen. — Dann begründete Frau Rosenthal die bekannten kommunistischen Anträge zur Rot der Erwerbslosen. Die Tribüne wurde sehr lebhaft. Schließlich mußte der Vorsitz die Tribünen räumen lassen.

Man ist nur so alt, wie man aussieht.

deshalb benutze man „Exlepan“... Gibt grauen Haaren die Jugendfarbe wieder. Färbt nach und nach, vollständig unschädlich. Seit 30 Jahren Weltweit von Tausenden Aerzten, Professoren usw. gebraucht und empfohlen. Preis M. 7,-. Für schwarze Haare „Extra stark“ M. 12,-. Erhältlich in Parfümerien, Friseurgesch., Drogerie, wo nicht, wo haben Parfümeriefabrik „Exlepan“, nur Berlin SO. 90, Moskauer Straße 9.

Die „Heidekrautbahn“... ... und ihr mangelhafter Betrieb.

Uns geht folgende Beschwerde zu:
Seit etwa 28 Jahren stellt die Niederbarnimer Eisenbahn, die sogenannte „Heidekrautbahn“, die einzige Verkehrsverbindung dar an dieser Strecke gelegenen Ortschaften mit der Großstadt Berlin dar. Der Betrieb der Bahn ist mit ganz geringen Veränderungen bis heute so geblieben, wie er vor 28 Jahren war. Zuerst wurden der mangelhafte Zugverkehr und die hohen Fahrpreise als vorübergehende Erscheinungen angesehen, von denen man hoffte, daß sie bald eine Verbesserung erfahren würden. Nach und nach aber zeigte sich, daß diese Hoffnung eine trügerische war.

Nach immer fährt die Bahn auf eingleisiger Strecke. Abgesehen von den Zeiten, zu denen die wertvolle Bevölkerung nach Berlin zur Arbeit und wieder zurückfährt, enthält der Fahrplan Zugpausen von 2 1/2 bis 3 1/2 Stunden. Die mangelhafte Zugfolge bringt es mit sich, daß die Arbeiter, die an dieser Strecke wohnen — und es sind ihrer Tausende, die tagüber in Berlin ihrer Beschäftigung nachgehen, dort ihrer Gewerkschaft angehören —, es beim besten Willen nicht möglich machen können, abends an einer Gewerkschaftsversammlung teilzunehmen oder von den in der Stadt sich bietenden Möglichkeiten der Fortbildung und Belehrung Gebrauch zu machen. Der letzte Zug verläßt den Bahnhof Reinickendorf-Rosenthal 22 Uhr 23 Minuten! Um diesen Zug zu erreichen, muß man aber schon um 22 Uhr 2 Minuten vom Sietziner Bahnhof abfahren. Nur an zwei Abenden in der Woche und an den Sonntagabenden geht noch ein späterer Zug. Als kurz vor dem Krieg die Stadt Berlin das herrliche Gelände am Piepitzsee mit Uehdorf, Rante usw. erworben hatte, bestand die Absicht, die Bahn zu elektrifizieren. Der Krieg machte diese Pläne zunichte. Vor zwei Jahren stellte jedoch die Niederbarnimer Eisenbahndirektion erneut die Umwandlung ihres Betriebes in einen elektrischen in Aussicht, der bis 1930 erledigt sein sollte. Heute erklärt die Eisenbahndirektion sich dazu außerstande, angeblich weil das Unternehmen nicht genügend Ueberschüsse abwirft. Daß diese Verbesserungen dennoch möglich sind, wird bewiesen durch den Umstand, daß die Bahn ihre Sachwerte auf 80 Proz. des Friedenswertes aufgewertet hat und daß alle Neu- und Umbauten von Bahnhofsgebäuden an der Strecke aus den laufenden Einnahmen gedeckt werden. Daß sie bei der Errichtung neuer Bahnhofsgebäude durchaus nicht sparsam verfährt, beweist das vor kurzem in Wandlitzsee erbaute pompöse Bahnhofsgebäude mit Hotel, das allein mehrere hunderttausend Mark gekostet hat. Damit soll ansehender der Wochenendverkehr der besitzenden Klassen nach Wandlitzsee gefördert werden, denn für die arbeitende Bevölkerung sind die Fahrpreise, die auf der Bahn gefordert werden, viel zu hoch. Während der Frostperiode kühlen die Wagen ohne Heizung. Erkältungskrankheiten werden hier in Reinkultur gezüchtet.

Alle Beschwerden einzelner Personen und auch der Verkehrsverbände, die daraus hinausgehen, einen stündlichen Verkehr unter Bedingungen, die den heutigen Ansprüchen an Berliner Verkehrsverhältnisse entsprechen, herbeizuführen, scheitern an dem unüberwindlichen Widerstand der Eisenbahndirektion. Zu den Aktionen dieses sogenannten gemeinnützigen „Verkehrsunternehmens“ gehört nicht nur der Kreis Niederbarnim, sondern auch die Stadt Berlin. Es erscheint geradezu unverständlich, daß Berlin für sich zwar eine bewundernswürdige großzügige Verkehrspolitik betreibt, sich aber hier mitschuldig macht an vorfindlichen Verhältnissen.

Immer wieder: Der Verkehr! Die Zustände in Lichtenberg.

Ueber die Verkehrszustände auf der Strecke Lichtenberg-Friedrichsfelde-Stadtbahn-Südring gehen uns folgende Klagen zu: Seit Einführung des elektrischen Betriebes sind die Zustände eher schlechter als besser geworden. Die Dampfzüge hatten bei 10 und 11 Wagen 500 und 550 Sitzplätze, während jetzt in den Hauptverkehrszeiten nur 6 elektrische Wagen mit etwa 310 Plätzen fahren. In den Zeiten des starken Verkehrs macht sich eine derartige Ueberfüllung der Wagen, selbst der II. Klasse, bemerkbar, daß es geradezu ein Skandal ist, was sich die Eisenbahndirektion glaubt einer Arbeitervorstadt bieten zu können.

Der Zug 7.16 Uhr beispielsweise kommt bereits reichlich überfüllt von Rautsdorf an, so daß viele Fahrgäste zurück bleiben, um 10 Minuten später zu fahren. In Güterzügen hintereinander stehen die Fahrgäste auf dem Bahnsteig, da sich der Verkehr, der sich sonst über den ganzen Bahnsteig auf eine Strecke für 10 Wagen abspielt, jetzt auf 6 Wagen zusammendrängt. So beginnt ein wilder Kampf um die paar Sitzplätze, wobei die jungen, robusten Kräfte Sieger

bleiben. Für eine ältere Person, insbesondere für Frauen ist es unmöglich, einen Sitzplatz zu erhalten. Bereits in Lichtenberg sind die Sitzplätze überfüllt. In der II. Klasse ist es ebenso. Diejenigen Fahrgäste, die in Stralau-Kummelsburg nach der Ringbahn übersteigen wollen, haben natürlich das Bestreben, möglichst an der Tür stehen zu bleiben, weil sie sonst nicht herauskommen und ihren Zug verpassen. In Kummelsburg kommen aber noch mehr hinzu als aussteigen. Der Brustkorb wird den Fahrgästen fast eingebrückt und täglich kann man es erleben, daß jüngere Mädchen, Lehrlinge weinen, weil sie fast zerquetscht werden. Auf Bahnhof Waidhauer Straße entspinnt sich der Kampf um das Verlassen des Wagens. Wer sich in das Innere des Wagens hat drängen lassen, kommt nicht heraus, denn schon drängen neue Fahrgäste in den Wagen und oft passiert es, daß man bis zum Schleifischen Bahnhof mitfahren muß, wenn man sich nicht rechtzeitig zur Tür gedrängt hat. Soll bei diesem Betrieb erst ein Unglück geschehen? Räder und Wägel sind täglich eingeklemmt und lassen sich erst nach dem Nachlassen des Aufstiegs an den automatisch schließenden Türen nach innen ziehen.

Diese Zustände spielen sich ab, obwohl in Lichtenberg Tausende arbeitslos sind und die Stadtbahn nicht benutzen, was soll erst werden, wenn alles wieder in Arbeit ist?

Praktischer Verkehrsunterricht. Frauen und Kinder sind am wissbegierigsten.

Die Ausstellung zur Verhütung von Verkehrsunfällen, die bei Berthelm, Leipziger Straße, eröffnet wurde, zählt täglich Tausende von Besuchern. Die Frauen, die unter den Warenhausbesuchern dominieren, sind ganz besonders wissbegierig und interessiert. Sie wollen wissen, wie schwer eine Verkehrsampel ist (150 Pfd.), wie sich der Fußgänger bei gelbem Licht zu verhalten hat und noch vieles andere.

An Hand der Verkehrsampel und ihrer farbigen Lichtstrahlen wird eifrig diskutiert. Zur besseren Orientierung über diese Fragen hat die Ausstellungsleitung die Bedeutung der Farbsignale in graphischen Darstellungen besonders anschaulich gemacht. Auch die große Berliner Unfallkarte der Verkehrsbehörde, in der jeder Unfall durch eine kleine Karte dargestellt ist, erweckt lebhaftes Interesse. Hier wird eingehend geprüft, ob der Unfall, der täglich in der Straße passiert, denn auch wirklich in der Karte enthalten ist und wie die Unfallverhältnisse in der Umgebung des Wohnortes beschaffen sind. Ein Hauptziehungspunkt ist das Verkehrsmodell von Rektor Grapentin. Bewunderung erregen die aus Konservendbüchsen hergestellten Reklamesäulen, die aus Streichholzschachteln gefertigten Straßenbahnwagen und Autos und die anderen von Kindern gebastelten Verkehrsmodelle. Ueberhaupt erregen die Kinderarbeiten aus dem feinerzeitigen Preisausstellungen der Berliner Verkehrs-V. G. bei den Erwachsenen Staunen und Bewunderung. Man will es gar nicht glauben, daß sich bereits unter den 13- oder 14jährigen solche Reklamesäulen befinden. Starkes Interesse erregt ein großstädtisches Verkehrsmodell, auf dem in Himmelschrift „Vorsicht“ geschrieben steht und die Gefahr durch einen geisterhaften Totenkopf symbolisiert ist. Das große Modell der selbsttätigen Signalanlagen der Berliner U-Bahn ist stets von der Jugend umlagert. Täglich werden über 3000 Postkarten für Unfallverhütungsvorschläge an die Besucherinnen ausgegeben. Auch liegen bereits eine Anzahl von Einsendungen vor, die beweisen, daß die Berlinerinnen recht vernünftige Gedanken über Verkehrsregelung und Verkehrssicherheit haben. Das Interesse für die Ausstellung ist so groß, daß dieselbe noch um eine Woche verlängert wird. Die Ausstellung ist also bis zum 9. März d. J. geöffnet.

Arbeitsgemeinschaft für Forschung und Naturkunde e.V. 8. Vortragsabend: Sonntag, den 10. März 1929. Auch der entomologischen Abteilung des Zoologischen Museums unter Führung von Herrn Universitätsprofessor Dr. Hantsch. Treffpunkt: Samstags 10 Uhr am Museumseingang Invalidenstr. 43. Mitglieder frei, Gölle 0,20 Mark.

Bei Grippe, Influenza

u. a. Erkältungskrankheiten haben sich Total-Tabletten hervorragend bewährt. In Anfangsstadium genommen, verschwinden die Krankheitsercheinungen sofort. Et. nat. Betätigung sind innerhalb 6 Monaten mehr als 1500 Gutachten allein aus Arztkreisen eingegangen, darunter v. namhaften Professoren u. aus ersten Kliniken u. Krankenhäusern. Überall Erfolg! Sorgen Sie Ihren Arzt! Total ist in allen Apotheken erhältlich. Preis M. 1.40
12.5 Lith., 0.40 China, 74.3 Acid. acet. sol. ad 100 amyl.

Außergewöhnlich billiges

Sonderangebot

Künstliche Seidenstrümpfe 1.45
feine Qualität, gut verstärkt, moderne Farben, mit kleinen Fehlern

Künstliche Seidenstrümpfe 2.85
mit Flor haltbar, plattiert, viele Farben

Künstliche Seidenstrümpfe 1.95
haltbare Qualität, fehlerfrei

Künstliche Seidenstrümpfe 4.25
mit feinem Flor unterlegt, elegante Farben

Bembergseidene Strümpfe 2.25
feine Qualität, mit kleinen Fehlern, elegante Farben

Reinseidene Damenstrümpfe 4.90
feinste Qualität, moderne Farböne

Seidenflorstrümpfe 1.75
feine Qualität, gut verstärkt, kleine Rep-Stellen

Herrensocken 1.85
moderne Dessins, Seidenflor

Seidenflorstrümpfe 2.25
extra kräftige Qualität, gut verstärkt, kl. Fehler

Wollsocken 2.15
kräftige Qualität, plattiert, moderne Muster

BILLIGE STRÜMPF TAGE

Jacquard-Socken
moderne Dessins, haltbare Qualität
0.65

Strumpfhäuser METZGER

Seidenflor-Socken
Jacquard-Muster, in großer Auswahl
1.45

Leipziger Str. 89, 110 u. 75 / Friedrichstr. 92 / Wilmersdorfer Str. 60 u. 128 / Brunnonstr. 18 / Tauentzienstr. 18 / Gr. Frankfurter Str. 128 / Potsdam, Nauener Str. 17

Neu eröffnet: Neukö n, Berliner Str. 47, Ecke B.-ddn-straße